ISÖ
Institut für Sozialökologie

Arbeitspapier

# Trendanalysen Altenhilfe

## Zukunftsszenario Altenhilfe Schleswig-Holstein 2030/2045 (ZASH2045)

Michael Opielka / Sophie Peter
unter Mitarbeit von Franz Hiss

ISÖ – Institut für Sozialökologie gemeinnützige GmbH
ISÖ – Institute for Social Ecology non-profit company

ISÖ
Institut für
Sozialökologie

ISÖ
Institut für Sozialökologie

Arbeitspapier

# Trendanalysen Altenhilfe

## Zukunftsszenario Altenhilfe Schleswig-Holstein 2030/2045 (ZASH2045)

Michael Opielka / Sophie Peter
unter Mitarbeit von Franz Hiss

Studie im Auftrag des Diakonischen Werks Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Michael Opielka

Sophie Peter, M.Sc.

unter Mitarbeit von Franz Hiss, Dipl.-Soz.

Siegburg, 4. März 2017 (Entwurfsfassung, wird überarbeitet)

ISÖ - Institut für Sozialökologie gemeinnützige GmbH
Ringstraße 8, 53721 Siegburg
Tel.: +49 (0) 2241 1457073, Fax: +49 (0) 2241 1457039, E-Mail: info@isoe.org, Web: www.isoe.org

Coverabbildung: UN SDG

# Kurzfassung Trendanalysen ZASH2045

Projekt „Zukunftsszenario Altenhilfe Schleswig-Holstein 2030/2045“ (ZASH2045)
für Zukunfts-Szenario-Workshop 9. und 10. März 2017 (Rickling und Garding)

Die Trendanalysen zur Vorbereitung von Zukunftsszenarien zur Altenhilfe in Schleswig-Holstein umfassen sieben Themen, die die Altenhilfe der Zukunft prägen werden. Der Zeithorizont dieser Trendanalysen soll langfristig sein, eine Generation, daher die Zielgröße „2045“. Da nur für wenige der sieben Themen Daten vorliegen, die so weit nach vorne weisen, und da auch die heute Verantwortlichen angesprochen werden, wird auch der Zeithorizont „2030“ einbezogen. Die sieben Themen der Trendanalyse sind:

1. Demographie
2. Soziale Veränderungen
3. Wertewandel
4. Sozialsysteme
5. Pflege und Pflegeerbringung
6. Technologie und
7. Mobilität

Sie basieren auf einer umfangreichen Literaturanalyse (Desktop-Research) und Expertengesprächen. In allen Trendanalysen wird der Bezug zu den Zielen für Nachhaltige Entwicklung der UN („Sustainable Development Goals – SDG“ der „Agenda 2030“) hergestellt. Die Trendanalysen dienen als Ausgangspunkt für einen Szenarioprozess zur Zukunft der Altenhilfe in Schleswig-Holstein, der vom Diakonischen Werk Schleswig-Holstein gefördert und durch das ISÖ – Institut für Sozialökologie wissenschaftlich umgesetzt wird.

## Zusammenfassung Trendanalyse 1: Demographie

Die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2017 zeigt, dass die Bevölkerungszahl in den kommenden fünf Jahren steigen und anschließend auf das derzeitige Niveau von 82,2 Millionen im Jahr 2035 sinken wird. Danach wird sie

kontinuierlich auf 76,5 Millionen im Jahr 2060 abnehmen. Die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren wird von 49,8 Millionen in 2015 auf 43,9 Millionen im Jahr 2035 und dann auf 39,6 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. Die Zahl der 65-Jährigen und Älteren wird dagegen deutlich steigen, von derzeit 17,3 Millionen auf 23,7 Millionen im Jahr 2060. Damit wird sich die Relation zwischen den Personen im Seniorenalter und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ähnlich stark verändern wie bei bisherigen Rechnungen. Grundlage für die Aktualisierung ist die gegenüber den bisherigen Annahmen seit 2015 erhöhte Zuwanderung. Für Schleswig-Holstein bedeutet das, dass die bisherige Annahme einer Schrumpfung der Bevölkerung von 2,8 Mio. im Jahr 2017 auf 2,5 Mio. bei geringer bzw. 2,6 Mio. bei höherer Nettozuwanderung im Jahr 2045, wie noch in 2015 angenommen, nochmals korrigiert werden muss: Voraussichtlich wird die Bevölkerungszahl insgesamt gegenüber heute konstant bleiben, allerdings mit regionalen Verschiebungen. Der Anteil der Hochbetagten wird jedoch in jedem Fall deutlich steigen (die bisherige Annahme aus 2015 sah bei höherer Zuwanderung eine Steigerung von 148.000 Menschen über 80 Jahre in Schleswig-Holstein in 2013 auf 284.000 in 2040 bzw. 373.000 in 2050).

Von einer Schrumpfung der Bevölkerung, die über viele Jahre die Diskussion bestimmte, kann aufgrund der erheblichen Nettozuwanderung nicht mehr gesprochen werden. Der Trend ist jedoch eindeutig: es gibt zugleich eine „Entjüngung“ und dadurch auch eine „Alterung“ der Bevölkerung. Der Trend zur Alterung moderner, industrieller Gesellschaften hat verschiedene Gründe, insbesondere die Erhöhung der Lebenserwartung als Folge von medizinischem Fortschritt und die Reduzierung der Geburtenzahl pro Frau bzw. Paar. Die entscheidende Frage ist, ob Deutschland und konkret auch Schleswig-Holstein die demographische Verschiebung bewältigen kann, vielleicht sogar mit Gewinn für die Gesellschaft insgesamt. Heute besteht weitgehend Konsens, dass die zukunftsfähige Gestaltung des demographischen Wandels nur gelingen kann, wenn alle gesellschaftlichen Akteure unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zusammenwirken. Strategien, Politiken, Maßnahmen und Programme müssen darauf hinauslaufen, die Kommunen zu befähigen, die notwendigen Rahmenbedingungen dazu zu schaffen.

Eine zentrale Bedeutung bei der Gestaltung des demographischen Wandels haben Altersbilder mit ihrem sowohl analytischen als auch zukunftsgestaltenden Potential. Dabei ist die kritische Reflexion von allen Akteuren gefordert, von welchen Altersbildern sie sich leiten lassen und welche Implikationen und Wirkungen diese haben. Wenn die Gesellschaft insgesamt altert, dann muss Älterwerden in der Realität und in der Wahrnehmung der Altersbilder

positiv und produktiv sein. Nur als Konsumzeit im jüngeren Alter und Hilfebedarfszeit im höheren Alter wird das nicht gelingen. Sowohl die Lebensarbeitszeit auf dem Arbeitsmarkt wie gesellschaftliches Engagement insgesamt werden in Zukunft steigen müssen und steigen. Das bietet neue Chancen auch für die Altenhilfe.

## Zusammenfassung Trendanalyse 2: Soziale Veränderungen

Die Sozialstruktur Deutschlands hat sich auch in der jüngeren Vergangenheit enorm verändert. Die Trendanalyse Soziale Veränderungen konzentriert sich auf Trends, die für die Zukunft der Altenhilfe besonders relevant sind. Die größte soziale Veränderung in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts ist eine umfassende Globalisierung in ihren unterschiedlichen Ausprägungen. Es sind vor allem die technologischen und die klimapolitischen Prozesse, die global wirksam sind und daher auch nur global reguliert werden können. Aber auch die demographische Dimension der Globalisierung, Migration und Flucht, wird die deutsche Gesellschaft gravierend verändern, sie wird immer mehr zu einer Einwanderungsgesellschaft. Mit dieser umfassenden Globalisierung geht eine weitere Zunahme von Unübersichtlichkeit einher, die die meisten Menschen sowohl politisch wie kulturell verunsichert.

Mit der Globalisierung einhergehend wird in den kommenden Jahrzehnten auch auf nationaler Ebene eine Zunahme von vertikaler und horizontaler Ungleichheit erwartet. Wer nur über zudem schlecht bezahlte Arbeitskraft verfügt, dem droht im Alter zunehmend Armut, Altersarmut wird bis 2045 in gravierendem Umfang steigen. Auch die strukturellen Veränderungen der Arbeitswelt in der Wissensgesellschaft in Richtung „Arbeit 4.0“ werden Auswirkungen auf vertikale Ungleichheit haben. In Bezug auf horizontale Ungleichheit haben sich Lebenslagen, Milieus und Lebensstile ausdifferenziert, die sich im Alter gravierend auswirken. Ungleichheit gefährdet das Gefühl gesellschaftlicher Gemeinschaft, die Empfindungen von Zusammengehörigkeit und Solidarität.

Neue gemeinschaftliche Formen des Zusammenlebens könnten diese Prozesse der Unübersichtlichkeit und des Egoismus ausgleichen oder gar überwinden. Mehrgenerationenhäuser, Wohn- und Hausgemeinschaften nehmen auch bei Älteren zu, teils – wie im Übrigen auch bei Jüngeren – aus wirtschaftlicher oder gesundheitlicher Not. Ob die sozialen Veränderungen in den kommenden 30 Jahren von einem Trend zu mehr oder zu weniger Gemeinschaft ge-

kennzeichnet sind, hat weit reichende Auswirkungen sowohl auf das Unübersichtlichkeitsempfinden, auf soziale Ungleichheit und auf die ganz konkreten Lebensformen.

## Zusammenfassung Trendanalyse 3: Wertewandel

Die Forschung zum Wertewandel hat in den vergangenen Jahrzehnten den Weg in die Massenmedien gefunden: Die Veränderung von eher materiellen zu eher postmateriellen Werten, wie sie im World Values Survey und im European Values Survey seit mehreren Jahrzehnten untersucht werden. Die Bevölkerung Deutschlands stellt inzwischen mehrheitlich postmaterielle Werte in den Vordergrund, sieht den eigenen Anteil am Wohlstand als gerecht an und erwartet für die unmittelbare Zukunft wirtschaftliche Stabilität. Zu erwarten ist eine weiter verstärkte Forderung nach mehr Bürgereinfluss auf die Regierungsentscheidungen. Religiöse und kirchliche Bindungen, bei immer noch deutlichen Unterschieden zwischen Ost und West, nehmen weiterhin ab, der Säkularisierungsprozess schreitet voran.

Untersuchungen zu Werteorientierungen, die direkt anschlussfähig sind an die verschiedenen Arbeitsfelder von Altenhilfe und Altenpolitik sind immer noch rar. Unstrittig ist heute der tiefgreifende Wertewandelschub der 1960/70er Jahre, der vor allem in den westeuropäischen Ländern zu einer neuen übergeordneten Leitkultur geführt hat, die heute Teil eines Globalisierungstrends ist. Er ist gekennzeichnet durch einen starken Bedeutungszuwachs von Werten wie Freiheit, Autonomie, Individualität, Gleichheit und Humanität. Hinsichtlich der praktischen Umsetzung von Wertvorstellungen in sozial- und auch alterspolitisches Handeln haben wir es mit wachsenden Ambivalenzen und Unsicherheiten zu tun. Die Herausforderung, dem Leben mit all seinen Anforderungen gewachsen zu sein, wird grösser.

In der Fachliteratur zum Thema „Alter“ und „Altern“ finden sich nur selten explizite Thematisierungen des Wertewandels, der mehr im Fokus der Markt- und Konsumforschung sowie der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsforschung (ältere Arbeitnehmer) steht. Das Alter hat sich ausdifferenziert und die jungen Alten, die Aktiven, die Best Agers, Platin Surfer, die Silver Generation, die neuen Alten sind interessante Klienten- und Kundengruppen und Arbeitnehmer. Eine weitere Erklärung könnte in der schon lange anhaltenden Psychologisierung der Altersforschung liegen. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass die soziologische Perspektive zunehmend an Bedeutung gewinnt. Das Thema „Altersbilder“ spielt eine zentrale Rolle in den Arbeitsfeldern von Altenhilfe und -politik und behandelt implizit immer auch Werte.

Das Unschärferwerden der Grenzen zwischen Altersgruppen kann auch als ein Ausdruck des Wertewandels verstanden werden, in dem traditionelle Definitions- und Zugehörigkeitskriterien in ihrer gesellschaftlichen Prägekraft abnehmen und andere Merkmale bedeutender werden, vor allem Bildung, Ungleichheit und Globalisierung. Pauschale Altersgrenzen werden zunehmend als ungerecht empfunden. Beobachtet wird, dass die Gesellschaft altersindifferenter wird und das Lebensalter als Indikator für Lebenszusammenhänge und Lebensorientierungen immer weniger bedeutend wird. Die altersindifferent werdende Gesellschaft vergrößert die Lebensmöglichkeiten der Menschen, sie erhöht zugleich Chancen und Risiken. Es gibt Altersgruppen, deren soziale Lage viel stärker vom Bildungsstand oder auch vom kulturellen Hintergrund bestimmt wird als vom Alter. Es gibt nur eine einzige Konstellation, in der eindeutig das Alter die größte Erklärungskraft für die soziale Lage hat, nämlich dort, wo das Alter als körperlicher Verlust erfahren wird und das Altersbild bestimmt. Soziale Auseinandersetzungen werden zukünftig eher zwischen reich und arm und weniger zwischen Alt und Jung stattfinden. Angesichts weiterhin schwächer werdenden religiösen und kirchlichen Bindungen auch der älteren Menschen wird die Frage nach einem veränderten Altersbild für Kirche und Diakonie  eine Herausforderung einer zukunftsfähigen Altenhilfe und -politik bleiben.

## Zusammenfassung Trendanalyse 4: Sozialsysteme

Die künftige Entwicklung der sozialen Sicherungssystem hängt einerseits von einer Reihe gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ab (wie Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Leistungen der Familie, medizinischer Fortschritt), andererseits aber auch von ihrer Konstruktionslogik (wie Lohnarbeitsbezug, Renteneintrittsalter, Versichertenkreis). Es spricht sehr viel dafür, dass in den Jahrzehnten bis 2045 die mit der Pflegeversicherung (auf der Leistungsseite) begonnene Entwicklung hin zu Bürgerversicherungen auch in den anderen Sozialsystemen, vor allem für Alter und Gesundheit, fortgeführt wird. Durch Bürgerversicherungen erweitern sich der Versichertenkreis und damit die Solidargemeinschaft.

Nicht unwahrscheinlich erscheint aus heutiger Sicht, dass mit der Entwicklung hin zu Bürgerversicherungen auch eine Entwicklung zu einem Grundeinkommen, im Alter zu einer Grundrente einhergeht. Entscheidend ist dabei, ob eine Neujustierung von Arbeit und Geldleistungen gelingt, hier finden sich die größten Kontroversen. Grundeinkommen und Grundrente würden den Übergang von Erwerbstätigkeit und Ruhestand erheblich entzerren und könnten

damit auch zu einer an den Fähigkeiten der Menschen orientierten Anhebung der Altersgrenzen beitragen. Eine menschenrechtsbasierte Grundeinkommenspolitik rechnet damit, dass die durch ein Grundeinkommen in der erwerbsfähigen Lebensphase und nicht erst im „Ruhestand“ frei werdenden Zeitressourcen auch erwerbswirtschaftlich genutzt werden können: vom Aufbau und der Absicherung einer kleinen Selbständigkeit über Nebentätigkeiten unterhalb eines geltenden Mindestlohnes, die von einem Bundesfreiwilligendienst, über Nebenämter in NGOs, dem Bereich der pflegenahen Aufwandspauschalen bis zu Werkverträgen ohne Zeitvorgaben reichen, bis hin zu Existenzmodi der „Work-income-Mixes“, einer variierenden Mischung aus Erwerbs- und sozialstaatlichen Transfereinkommen (oder familiären Unterhaltsleistungen).

## Zusammenfassung Trendanalyse 5: Pflege und Pflegeerbringung

Zu beobachten ist eine bundesweite Versorgungslücke durch eine steigende Zahl an Pflegebedürftigen auf 3,1 – 3,4 Millionen bis zum Jahr 2030 und einer sinkenden Zahl an Pflegepersonal (informell und professionell). Dies stellt das Pflegesystem vor große Herausforderungen, was nur durch einen ganzheitlichen Ansatz mit dem Einbezug der Angebots- und Nachfrageseite bewältigt werden kann, um Quantität und Qualität auch in Zukunft zu gewährleisten. Ein wichtiger Schritt ist durch das Dritte Pflegestärkungsgesetz (PSG 3) auf nationaler Ebene erfolgt, mit dem innovative, ganzheitliche Konzepte auf regionaler und lokaler Ebene gefördert werden sollen. Denn der Pflegemangel ist regional unterschiedlich und erfordert individuelle Maßnahmen, um eine zukunftsfähige Pflegeinfrastruktur zu erzielen. Durch eine verbesserte Kompetenz- und Ressourcenausstattung soll ein zukunftsfähiger Welfare-Mix als die Kooperation und Netzwerkbildung von unterschiedlichen Akteuren (Ehrenamtliche, Familie, Krankenkassen, Politik, Wirtschaft, etc.) entstehen.

Studien zeigen, dass die Deutschen bereit sind, ihre Angehörigen zu Hause zu pflegen, was bisher auch sozial erwartet wird. Allerdings müssen die finanziellen, räumlichen und psychischen Bedingungen positiv sein, denn Pflegebedürftige haben Angst, ihren Angehörigen zur Last zu fallen und präferieren dadurch eine professionelle Pflege. Um den optimalen Pflegemix zu erzielen, müssen diese Themen in die Diskussion aufgenommen und behandelt werden. Dadurch können neben Herausforderungen auch zahlreiche Chancen für eine nachhaltige, soziale Gesellschaft erkannt und gefördert werden.

## Zusammenfassung Trendanalyse 6: Technologie

Ein flexibel intelligentes Assistenzsystem soll für ältere Menschen eine Unterstützung darstellen, um solange wie möglich eine hohe Lebensqualität zu Hause erzielen zu können. Dabei soll es unmerklich in den Alltag integriert werden und eine Balance zwischen Über- und Unterforderung zu schaffen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müssen neue Technologien drei Kriterien erfüllen: (1.) eine positive Ressourcenbilanz aufweisen (Aufwand < Vorteil); (2.) einen hohen Individualisierungsgrad und Anpassungsfähigkeit erreichen und (3.) eine Balance zwischen Unter- und Überforderung im Alltag erreichen. Ebenfalls ist die Einbindung der künftigen Nutzer in die Entwicklungsphase von Bedeutung.

Auf globaler Ebene ist die technologische Entwicklung mit keinem eigenen Nachhaltigkeitsziel angeführt, da sie als Querschnittsaufgabe gilt. Mit dem Fokus auf die Altenhilfe ist jedoch das dritte Ziel (SDG) interessant: „Gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“. Als Indikator für dieses Ziel gilt das subjektive Wohlbefinden, das durch technologische Errungenschaften beeinflusst wird. Gerade für ältere Menschen bedeutet dies die Möglichkeit von Autonomie und sozialer Teilhabe. Dies wird in der Nachhaltigkeitsstrategie auf Bundesebene wie in Schleswig-Holstein aufgegriffen. In Schleswig-Holstein wurde auf politischer Ebene erkannt, dass vor allem der Ausbau der Daten-Verkehrsmenge und der Netzwerkqualität die Teilhabe am digitalen Leben ermöglicht. Damit gewinnt besonders der ländliche Raum an Attraktivität und kann eine gesundheitliche Versorgung über elektronische Dienstleistungen in Echtzeit gewährleistet werden.

Als Technikfolgenabschätzung müssen die nicht intendierten Folgen technologischer Innovationen analysiert werden. Sie können zu Unsicherheit und Skepsis führen. Ethische wie religiöse Fragen müssen dabei beantwortet werden. Ein Beispiel ist die Forschung zum sogenannten „Transhumanismus“, einer Vermischung von technischer Entwicklung und menschlichem Körper. Genomik, Neurowissenschaft, Robotik, Nanotechnologie und künstliche Intelligenz spielen dabei eine wichtige Rolle: Sie können „Menschen klüger, gesünder, glücklicher und stärker machen“, das Altern gilt als eine „schlimme Krankheit“. Dies macht deutlich, dass die Haltung zur Technik (Angst, Skepsis, Gewöhnung/Akzeptanz, Utopie) durch eine ethisch verantwortliche Praxis beeinflusst werden kann. Sie kann durch ein technologisch fundiertes Gesamtkonzept eine zukunftsweisende Strategie zur Erhaltung des sozialen

Versorgungssystems bieten, da der demographische Wandel den Anteil der Pflegebedürftigen steigen und die Abnahme potenzieller Pflegepersonen sinken lässt. Dabei ist ein intuitives Interaktionsdesign zur Akzeptanzsteigerung förderlich. Der technische Fortschritt ist in langfristiger Perspektive ein Element, der demographischen Verschiebung gerecht zu werden.

Dennoch müssen Probleme der Wartung, der Anpassungsfähigkeit, aber auch ethische und moralische Konflikte gelöst werden, damit Prototypen als Serienmodelle mit einem funktionierenden Geschäftsmodell auf den Markt kommen. Auch die allgemeine Skepsis in Bezug auf Datensicherheit, rechtliche und ethische Rahmenbedingungen, neue Geschäftsmodelle oder hohe Anpassungsfähigkeit durch Algorithmen muss glaubwürdig beantwortet werden.

## Zusammenfassung Trendanalyse 7: Mobilität

Die Lebensqualität und –zufriedenheit sowie die soziale Teilhabe werden von den Mobilitätsmöglichkeiten direkt beeinflusst. Allerdings entscheiden auch das Bildungsniveau, die ökonomische, soziale und geografische Lage über mögliche Mobilitätsbarrieren. Die Verschiebung der Altersstruktur und die Abwanderung, Entjüngung und Alterung sowie  mögliche Abkopplung auf dem Land haben direkte Konsequenzen für die zukünftige Mobilitätsentwicklung. Hinzukommt, dass im Alter gesundheitsbedingt das Risiko des Mobilitätsverlusts und fehlender Beweglichkeit wächst. Ziel ist somit, die lebenslange Mobilität als Grundbedürfnis zu sichern. Dabei ist der Pkw gerade bei jüngeren Menschen als Prestigeobjekt immer weniger relevant, jedoch muss man weiterhin mobil sein. Diese Überzeugung wird die jüngere Generation mit ins Alter nehmen.

Um die PKW-Abhängigkeit zu senken wird eine flexible Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsmittel angestrebt (Bus, Bahn, zu Fuß, Fahrrad, Rufbus, Anrufsammeltaxi, usw.). Ehrenamtliches Engagement bildet eine bedeutende Stütze des Nahverkehrs. Jedoch steigen ältere Menschen eher von der Pkw-Nutzung auf das Fahrrad oder zu Fuß um, als den ÖPNV zu benutzen. Gründe sind Unsicherheit und Ängste (Komplexität, Digitalisierung). Schulungen und Trainings können dabei helfen, digitale Dienstleistungen zu nutzen. Die Vernetzung von Mobilitätsdienstleistern (Paketdienste, Busse, Abholdienste, Lieferdienste, usw.) stellt eine weitere Lösung dar, aber auch Produktlieferungen zu den älteren Menschen auf dem Land, beispielsweise durch Verkaufswagen und Dorfläden. Für ältere Menschen ist die Aneignung

von digitaler Kompetenz notwendig, um technische Hilfsmittel, wie mobile Dienstleistungen und Assistenzsysteme optimal anwenden zu können. Diese haben das Potenzial, die Altenbetreuung und Pflege zu revolutionieren. Ein Beispiel ist die Entwicklung von Exoskelettrobotern zur Unterstützung des Körpers.

Das Ziel 11 der Sustainable Development Goals ‚Nachhaltige Städte und Siedlungen' definiert auf globaler Ebene die zukünftigen Rahmenbedingungen der Mobilität. Die Absicht ist, bis 2030 ein nachhaltiges Verkehrssystem für alle aufzubauen, mit besonderem Schwerpunkt auf öffentliche Verkehrsmittel. Auf internationaler Ebene ist die Dekarbonisierung der Mobilität das Ziel, auf individueller Ebene steigt das Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein. Somit werden umweltfreundliche Alternativen zum Pkw auf mehreren Ebenen verlangt. Ältere Menschen werden in Zukunft gesünder, aktiver und mobiler und benötigen dafür das passende, flexible Mobilitätsangebot auch ohne Pkw. Dies muss besonders im ländlichen Raum durch eine Verbesserung der Infrastruktur realisiert und auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene mit angepassten Strategien gefördert werden. Eine ganzheitliche, barrierefreie und flexible Verkehrsinfrastruktur wird auf allen politischen Ebenen gefordert, die in einem partizipativen Prozess aller betroffenen Akteure beschlossen werden sollte. Die Kreise Nordfriesland und Segeberg haben dazu generationenübergreifende Zukunftsstrategien entwickelt, um den Entwicklungen durch den demographischen Wandel entgegenzutreten: Patenticket, Bürgerbus, Mobilitätsgutscheine für Senioren, Marktbusse, Rufbusse, App-Entwicklungen für Car- und Pedelec-Sharing Angebote, Mitfahrnetzwerk.

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung - Verständnis und Nutzen von Trendanalysen in der Altenhilfe ..... 12

1 Demographischer Wandel ..... 16
1.1 Alterung als Bedrohung oder Chance? ..... 16
1.2 Strukturtrends ..... 19
1.3 Kulturtrends ..... 26
1.4 Demographie in Schleswig-Holstein ..... 31
1.5 Zusammenfassung: Demographie bis 2045 ..... 35

2 Soziale Veränderungen ..... 37
2.1 Mehr oder weniger Gemeinschaft? ..... 37
2.2 Strukturtrends ..... 39
2.3 Kulturtrends ..... 43
2.4 Soziale Veränderungen in Schleswig-Holstein ..... 45
2.5 Zusammenfassung: Soziale Veränderungen bis 2045 ..... 46

3 Wertewandel ..... 48
3.1 Materielles oder postmaterielles Altern? ..... 48
3.2 Strukturtrends ..... 52
3.3 Kulturtrends ..... 55
3.4 Wertewandel in Schleswig-Holstein ..... 61
3.5 Zusammenfassung: Wertewandel bis 2045 ..... 62

4 Sozialsysteme ..... 65
4.1 Vom Alterslohn für Lebensleistung zum Grundeinkommen? ..... 65
4.2 Strukturtrends ..... 68
4.3 Kulturtrends ..... 73
4.4 Soziale Sicherung in Schleswig-Holstein ..... 74
4.5 Zusammenfassung: Soziale Sicherung bis 2045 ..... 75

5 Pflege und Pflegeerbringung ..... 76
5.1 Wachstumsmotor oder Überlastungsfaktor? ..... 76
5.2 Strukturtrends ..... 78
5.3 Kulturtrends ..... 83
5.4 Pflege in Schleswig-Holstein ..... 84
5.5 Zusammenfassung: Pflege bis 2045 ..... 88

6 Technologie ..... 89
6.1 Technikskepsis oder Technikutopie? ..... 89
6.2 Strukturtrends ..... 91
6.3 Kulturtrends ..... 98
6.4 Technologie in Schleswig-Holstein ..... 100
6.5 Zusammenfassung: Technologie bis 2045 ..... 101

7 Mobilität ..... 104
7.1 Barrierefreie Mobilität oder Mobilitätsbarrieren? ..... 104

7.2 Strukturtrends ..... 106
7.3 Kulturtrends ..... 115
7.4 Mobilität in Schleswig-Holstein ..... 115
7.5 Zusammenfassung: Mobilität bis 2045 ..... 118

8 Zusammenfassung: Altenhilfe 2030 / 2045 ..... 121

9 Zur Methodik der Trendanalysen ..... 122
9.1 Datenanalysen ..... 122
9.2 Expertengespräche ..... 122
9.3 Trendanalysen für die Szenarioentwicklung - der Projektrahmen ZASH2045 ..... 124

10 Literatur ..... 129

# Einleitung - Verständnis und Nutzen von Trendanalysen in der Altenhilfe

Das vorliegende Dokument umfasst Analysen zu sieben Themen, die die Altenhilfe der Zukunft prägen werden:

1. Demographie
2. Soziale Veränderungen
3. Wertewandel
4. Sozialsysteme
5. Pflege und Pflegeerbringung
6. Technologie und
7. Mobilität

Sie basieren auf einer umfangreichen Literaturanalyse (Desktop-Research) und Expertengesprächen. Diese Trendanalysen dienen als Ausgangspunkt für einen Szenarioprozess zur Zukunft der Altenhilfe in Schleswig-Holstein, der vom Diakonischen Werk Schleswig-Holstein gefördert und durch das ISÖ – Institut für Sozialökologie wissenschaftlich umgesetzt wird. Der Zeithorizont dieser Trendanalysen soll langfristig sein, eine Generation, daher die Zielgröße „2045“. Allerdings liegen nur für wenige der sieben Themen Daten vor, die so weit nach vorne weisen. Zudem sollen auch die heute Verantwortlichen angesprochen werden, daher im Titel des Projektes die bewusst unscharfe Zeitangabe „2030/2045“, der Zeithorizont „2030“ entspricht zudem vielen politischen Agenden. Zwei für unseren Zusammenhang wichtige Agenden beziehen sich darauf: die „Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030“, veröffentlicht als Entwurf im Dezember 2016 durch die Staatskanzlei in Kiel[1], und die „Agenda 2030“ mit den „Sustainable Development Goals (SDG)“, verabschiedet von der UN-Vollversammlung im Oktober 2015.[2] Entsprechend beziehen wir uns im Folgenden, wo immer möglich, regional auf Schleswig-Holstein, und werden zugleich alle Trendanalysen global in das Licht der Ziele „Sozialer Nachhaltigkeit“[3] stellen, wie sie von der Weltstaatengemeinschaft aufgestellt wurden – auch die Landesentwicklungsstrategie 2030 bezieht sich ausdrücklich auf die SDG und sieht sich daher zugleich als „Nachhaltigkeitsstrategie“.[4] Allerdings stellt die Landesentwicklungsstrategie andere Trends als in unserer Analyse in den Mittelpunkt, sie spricht von „Megatrends“ und behauptet sogar, dass „Einigkeit und Konsens

---

1 Staatskanzlei 2016

2 UN 2015; http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/index.html

3 Zum Verständnis von „Soziale Nachhaltigkeit“ siehe Opielka 2017

4 Staatskanzlei 2016, S. 245

darüber bestehe, dass insbesondere elf Trends unser Land nachhaltig verändern und prägen werden."[5] Diese „Megatrends" seien: Internationalisierung, Digitaler Wandel, Innovation als zentraler Faktor der Wirtschaftsentwicklung, Wandel zur Wissensgesellschaft, Wandel der Arbeitswelt, demographischer Wandel, Wandel von Stadt und Land, Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen, Klimawandel, Wachsende Verkehre und neue Mobilitätsformen und Wertewandel. Wir können uns über die Unterschiede der Trendauswahl mit dem Hinweis hinwegtrösten, dass der Fokus der vorliegenden Trendanalysen auf die Altenhilfe gerichtet ist.

Bei der Frage, welche Pfade künftige Entwicklungen im Bereich der Altenhilfe nehmen werden, besteht eine große prognostische Unsicherheit. Exakte Vorhersagen sind nicht möglich, wenn – wie in der Zukunftsforschung üblich – ein Thema über einen längeren Zeitraum von 15-30 Jahren betrachtet wird, weil soziale Praktiken, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und politische Entscheidungen insbesondere auch in ihren Wechselwirkungen schwer vorherzusagen sind. Auch die hohe Anzahl der eingebundenen Akteure im Bereich der Altenhilfe sowie die insgesamt heterogene Akteurs-Landschaft erhöhen die Unsicherheiten. Der Betrachtungszeitraum des Projektes „Zukunftsszenario Altenhilfe Schleswig-Holstein 2030/2045" umfasst mit 15-30 Jahren den Zeitraum für eine Generation. Obwohl keine exakten Vorhersagen über so einen langen Zeitabschnitt möglich sind, verdeutlicht diese Zeitspanne die tiefgreifenden Veränderungen, die z.B. im digitalen Bereich in 30 Jahren entstehen können – im Jahr 1987 war das Internet tatsächlich Neuland und auch politisch noch vieles undenkbar, was heute Alltag ist, beispielsweise die deutsche Einheit.

Da der gewählte lange Zeithorizont prognostisch nur sehr begrenzt sinnvoll erschließbar ist, wurde ein partizipativ angelegter, moderierter Akteurs-Dialog konzipiert, der zu normativen, gestaltungsorientierten Perspektiven der Altenhilfe in Schleswig-Holstein führen soll. Vor dem Hintergrund sich absehbar verändernder Rahmenbedingungen – zum Beispiel demographischer Wandel, schrumpfende/wachsende Sozialräume in Schleswig-Holstein – wird danach gefragt, welche Formen der Altenhilfe attraktiv, bereichernd und zielführend oder sinnstiftend gestaltet werden können. Es sollen Antworten auf die Frage gefunden werden: *„Wie können wir überall alt werden?"* Dabei wäre es ein großer Erfolg, wenn mit einem Szenario-Prozess *positive Zukunftsbilder und Gestaltungsziele von Alter und Pflege* generiert werden können. Darauf aufbauend sollen operative Lösungen vorgeschlagen, strategische Pro-

[5] Staatskanzlei 2016, S. 25

zesse und Maßnahmen für den Weg dorthin entwickelt und umgesetzt werden. Das Diakonische Werk übernimmt mit diesem Projekt eine Vorreiterrolle auch für das Land.

Diese positiven Zukunftsbilder müssen von den zentralen Stakeholder-Gruppen der Altenhilfe innerlich getragen werden: neben Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zählen dazu insbesondere auch die Familien, Freiwillige und Fachkräfte, also die drei zentralen Akteuren im „Koproduktionsdreieck".[6] Sie sind daher sorgfältig einzubeziehen:

- die *Familien* sind nicht nur „pflegende" und sorgende Angehörige (Zugehörige), sie sind zugleich auch die BürgerInnen der politischen wie der christlichen Gemeinde
- die *Freiwilligen* in der Altenhilfe sind zunehmend selbst ältere BürgerInnen, wie die Familien generationell gemischt und Ausdruck von Gemeinschaft und Nächstenliebe
- die *Fachkräfte* der Altenhilfe schließlich sind weit zahlreicher als die Pflegekräfte, sondern alle, die mit Ausbildung und Bezahlung das Altsein erleichtern.

Ziel des Szenario-Prozesses ist es, begründete positive Narrative (Erzählungen) für Akteure und Regionen zu entwickeln, Pfade in die Zukunft zu legen, so dass in 15 Jahren und später auch auf eine „Pfadabhängigkeit" zurückgeblickt werden kann, die Qualitätssicherung, Engagement und Geborgenheit gut verknüpft.

Zukunftsgestaltung der Altenhilfe muss die demographische Entwicklung einschließlich der Wanderungs-/Migrationsbewegung als eine zentrale Rahmenbedingung nutzen. Diese zeigt einen klar zunehmenden Hilfebedarf, der auf regional sehr unterschiedliche Möglichkeiten treffen wird. Der Szenario-Prozess soll einerseits grundsätzlich und übertragbar („Best Practices" der Regionen und von außerhalb) angelegt sein, andererseits konkret, prozesshaft und nachvollziehbar. Eine Möglichkeit zur Integration beider Ansprüche besteht in der Auswahl von zwei Experimental- bzw. Labor-Regionen, in denen auch seitens der kommunalen bzw. regionalen Politik zwei unterscheidbare Antwortstrategien verfolgt werden. Die beiden ausgewählten Laborregionen sind:

(a) die Westküste Schleswig-Holsteins als periphere Region (Kreis Nordfriesland), die seit der Entwicklung eines „Masterplan Daseinsvorsorge" (2011) für Nordfriesland die Strategie der *Stärkung von Mittelzentren* zu verfolgen und den Anspruch auf flächendeckende hochwertige Leistungen der Altenhilfe zurückzustellen scheint.[7]

---

6 Siehe: Hilse/Opielka/Strumpen 2014

7 Kreis Nordfriesland 2011

(b) Der Kreis Segeberg, der auch mit Hilfe einer Demographiestudie eine *Stärkung der Dezentrale in der gesamten Fläche* strategisch für möglich hält.[8] Entsprechend werden mit dieser Auswahl ganz bewusst auch dörfliche Entwicklungs- und Gestaltungsperspektiven in den Blick gerückt.

Das vorliegende Arbeitspapier dokumentiert die erste Projektphase der sogenannten „Trendanalyse", in denen das wissenschaftliche Projektteam des ISÖ durch Desktop-Research und eine ganze Reihe von Expertengesprächen das Feld der Altenhilfe der Zukunft erschloss. In Kapitel 9 werden die verwendeten Methoden und der Rahmen des Gesamtprojektes dokumentiert. Die 7 Trendanalysen sind wie folgt aufgebaut: sie beginnen jeweils mit einem Themenaufriss, der die zentralen Problemstellungen und Trends benennt. Dann folgen zwei Abschnitte, die sich mit den verfügbaren Strukturdaten (Strukturtrends, „hard facts") und mit ihrer kulturellen Einschätzung (Kulturtrends, „weak facts") beschäftigen. Im vierten Abschnitt wird der Schleswig-Holstein-Bezug hergestellt und abschließend findet sich eine Zusammenfassung der jeweiligen Trendanalyse. Alle sieben Zusammenfassungen der Trendanalysen finden sich in der einleitenden Zusammenfassung des gesamten Arbeitspapieres als eine Art „Policy Brief", der auch die Grundlage für die erste Welle der Szenario-Workshops im März 2017 bildet.

Der vorliegende Text ist ein Entwurf. Wir freuen uns über kritische, über ergänzende, aber natürlich auch über lobende Hinweise. Bitte direkt an: ZASH2045@isoe.org

[8] Rümenapp 2014; vgl. mit ähnlichem Fokus auch: Amt Hüttener Berge 2013

# 1 Demographischer Wandel

## 1.1 Alterung als Bedrohung oder Chance?

In den letzten Jahrzehnten ist der demographische Wandel zu einem zentralen Thema in fast allen Politikfeldern geworden. Die mit ihm verbundenen Herausforderungen fordern Gesellschaft und Politik als Ganzes heraus und nicht etwa nur die Politikfelder, die sich mit dem Altern der Menschen und dem Altern der Gesellschaft im engeren Sinn beschäftigen.

Die Auseinandersetzung mit dem demographischen Wandel und seinen Folgen findet heute auf allen politischen Ebenen, der EU, Bund, Länder und Kommunen, aber auch in Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft statt. Die Gestaltung des demographischen Wandels wird noch an Bedeutung gewinnen: „Sie kann nur gelingen, wenn alle staatlichen Ebenen, Wirtschaft, Sozialpartner und gesellschaftliche Akteure unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zusammenwirken."[9]

Wenn auch über die oben benannten übergeordneten Prinzipien und Ziele sowie die Festlegung der Handlungsfelder weitgehend Konsens bestehen mag, so ist dies bei der Beschlussfassung über sowie Festlegung und Ausgestaltung von einer Vielzahl von Maßnahmen und Programmen angesichts einer Vielzahl von Interessenskonflikten und Unsicherheiten nicht selbstverständlich.

Das liegt beim Thema Demographie sozusagen in der Natur der Sache; schließlich geht es um vielfach kontrovers bewertete und gewichtete Themen: Schrumpfung der Bevölkerung und Alterung der Gesellschaft, Gewinner und Verlierer, positive und negative Altersbilder, Altersgerechtigkeit und -diskriminierung, Generationengerechtigkeit, „ntjüngung und Alterung und viele mehr. Von diesem Hintergrund ist es umso erfreulicher, dass in einer vielversprechenden und überzeugenden Weise ein breiter werdender Konsens der „demographierelevanten" Akteure darüber besteht, dass ein Schlüssel für die Lösung der Probleme auf der Ebene der Kommunen, der Wohnquartiere, der lokalen Akteure liegt, und dass Strategien, Politiken, Maßnahmen und Programme darauf hinauslaufen müssen, die Kommunen dazu zu befähigen, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Es gilt, die Gestaltung des demographischen Wandels in Kooperation mit der lokalen Bevölkerung und den lokalen Akt-

[9] Bundesministerium des Innern 2017, S. 23

euren vor Ort mit dem notwendigen Aufbau der Daseinsvorsorge als Gemeinschaftsaufgabe zu verknüpfen. Demographiepolitik wirkt damit als Modernisierungspolitik.

Eine herausragende Rolle in diesem breit angelegten Diskurs nehmen die die Altenberichte der Bundesregierung ein, insbesondere die letzten beiden unter dem Titel „Altersbilder in der Gesellschaft" und „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften".[10]

## Bezug zu den Sustainable Development Goals (SDGs)

Die Vereinten Nationen beschlossen im Jahr 2015 die „Agenda 2030" mit 17 globalen Zielen einer nachhaltigen Entwicklung. Anders als die Millenium Development Goals (MDGs) sind die SDGs Entwicklungsziele für alle Nationen, damit auch für Deutschland und die Bundesländer.

Für die Analyse des demographischen Wandels ist wichtig zu realisieren, dass dieser Megatrend alle Ziele und deren Möglichkeiten der Verwirklichung maßgeblich beeinflusst. Auf globaler Ebene prognostiziert man ein Bevölkerungswachstum auf bis zu neun Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050.[11] Auf nationaler, deutscher Ebene bedeutet der demographische Wandel wie in den meisten Industrienationen eine Veränderung der Altersstruktur mit einer deutlichen Zunahme der älteren Generationen. Dies macht die Dringlichkeit deutlich, auf nationaler Ebene individuelle Lösungen zur Zielerreichung zu definieren. Die Umsetzung und Übertragung auf der nationalen Ebene ist Aufgabe der Bundesregierung und wird im Bericht „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016" zusammengefasst. Um „Wohlstand und Wachstum nachhaltig"[12] zu erreichen ist ein ressort- und ebenenübergreifender Dialog notwendig. Unter den ‚Managementregeln der Nachhaltigkeit' definiert die Bundesregierung unter der 10. Regel, dass eine frühzeitige „Anpassung an den demographischen Wandel" in „Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erfolgen" muss, „um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und niemanden zurückzulassen".[13]

---

[10] Deutscher Bundestag 2010; Deutscher Bundestag 2016

[11] Martens/Obenland 2015

[12] Die Bundesregierung 2016a, S. 19

[13] Die Bundesregierung 2016a, S. 34

Wenn wir die Ziele genauer in Bezug auf die Thematik der Altenhilfe betrachten, fallen vier Ziele besonders in Auge, die durch den demographischen Wandel maßgeblich beeinflusst sind. Die Bertelsmann-Stiftung hat gemeinsamt mit dem SDSN (Sustainable Development Solutions Network) einen Index gebildet, der die Messung der einzelnen Ziele ermöglichen soll, um eine globale, transparente Vergleichbarkeit zu erreichen:

- Ziel 3: „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“: „Einer steigenden Zahl älterer Menschen steht eine im Vergleich zu bisherigen Verhältnissen geringere Anzahl von Berufstätigen gegenüber“[14] Als Indikator wird „Subjektives Wohlbefinden“ angegeben, was auch in Bezug auf den demographischen Wandel in den unterschiedlichen Altersgruppen zu analysieren ist.[15]

- Ziel 8: „Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.“ Als Index der Bertelsmann-Stiftung und SDSN wäre die „employment-to-population ratio (%)“[16] nennenswert, die als nationaler Nachhaltigkeitsindikator in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie genannt wird (Erwerbstätigenquote).[17] Als Problem wird der zukünftige deutsche Fachkräftemangel benannt und die gleichzeitig „zunehmende Unterfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme“. Ziel der Bundesregierung ist es, „dass bis 2030 die Erwerbstätigenquote der Älteren (60- bis 64-Jährige) 60 Prozent beträgt“.[18]

- Ziel 9: „Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.“ Dieses Ziel betont die Dringlichkeit von Forschung und Innovationen, um Lösungsansätze und Strategien für Antworten auf den demographischen Wandel zu finden.[19] Als Indikator werden beispielsweise „research and development expenditure (% of GDP)“, oder „quality of overall infrastrukture“, „proportion of population using the internet (%)“ genannt.[20]

---

14 Die Bundesregierung 2016a, S. 70

15 Bertelsmann Stiftung/SDSN 2016, S. 28

16 Bertelsmann-Stiftung/SDNS 2016, S. 29

17 Die Bundesregierung 2016, S.138

18 Die Bundesregierung 2016, S. 138

19 Die Bundesregierung 2016, S. 143

20 Bertelsmann-Stiftung/SDSN 2016, S. 29

- Ziel 11: „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten." Dieses Ziel macht die Bedeutsamkeit von regionalen Aspekten deutlich, die ebenfalls vom demographischen Wandel geprägt sind: „Aktuelle Schlüsselaufgaben integrierter Stadtentwicklung sind die gesellschaftliche Teilhabe, der ressourceneffiziente, ökologische und barrierefreie Neu- und Umbau von Gebäuden, Quartieren und der stadttechnischen Infrastrukturen sowie der Erhalt der Attraktivität der Städte auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels."[21] Die Indikatoren der Bertelsmann-Stiftung passen mit der Messung dieser Aufgabe nur teilweise überein und auch die deutschen Indikatoren messen höchstens im Kontext von Barrierefreiheit in Richtung Mobilität.[22] Sinnvoller wäre eventuell ein Indikator der „Barrierefreiheit im Alltag" die sich aus mehreren Aspekten zusammensetzt (z.B. Wohnen, Mobilität, Kommunikation).

## 1.2 Strukturtrends

*„Und ich sag mal so, die ‚goldenen Hochzeitsgebiete' sind schon sehr ausgeprägt hier."*[23]

„Älter werden liegt im Trend", titelt das Statistische Bundesamt, und zeigt in seiner Analyse „Ältere Menschen in Deutschland und der EU" auf, wie ältere Menschen zunehmend das Gesellschaftsbild bestimmen.[24] Dabei ist in Deutschland der demographische Wandel EU-übergreifend mit am weitesten fortgeschritten. „Nur in der Slowakei, Spanien, Portugal und Griechenland wird ein noch größerer Anteil über 60-Jähriger erwartet."[25] 2050 wird in Deutschland mehr als jeder Dritte zur Generation 60+ gehören, (2014: 27%, 2030: 35%, 2050: 38%), jeder Achte zur Generation 80+ (2014: 6%, 2030: 8%, 2050: 13%)[26]. Der Anteil der über 60-Jährigen an der EU-Bevölkerung wird auch in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Zuwanderung kann diesen Prozess verlangsamen, aber nicht aufhalten.

---

21 Die Bundesregierung 2016, S.156

22 Die Bundesregierung 2016, S. 166

23 Interview Nr. 4, Zeile 23-24

24 Statistisches Bundesamt 2016a

25 Statistisches Bundesamt 2016a, S. 6

26 Statistisches Bundesamt 2016a, S. 15

Der demographische Wandel vollzieht sich in der gesamten EU. Doch befinden sich die einzelnen Staaten in unterschiedlichen Stadien der Entwicklung. So kommt es, dass nach den Daten des Statistischen Bundesamtes Italien und Deutschland am schnellsten altern. Die Momentaufnahme von Anfang 2015 weist für beide Länder etwa ein Fünftel von mindestens 65jährigen an der Gesamtbevölkerung aus (I: 21,7%. D: 21%). Am andern Pol des Spektrums finden sich die – demographisch betrachtet - „jungen" Staaten Slowakei (14%) und Irland (13%).[27] Die 2015 noch „junge" Slowakei wird nach den Berechnungen der Demographen 2050 dennoch zusammen mit Spanien, Portugal und Griechenland noch deutlicher als Deutschland „alt" sein.[28]

Die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2017 zeigt, dass die Bevölkerungszahl Deutschlands in den kommenden fünf Jahren steigen und anschließend auf das derzeitige Niveau von 82,2 Millionen im Jahr 2035 sinken wird.[29] Danach wird sie kontinuierlich auf 76,5 Millionen im Jahr 2060 abnehmen. Die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren wird von 49,8 Millionen in 2015 auf 43,9 Millionen im Jahr 2035 und dann auf 39,6 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. Die Zahl der 65-Jährigen und Älteren wird dagegen deutlich steigen, von derzeit 17,3 Millionen auf 23,7 Millionen im Jahr 2060. Damit wird sich die Relation zwischen den Personen im Seniorenalter und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ähnlich stark verändern wie bei bisherigen Rechnungen. Grundlage für die Aktualisierung ist die gegenüber den bisherigen Annahmen seit 2015 erhöhte Zuwanderung. Für Schleswig-Holstein bedeutet das, dass die bisherige Annahme einer Schrumpfung der Bevölkerung von 2,8 Mio. im Jahr 2017 auf 2,5 Mio. bei geringer bzw. 2,6 Mio. bei höherer Nettozuwanderung im Jahr 2045, wie noch in 2015 angenommen, nochmals korrigiert werden muss: Voraussichtlich wird die Bevölkerungszahl insgesamt gegenüber heute konstant bleiben, der Anteil der Hochbetagten wird jedoch in jedem Fall deutlich steigen (die bisherige Annahme aus 2015 sah bei höherer Zuwanderung eine Steigerung von 148.000 Menschen über 80 Jahre in Schleswig-Holstein in 2013 auf 284.000 in 2040 bzw. 373.000 in 2050).[30]

---

27 Dazwischen Deutschland dicht auf den Fersen: Griechenland und weiterhin kontinuierlich mit abnehmenden Anteilen: Portugal, Bulgarien, Finnland, Schweden, Lettland, Estland, Kroatien, Litauen, Dänemark, Malta, Spanien, Österreich, Frankreich, Belgien, Slowenien, Ungarn, Niederlande, Tschechische Republik, Vereinigtes Königreich, Rumänien, Polen, Zypern, Luxemburg.Statistisches Bundesamt 2016a, S. 18

28 Statistisches Bundesamt 2016a, S. 6

29 Statistisches Bundesamt 2017a

30 Statistisches Bundesamt 2015a, S. 8, 97ff.

Von einer Schrumpfung der Bevölkerung, die über viele Jahre die Diskussion bestimmte, kann aufgrund der erheblichen Nettozuwanderung daher nicht mehr gesprochen werden. Der Trend ist jedoch eindeutig: es gibt zugleich eine „Entjüngung“ und dadurch auch eine „Alterung“ der Bevölkerung. Der Trend zur Alterung moderner, industrieller Gesellschaften hat verschiedene Gründe, insbesondere die Erhöhung der Lebenserwartung als Folge von medizinischem Fortschritt und die Reduzierung der Geburtenzahl pro Frau bzw. Paar. Die entscheidende Frage ist, ob Deutschland und konkret auch Schleswig-Holstein die demographische Verschiebung bewältigen kann, vielleicht sogar mit Gewinn für die Gesellschaft insgesamt.

Die Generation 60+ stellte bei der Bundestagswahl 2013 mit 21,3 Millionen bereits gut ein Drittel (34 %, 1980: 27%) der Wahlberechtigten und damit mehr als doppelt so viele wie die Generation der unter 30-Jährigen (16%, 1980: 22%). Bei der Bundestagswahl 2013 gingen 2013 mit 75% erstmals überdurchschnittlich viele der über 70-jährigen zur Wahl (Durchschnitt 72%).[31] Der politische Einfluss der älteren Wähler wird zweifellos weiter steigen.

Ende 2014 lebten in Deutschland sogar rund 17 000 Menschen, die 100 Jahre oder älter waren, davon 85% Frauen. Der Frauenanteil steigt mit zunehmendem Alter, was sich Ende 2014 folgendermaßen abbildet: Unter 60: 49% / 60–69: 52% / 70–79: 55% / 80–89: 63% / 90–99:78% / 100 und älter: 85%.[32] Als Ursache für dieses Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern über die lange Frist wird im Wesentlichen auf die höhere Lebenserwartung der Frauen verwiesen. Doch sind in den höchsten Altersklassen „noch immer die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs sichtbar. Viele Männer sind damals jung im Krieg gestorben. Mit dem Nachrücken von Generationen, die vom Krieg weniger betroffen waren, hat sich dieses Ungleichgewicht in den vergangenen Jahren stetig verringert. So lag der Frauenanteil in der Altersklasse ab 60 Jahren 1990 beispielsweise noch bei 63 %, 2014 nur noch bei 56 %.“[33] Und er wird sich weiter verringern. Altersforscher haben mit Daten von der Weltgesundheitsorganisation 35 Länder analysiert. Sie sagen für Deutschland im Jahr 2030 eine durchschnittliche Lebenserwartung für Frauen von 86 und für Männer von 82 Jahren voraus. [34]

Auswirkungen von Großkatastrophen (Kriege, Massengewalt, Epidemien, Natur- und humanitäre Katastrophen, große Flucht- und Wanderungsbewegungen) können die demographische

---

[31] Statistisches Bundesamt 2016a, S. 16

[32] Statistisches Bundesamt 2016a, S. 10

[33] Statistisches Bundesamt 2016a, S. 10

[34] Tagesschau 2017

Entwicklung ebenfalls deutlich prägen, zum Teil auch langfristig mit zahlreichen Nebenfolgen. Über ein weiteres Beispiel in diesem Zusammenhang berichtete der Kreis Nordfriesland in seinem „Masterplan Daseinsvorsorge“[35] im Themenfeld „Menschen mit Behinderung“, das zur Schärfung des historischen Zeitbewusstseins beitragen kann: „Die Zahl der Menschen mit geistiger Behinderung, die über 65 Jahre alt sind, wird in den nächsten Jahren stark ansteigen, da es durch die Euthanasiepolitik im Nationalsozialismus nur wenige Menschen mit Behinderungen gibt, die vor 1945 geboren sind.“[36] Weitere Schlüsselthemen für das Verständnis der Dynamik des demographischen Wandels sind die regionalen Unterschiede – Herausforderung und Chance für jegliche Gestaltung dieser Dynamik sowie das Thema Migration.

Um den grundgesetzlichen Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse in der Realität einer schrumpfenden Gesellschaft und gleichzeitig alternden Gesellschaft bewerten und messen zu können, sind Indikatoren regionaler Differenzierung entwickelt worden.[37] Regionale Lebensverhältnisse sind die Summe unterschiedlicher Teilaspekte in verschiedenen Dimensionen wie Demographie, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wohlstand, Infrastruktur und Wohnungsmarkt. „Dabei geht es nicht um kulturelle Unterschiede, die etwa Ausdruck unterschiedlicher Lebensführungsmodelle oder Traditionen sind. Entscheidend ist, dass die einzelnen Dimensionen geeignet sind, die Lebensverhältnisse positiv oder negativ zu beeinflussen, und damit soziale und territoriale Ungleichheit zum Ausdruck bringen.“[38] Eine entsprechend kleinräumige Datenerhebung auf kommunaler Ebene ist eine Voraussetzung für zukunftsfähige Altenhilfe und -politik.

2014 hatten 9% der Generation 65 plus einen Migrationshintergrund, „das heißt sie waren seit 1950 nach Deutschland zugewandert, waren Nachkommen von Zugewanderten oder hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der niedrige Wert in der Generation 65 plus spiegelt wider, dass bis zu den 1960er Jahren nur relativ wenige Männer und Frauen aus dem Ausland dauerhaft zuwanderten. In Zukunft wird der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in den höheren Altersgruppen allerdings deutlich steigen. So hatte 2014 von den 25-

---

35 Kreis Nordfriesland 2011. Das darin verwendete Datenmaterial ist schon 10 Jahre alt, aber immer noch eine sehr ertragreiche Informationsbasis für den Kreis Nordfriesland.

36 Kreis Nordfriesland 2011, S. 12

37 BBSR 2012, S. 17, 19

38 Kersten u.a. 2015, S. 9

bis 64-Jährigen rund jeder Fünfte (20 %) einen Migrationshintergrund. Bei den unter 16-Jährigen war es bereits jeder Dritte (33 %).“[39]

Das Migrationsgeschehen der letzten zwei Jahre hat die demographische Lage in Deutschland verändert. „Allein im Jahr 2015 sind netto 1,139 Millionen Personen zugewandert. Dahinter stehen ein Zuzug von 2,137 Millionen und ein Wegzug von 998 000 Personen. Der Wanderungssaldo ist seit den frühen 1990er Jahren bis ins Jahr 2008 zunächst zurückgegangen. Seitdem ist er wieder stark gestiegen. Bei der Nettozuwanderung des Jahres 2015 handelt es sich um die höchsten Zuwanderungszahlen seit Beginn der Registrierung im Jahr 1950.“[40]

Die Wanderungssalden der letzten Jahrzehnte waren sehr schwankend und in Wellen verlaufen. „Keine dieser Wellen ließ sich im Voraus prognostizieren. Einer Einwanderungswelle ist stets auch eine Rückwanderungswelle gefolgt.“[41] Unter Berücksichtigung der verschiedenen Szenarien und Annahmen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes[42] kommt der Bericht zum Ergebnis, dass aus bevölkerungswissenschaftlicher Sicht es durchaus offen sei, ob Deutschlands Bevölkerungszahl bis 2060 tatsächlich zurückgehen wird.[43] Dies ist doch etwas überraschend und steht im Gegensatz zu den meisten Aussagen einschlägiger Untersuchungen, die von einem durch nichts aufhaltbaren Bevölkerungsrückgang ausgehen.

Doch unbestritten ist nach wie vor, dass die Alterung der Bevölkerung bei allen verwendeten Szenarien weiterhin deutlich fortschreiten wird. „So würde der Altenquotient bei einem Wanderungssaldo von 300 000 Personen nur moderat geringer ausfallen als bei den Varianten mit geringerer Zuwanderung. Der Anteil junger Menschen und der damit zusammenhängende Jugendquotient werden sich nach heutigen Einschätzungen in den nächsten Jahrzehnten nur wenig verändern; der Anteil älterer Personen ab 65 Jahre und damit auch der Altenquotient hingegen steigen deutlich an. Vor allem die geburtenstarken Jahrgänge der Mitte der 1950er bis Ende der 1960er Jahre geborenen Babyboom-Generation treiben den Alterungsprozess in den nächsten Jahren maßgeblich voran.“[44] Daran ändert auch die Verlangsamung

---

39 Statistisches Bundesamt 2016a, S. 11

40 Bundesministerium des Innern 2017, S. 5

41 Bundesministerium des Innern 2017, S. 6

42 Statistisches Bundesamt 2015

43 Bundesministerium des Innern 2017, S. 8

44 Bundesministerium des Innern 2017, S. 6

des Tempos der steigenden Lebenserwartung im Vergleich mit den 1980er und 1990er Jahren nur wenig.

Von den insgesamt rund 1,6 Millionen Personen der Generation 65 plus mit Migrationshintergrund hatten 17% ihre familiären Wurzeln auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, 13% hatten einen türkischen Migrationshintergrund. Weitere 11% hatten ihre Wurzeln in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens."[45] Das zeigt sich auch bei der Betrachtung der regionalen Unterschiede innerhalb Deutschlands: Im Osten „wurde die Alterung der Bevölkerung durch die Abwanderung von meist jungen Menschen in den Westen noch beschleunigt. Unter den 16 Bundesländern verzeichnete (Ende 2014) Sachsen-Anhalt mit 25,0% den höchsten Anteil von Menschen im Rentenalter, dicht gefolgt von Sachsen mit 24,9%. Am jüngsten waren die Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Dort lag der Anteil der Älteren bei 18,9% beziehungsweise 19,2%. Unter den Flächenländern wies Baden-Württemberg mit 19,8% den niedrigsten Anteil von Personen ab 65 Jahren aus."[46] Schleswig Holstein lag bei 22,6%. Noch deutlicher werden die teilweisen rasanten Veränderungen der regionalen Unterschiede bei Betrachtung der Veränderungswerte seit 1990: die Spitzenreiter: Brandenburg +81,3%, Mecklenburg-Vorpommern +74%, mit den geringsten Steigerungen: Hamburg +14%, Bremen +19 %, Deutschland +43,5%, Schleswig-Holstein +52,3%.[47]

Wie mit diesen extremen regionalen Unterschieden umgehen? Mit dieser Frage sind wir im Kern der laufenden wissenschaftlichen und konfliktträchtigen politischen Debatten um die zukunftsfähigsten Interpretationen, Neu-Bewertungen, Strategien und Zielsetzungen hinsichtlich des Anspruchs auf gleichwertige Lebensverhältnisse.

Die folgenden Befunde aus den Kapiteln „Demographische Grunddaten"[48] und „Erwerbsbeteiligung und finanzielle Situation"[49] sollen das demographische Bild abrunden und für die demographische Sichtweise sensibilisieren:

- Menschen zwischen 55 und 64 Jahren sind immer häufiger erwerbstätig.
- Immer mehr Menschen in der EU arbeiten bis zum 65. Lebensjahr, drei Viertel davon in Vollzeit.

---

45 Statistisches Bundesamt 2016a, S. 11
46 Statistisches Bundesamt 2016a, S. 12
47 Statistisches Bundesamt 2016a, S. 12
48 Statistisches Bundesamt 2016a, S. 10-21
49 Statistisches Bundesamt 2016a, S. 21-43

- Für gut ein Drittel der Erwerbstätigen ab 65 Jahren ist das Arbeitseinkommen die Haupteinnahmequelle für ihren Lebensunterhalt.
- EU-weit arbeiten rund 5% der Menschen ab 65 Jahren.
- In Paargemeinschaften der Generation 65 plus leben 25% der älteren Frauen, aber weniger als 1% der Männer überwiegend von den Einkünften ihrer Angehörigen.
- Die deutschen Seniorinnen und Senioren verfügen im EU-Vergleich über ein hohes Einkommen. Überall in der EU haben Männer im Alter ein höheres Durchschnittseinkommen als Frauen
- In der Generation 65 plus sind Frauen stärker armutsgefährdet als Männer. Von materieller Entbehrung sind Ältere insgesamt weniger betroffen als Jüngere. Mehr als jede dritte alleinlebende Person ab 65 Jahren hat Probleme, unerwartete größere Ausgaben aus eigenen finanziellen Mitteln zu bestreiten.
- In der Europäischen Union ist rund jede siebte Person ab 65 Jahren armutsgefährdet.
- Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. In Westdeutschland ist der Anteil der Leistungsbezieher höher als in Ostdeutschland.

In ihrer demographiepolitischen Bilanz der Bundesregierung vom Januar 2016 wird die demographische Entwicklung in Deutschland folgendermaßen zusammengefasst:

„1. Die aktuelle Zuwanderung wird die Alterung der Bevölkerung bis 2035 nicht wesentlich verlangsamen.

2. Eine weiterhin hohe Nettozuwanderung würde zu einer Stabilisierung der Bevölkerungszahl auf etwa dem heutigen Niveau und einem deutlich verminderten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter führen. Vergleichbares gilt langfristig bis zum Jahre 2060, wenn die jährliche Zuwanderung auf dem jahresdurchschnittlichen Niveau seit der deutschen Wiedervereinigung liegen und der aktuell zu beobachtende moderate Anstieg der Geburtenrate sich als dauerhaft erweisen würde.

3. Wie sich die durch überwiegend junge Zuwanderer steigende Bevölkerungszahl auf die Erwerbstätigkeit auswirkt, hängt von ihrer Integration in den Arbeitsmarkt ab.

4. Die Heterogenität, insbesondere die vielseitige Herkunft der in Deutschland lebenden Menschen, wird mittel- wie langfristig weiter zunehmen.

5. Hinzu kommt, dass der demographische Wandel innerhalb Deutschlands sehr unterschiedlich verlaufen wird. Neben Regionen mit Bevölkerungsverlusten und einer relativ starken Alterung stehen weithin wachsende Regionen, die vom Zuzug insbesondere jüngerer Menschen profitieren."[50]

## 1.3 Kulturtrends

Einflussnahmen auf den demographischen Wandel durch politische Strategien, etwa um als unerwünscht gesehene Entwicklungen zu vermeiden, abzumildern oder erwünschte zu stärken, wirken immer nur sehr langsam. Dies ist eine der Herausforderungen für die Entwicklung und Vereinbarung von Zukunftsszenarien im Bereich von Altenhilfe und -politik sowie von demographisch orientierten Politikstrategien. Jahrzehntelang schon sich als möglich ankündigende Entwicklungen wurden auch jahrzehntelang vernachlässigt, obwohl sie auf demographischen Fachkongressen schon längst thematisiert und der Politik als frühzeitiges und systematisch zu bearbeitendes Arbeitsfeld anempfohlen wurden. Franz-Xaver Kaufmann sieht in der Langsamkeit, in der demographische Prozesse ablaufen, eine große Schwierigkeit, weil sie von rascheren Veränderungen überlagert werden. „Nachhaltige Wirkungen sind dagegen von langfristigen demographischen Trends und insbesondere ihrer Veränderung zu erwarten."[51] Man muss also vorsichtig sein mit der Folgenabschätzung demographischer Prozesse und in der Praxis immer „von einer engen Interdependenz zwischen ökonomischen, politischen und demographischen Faktoren ausgehen."[52]

Die Langsamkeit der Wirkungen von politischen Strategien, die den demographischen Wandel gestalten wollen, verlangt nach einer besonderen Sorgfalt und Verantwortungsbereitschaft bei der Entwicklung von Zukunftsszenarien, die als Raum für langfristiges Denken zu verstehen sind. Es gilt nicht nur, der Vielfalt, Pluralität, Ungleichheit des Alters gerecht zu werden, sondern innerhalb dieses Spektrums die gegebenen Spannungs- und Konfliktfelder lösungsorientiert mit langem Atem zu bearbeiten. Ein typischer Konflikt im Bereich von Altenhilfe und -politik kann etwa auftreten zwischen den alterspolitischen Zielen

- der Sorge, der Mitverantwortung, des Gemeinschaftsaufbaus, der Hilfe zur Pflege einerseits

[50] Statistisches Bundesamt 2016a, S. 8
[51] Kaufmann 2007, S. 110
[52] ebd.

- und nach einem selbstbestimmten Leben, gesellschaftlicher Teilhabe und Hilfe zur Eingliederung andererseits.[53]

Ein grösser werdendes Konfliktpotential kann entstehen, wenn bisher eher unterbewertete Themen, die aber in Zukunft an Gewicht gewinnen werden, keine angemessene Berücksichtigung in der Zukunftsplanung finden. Das könnte beispielsweise für Themen wie Alter und Ökonomisierung, Reichtum/Armut, Alter und Migration, Alter und Sucht sowie Alter und Behinderung zutreffen.

Insofern Zukunftsszenarien zu Absichtserklärungen und konkreten Planungen vor Ort führen, werden sie irgendwann von Teilen der Akteure und der Betroffenen als Zukunftsversprechen verstanden oder interpretiert. Das ist mit Chancen und Risiken verbunden. Die Chancen liegen darin, Unterstützungspotentiale auf verschiedensten Ebenen ansprechen zu können. Den Risiken muss man rechtzeitig angemessen begegnen können. Jedes Zukunftsversprechen verlangt nach Unterstützung, die organisiert werden muss. Hier spielen „Altersbilder“ und „Zukunftsbilder“ eine große Rolle in den gegenwärtigen wissenschaftlichen, fachpolitischen, politischen und zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Bereich Altenhilfe und Altenpolitik. Es sind immer normative Setzungen damit verbunden, von denen unterschiedliche Adressaten/Gruppen unterschiedlich betroffen sind.

Die erarbeiteten positiven Zukunftsbilder müssen von den zentralen Stakeholder-Gruppen der Altenhilfe innerlich mitgetragen werden. Bei der Organisation von Zustimmung undvon Zugehörigkeit spielen Gemeinschaftserlebnisse meistens eine bedeutende Rolle. Dieser Weg über Zukunftsbilder/Altersbilder, normative Setzungen, Organisation von Zustimmung, Stabilisierung durch Gemeinschaftserlebnisse ist vielversprechend; er kann Entwicklungspotentiale mobilisieren. Das Risiko liegt dennoch darin, dass nicht eingelöste Zukunftsversprechen eine überproportional große destruktive Wirkung entfalten. In dieser Perspektive geraten mögliche Qualitätskriterien ins Blickfeld: Fehlerfreundlichkeit (die prinzipielle Möglichkeit, einmal Beschlossenes wieder zu revidieren), Konflikt- und Kultursensitivität, Resilienz und Empowerment, Monitoring und Evaluierung.

Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung unter dem Titel „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“[54] spiegelt ebenfalls

---

[53] siehe etwa die aktuelle Kritik samt Protestaktionen der ISL – Interessengemeinschaft Leben in Deutschland e.V. zum geplanten Bundes-Teilhabegesetz und verschiedenen anderen gesetzlichen Regelungen, dort auch umfangreiche Dokumentationen. http://isl-ev.de. Die ISL ist eine menschenrechtsorientierte Selbstvertretungsorganisation und der Dachverband der Zentren für selbstbestimmtes Leben.

die hohen Erwartungen und Anforderungen wieder, die komplexeren Ansätze, die umfassenderen Verantwortungsstrukturen, die langfristigeren Sichtweisen und die querschnittsorientierten Themenstellungen, die heute mit einer Politik für ältere Menschen einhergehen. Es geht um ein erweitertes Verständnis von Daseinsvorsorge, das folgende Hauptziele verfolgt:

- Befähigung, ein gutes, Leben eigenständig und selbstbestimmt zu führen, an der Gesellschaft teilzuhaben und die Möglichkeiten der sozialen und politischen Partizipation zu haben,
- Sicherung von Versorgung und Schutz.

Dafür ist es erforderlich, dass

- die Vielfalt der Lebenslagen, Lebenswelten und daraus entstehenden Bedarfe anerkannt werden,
- die besondere Vulnerabilität bestimmter Gruppen berücksichtigt und nach Möglichkeit kompensiert wird,
- dafür kommunal und auf Nachbarschaftsebene nachhaltige Unterstützungsstrukturen gefördert werden.

Auch die zentrale Bedeutung des Wohnens im Alter wird betont: Wohnsituation, Wohnqualität, Wohnquartier, vernetztes Wohnen als Zukunftsvision (technologieorientiert). Altersgerechte Quartiersentwicklung (sozialräumliche Gestaltung) ist folgerichtig zu einem der wichtigsten und am meisten kommunizierten Thema und Praxisfeld geworden.

Die 45 Empfehlungen des 7. Altenberichts „richten sich vor allem an Bund, Länder und Kommunen, denn nur in diesem Dreiklang lassen sich die Herausforderungen, die mit diesem Ziel verbunden sind, bewältigen.“[55] Sie gliedern sich in 9 Themenfelder:

- Daseinsvorsorge: Von der Formel zur kommunalen Befähigung
- Subsidiarität als Ordnungsrahmen für lokale Strukturen und Netzwerke wiederentdecken
- Ungleichheiten in der alternden Gesellschaft

[54] Deutscher Bundestag 2016

[55] Deutscher Bundestag 2016, S. 284ff.

- Regionale Disparitäten und die Lebenssituation älterer Menschen in Deutschland erkennen
- Gesundheitliche Versorgung präventiv ausrichten und wohnortnah sicherstellen
- Sorge und Pflege in gemeinsamer Verantwortung
- Von der Wohnungspolitik zur Wohnpolitik
- Stärkung der kommunalpolitischen Handlungsebenen für eine Politik mit älteren und für ältere Menschen

Die mit dem demographischen Wandel einhergehenden Herausforderungen sind brisant, liegen aber keineswegs ausschließlich im grösser werdenden politischen Gewicht der älteren Menschen als Wählerpotential. Ebenso bedeutungsvoll und wirkmächtig sind die direkten und indirekten Folgen auf die Lebenslage der Senioren in allen ihren Dimensionen, politisch, ökonomisch, kulturell und sozial. Vereinseitigende Betrachtungen verbieten sich, denn sie erschweren oder verhindern die Identifizierung von Gestaltungsoptionen und befördern in ihrer Wirkung eher destruktive Spaltungstendenzen in der Gesellschaft.

Auf diesen Zusammenhang hat der Bericht „Altersbilder in der Gesellschaft“[56] der Sachverständigenkommission an das BMFSFJ im Jahr 2010 hingewiesen. Nachdem die Forscher, ausgehend von einer großen Vielfalt unterschiedlicher Lebenssituationen älterer Menschen, die erkennbaren Altersbilder in allen relevanten Bereichen der Gesellschaft analysiert haben[57], wird die zentrale Bedeutung der Altersbilder für die Bewältigung und Gestaltung des demographischen Wandels deutlich.

Es wird aufgezeigt, dass einseitig ausgerichtete Altersbilder die gesellschaftliche und individuelle Nutzung von Potenzialen im Alter und eine selbstverantwortliche und mitverantwortliche Lebensführung älterer Menschen erschweren, und dass solche undifferenzierten und einseitigen Altersbilder einem ethisch und fachlich angemessenen Umgang mit der Verletzlichkeit des Alters entgegenstehen.

„Wenn zum Beispiel Alter mit Krankheit gleichgesetzt wird oder wenn dem Alter ein geringes Veränderungspotenzial unterstellt wird, kann dies dazu beitragen, dass eine fachlich anspruchsvolle medizinische, rehabilitative, pflegerische und soziale Unterstützung in Grenzsi-

---

[56] BMFSFJ 2010

[57] Zu nennen wären folgende Themenfelder: Geschichte, Kultur, Zivilgesellschaft, Bildung, Arbeitswelt, Konsum/Markt, Medien, Gesundheitssystem, Pflege, Recht, Kirchen, Religion, Lebenslauf

tuationen des Alters ausbleibt."[58] Dabei können „negative" nicht einfach durch „positive" Altersbilder ersetzt werden. Vielmehr kommt es darauf an, differenziert sowohl über die Stärken als auch über die Grenzen im Alter zu sprechen. Nur dann können sich auch die Altersbilder auf angemessene Weise differenzieren.

Der demographische Wandel stellt eine gesellschaftliche und politische Herausforderung dar, deren Bewältigung auch dadurch gefördert wird, dass einseitig negative Altersbilder revidiert werden. Und natürlich sollten einseitige Altersbilder auf keinen Fall zugunsten „bestimmter politischer und wirtschaftlicher Absichten" eingesetzt werden, wie das beispielsweise mit dem Altersbild des „Generationenkonflikts" oder des „Kampfes der Generationen" schon allzu oft geschehen sein mag.[59] Sie „erschweren den Umgang mit dem demographischen Wandel. Sie sollten vorsichtig verwendet werden, weil sie gerade in einer Gesellschaft des langen Lebens negative Auswirkungen haben und konkrete Konflikte erst schaffen können."[60]

Seither ist viel von einer „neuen Kultur des Alters" die Rede. Die Sechste Altenberichtskommission fasst unter dieser Begrifflichkeit beispielsweise die Erkenntnisse und Empfehlungen ihrer großen Studie „Altersbilder in der Gesellschaft" zusammen. Altersbilder prägende individuelle und gesellschaftliche Vorstellungen beziehen sich auf den Zustand des Altseins, auf den Prozess des Älterwerdens und auf ältere Menschen als soziale Gruppe. Besonders betont wird, dass Altersbilder nicht „zwangsläufig" und „naturgegeben" vorhanden seien. Vielmehr seien sie „soziale Konstruktionen, deren Ausgestaltung von historischen und kulturellen Rahmenbedingungen abhängt. (…)Zum Beispiel dominiert im Bereich der Pflege ein anderes Altersbild als in der Zivilgesellschaft oder als in der Arbeitswelt."[61]

Die Perspektive der Altersbilder erlaubt einerseits umfassende und differenzierende Analysen zum Thema Altern, andererseits aufgrund ihrer Eigenschaft als soziale Konstruktionen Einflussnahme im Arbeitsfeld von Altenhilfe und Altenpolitik. Die Akteure in diesen Arbeitsfeldern können nicht nur nach den Altersbildern fahnden, die in diesen wirken, sondern auch nach den Ansatzpunkten, um Altersbilder so zu verändern, dass unerwünscht oder destruktiv erkannten Tendenzen entgegengewirkt und erwünschte Entwicklungen gefördert werden.

---

[58] Deutscher Bundestag 2010, S. 269

[59] Auch die fachpolitischen Organisationen wie z.B. die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) beziehen immer wieder deutlich Position gegen solch einseitig negative Altersbilder.

[60] Deutscher Bundestag 2010, S. 269

[61] BMFSFJ, S. 8

Das Thema „Altersbilder“ birgt also sowohl ein analytisches als auch eine zukunftsgestaltendes Potential, das durch eine zukunftsfähige Altenhilfe und -politik zur Entfaltung gebracht wird, eine „vorrangige politische Aufgabe“, bei der Entscheidungsträger/ Entscheidungsträgerinnen auf allen Ebenen gefragt sind. Sie sollten „kritisch reflektieren, von welchen Altersbildern sie sich leiten lassen“ und „sich die Implikationen ihrer (auch öffentlich kommunizierten) Altersbilder für Politik und Gesetzgebung bewusst machen.“[62]

Der Bericht „Altersbilder in der Gesellschaft“ liefert dazu eine Fülle von praxisrelevanten Erkenntnissen. Es wird auch deutlich, dass der Betrachtung des Alters, des Alterns und der Lebenssituation und -welt der älteren Menschen im demographischen Wandel zwangsläufig immer eine verkürzte Sichtweise innewohnt, da immer der ganze Generationenzusammenhang betroffen ist. „Politik für ältere Menschen muss als Teil einer übergreifenden Generationenpolitik verstanden werden. Dies könnte sich auch in der Namensgebung oder sogar im Ressortzuschnitt von Ministerien (zum Beispiel als ‚Generationenministerium') niederschlagen. Dies gilt im Grundsatz für alle politischen Institutionen, Verbände und dergleichen, die die Bezeichnung ‚Senioren' im Namen tragen. In politischen Parteien sollte die Sinnhaftigkeit von Seniorenorganisationen überdacht werden. In den Altenberichten, den Familienberichten und den Kinder- und Jugendberichten der Bundesregierung sollte die Generationenperspektive gestärkt werden.“[63] Neben der Generationenperspektive sollte auch folgerichtig die Lebenslaufperspektive gestärkt werden, weil Altern sowohl als individuelle als auch als gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe begriffen werden muss. In dieser Sichtweise sind auch die Ergebnisse der neuesten Shell Jugendstudie u.a. zum Wertewandel unter Jugendlichen gerade auch für Altersfragen aktuell und praxisrelevant[64], wie viele Konzepte im Praxistest heute schon zeigen, in denen Jugendliche im Bereich der Altenhilfe und -politik konstitutiv sind.

## 1.4 Demographie in Schleswig-Holstein

Die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2017 zeigt, dass die Bevölkerungszahl in den kommenden fünf Jahren steigen und anschließend auf das derzeitige Niveau von 82,2 Millionen im Jahr 2035 sinken wird. [65] Danach wird

[62] BMFSFJ 2015, S. 23

[63] Deutscher Bundestag 2010, S. 270

[64] http://www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie.html

[65] Statistisches Bundesamt 2017

sie kontinuierlich auf 76,5 Millionen im Jahr 2060 abnehmen. Grundlage für die Aktualisierung ist die gegenüber den bisherigen Annahmen seit 2015 erhöhte Zuwanderung. Für Schleswig-Holstein bedeutet das, dass die bisherige Annahme einer Schrumpfung der Bevölkerung von 2,8 Mio. im Jahr 2017 auf 2,5 Mio. bei geringer bzw. 2,6 Mio. bei höherer Nettozuwanderung im Jahr 2045, wie noch in 2015 angenommen, nochmals korrigiert werden muss: Voraussichtlich wird die Bevölkerungszahl insgesamt gegenüber heute konstant bleiben, allerdings mit regionalen Verschiebungen. Der Anteil der Hochbetagten wird jedoch in jedem Fall deutlich steigen (die bisherige Annahme aus 2015 sah bei höherer Zuwanderung eine Steigerung von 148.000 Menschen über 80 Jahre in Schleswig-Holstein in 2013 auf 284.000 in 2040 bzw. 373.000 in 2050). [66]

Der Entwurf der Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030[67] nennt folgende demographische Entwicklungen:

- Bis 2030 wird für Schleswig-Holstein eine Fachkräftelücke von insgesamt 97.000 Personen prognostiziert: 85.000 Personen mit mittlerer Qualifikation (Berufsabschluss), 12.000 Personen mit hoher Qualifikation (Hochschul- und Fachhochschulabschluss). Lediglich für Personen mit geringer Qualifikation (ohne Berufsabschluss) wird ein Arbeitsmarktüberhang von etwa 3.500 Personen im Jahr 2030 bestehen bleiben.
- Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung liegt in Schleswig-Holstein mit 12,7% unter dem Bundesdurchschnitt von 20,3%. Der Anteil wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. 2014 lag der Wanderungssaldo in Schleswig-Holstein von Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit bei rund 15.200 Personen. 2015 kamen rund 35.000 und im zweiten Halbjahr 2016 rund 6.500 Asylsuchende nach Schleswig-Holstein, für deren Aufnahme das Land zuständig war; 2010 waren es rund 1.300.
- Jedes Jahr entscheiden sich 3.000 Zugewanderte für die deutsche Staatsbürgerschaft. Bundesweit belegt Schleswig-Holstein damit einen Spitzenplatz.

[66] Statistisches Bundesamt 2015a, S. 8 & 97ff.

[67] Staatskanzlei 2016

- Die meisten Schleswig-Holsteiner (73,5% der Bevölkerung) leben in städtisch geprägten Bereichen, 18,5% in ländlichen Bereichen, doch 80% der Gesamtfläche Schleswig-Holsteins sind ländlicher Raum.
- 56% der Menschen in Schleswig-Holstein lebten Ende 2013 in Städten. Auf die vier kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster entfiel ein Einwohneranteil von knapp 22%.
- In den Stadt-Umland-Bereichen im ländlichen Raum und den Ordnungsräumen, die überwiegend städtisch bis suburban geprägt sind, lebten 2013 etwa 18% der Bevölkerung.
- Städte entwickeln eine immer größere Anziehungskraft für junge Menschen und Zuwanderer.
- Die Entwicklung der ländlichen Räume ist sehr unterschiedlich. Windenergie und Tourismus haben in einzelnen ländlichen Regionen neue Dynamiken entfaltet, wie das Beispiel Nordfriesland zeigt. Auf der anderen Seite sind einzelne Gemeinden und Räume von einem Bevölkerungsrückgang betroffen, der die Strukturprobleme dieser Regionen weiter verschärft und vor allem eine flächendeckende Daseinsvorsorge erschwert.

In allen Arbeitsfeldern der 11 strategischen Leitlinien der Landesentwicklungsstragie geht es auch um demographischen Wandel (siehe auch Kapitel 2, Soziale Veränderungen). Es gibt keinen Bereich, der nicht auch vom demographischen Wandel betroffen ist. Andererseits macht es diese Darstellung auch schwer, ein kohärentes Gesamtbild der demographischen Entwicklung in Schleswig-Holstein zu erhalten. Gerade in jüngster Zeit mussten zahlreiche statistische Vorausberechnungen aufgrund neuester Zahlen revidiert werden.[68]

Für den Aufbau einer zukunftsfähigen Perspektive mit und für die älter werdenden Bewohner vor Ort braucht es Sozialstruktur- und Bevölkerungsdaten auch kleinräumig im Projektgebiet, so dass sie als Planungsdaten vor Ort genutzt werden können sowie als Informationsbasis für Kooperations- und Entscheidungsprozesse zwischen den verschiedenen Beteiligten aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Der Werkzeugkasten Daseinsvorsorge Schleswig-

[68] So lassen sich auf www.wegweiser-kommune.de Demographieberichte über die Kreise Schleswig-Holsteins erstellen, die aber vor kurzem noch nicht auf dem neusten Stand waren. Dasselbe gilt für die „Einwohnerentwicklung im Kreis Segeberg/Kreis Nordfriesland 2015 bis 2030 - Vorausberechnung des Statistikamtes Nord im Auftrag der Staatskanzlei Schleswig-Holstein – Landesplanung – Juni 2016“.

Holstein sowie weitere dort zugängliche Arbeitshilfen, ein Angebot für die kommunale Praxis des Netzwerks Daseinsvorsorge Schleswig-Holstein sind wichtige Errungenschaften, die für die praxisorientierte Entwicklung von Zukunftsperspektiven wichtig erscheinen.

Der Kreis Segeberg hat den Abschlussbericht des Projektes „Kreis Segeberg 2030 – Schaffung zukunftsfähiger Grundlagen für die Lebenswelt der Menschen im Kreis Segeberg“ vorgelegt, darin eine umfassende und differenzierte Analyse der Wohnsituation, mit einem Schwerpunkt „fehlender seniorengerechter Wohnraum“, unter Berücksichtigung des Immobilienmarktes und der Präferenzen der Investoren, die das mittlere und obere Preissegment bevorzugen. In der Folge wurde ein rasch steigender Handlungsbedarf in Sachen bezahlbarer Wohnraum prognostiziert. Der Kreis Nordfriesland hat 2011 einen „Masterplan Daseinsvorsorge – Gemeinsam den Wandel gestalten“ (Rahmen: Demographischer Wandel – Region schafft Zukunft – Modellregion Nordfriesland) vorgelegt. Das Datenmaterial ist schon 10 Jahre alt, aber immer noch eine sehr ertragreiche Informationsbasis für den Kreis Nordfriesland. Interessant zu sehen, wie sich schon in 10 Jahren Prioritäten ändern, die wiederum zu veränderten Bewertungsgesichtspunkten führen. Mit den heute zugänglichen Werkzeugen und Datenbasen könnten aber in vielen Bereichen Fortschreibungen angegangen werden und auch neue Fragen gestellt werden.

Die sozialräumliche Planungs- und Projektelandschaft in Schleswig-Holstein von der Landes- bis zu Kreis-, Kommunal- und Quartiers-/Dorfebene ist voll von Zukunftsbildern, derer sich die planenden Akteure bedienen, um ihre Zukunftsplanungen zu kommunizieren und darzustellen. Das entsprechende Äquivalent im Bereich der Altenhilfe- und Altenpolitik auf den genannten Ebenen fehlt fast vollständig.

Die vom Diakonischen Werk Schleswig-Holstein zu erarbeitenden Altersbilder lassen sich in Beziehung setzen mit den Zukunftsbildern der planungsrelevanten Akteure hinsichtlich der Entwicklung im Kreis Segeberg und im Kreis Nordfriesland. Es ist jetzt schon abzusehen, dass es erhebliche Schnittmengen geben wird, aber auch viel Koordinations- und Kooperationsbedarf, um beispielsweise entscheiden zu können, welche Kräfte gewünschte positive Trends fördern oder welche Kräfte unerwünschten negativen Trends entgegenwirken können. Dann gilt es, diese Kräfte anzusprechen und einzubinden. Dazu passt der Begriff „Laborregionen“. Schnittmengen lassen sich zur Identifizierung von Kooperationsfeldern nutzen. Das Projekt bietet die Chance, in einem gestaffelten, ausreichend langsamen Zeitablauf von

Workshops, Experteninterviews, Szenariovorschlägen, Impulsen für soziale Innovationen diese Kooperationsfelder nachhaltig zu installieren.

## 1.5 Zusammenfassung: Demographie bis 2045

Die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2017 zeigt, dass die Bevölkerungszahl in den kommenden fünf Jahren steigen und anschließend auf das derzeitige Niveau von 82,2 Millionen im Jahr 2035 sinken wird.[69] Danach wird sie kontinuierlich auf 76,5 Millionen im Jahr 2060 abnehmen. Die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren wird von 49,8 Millionen in 2015 auf 43,9 Millionen im Jahr 2035 und dann auf 39,6 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. Die Zahl der 65-Jährigen und Älteren wird dagegen deutlich steigen, von derzeit 17,3 Millionen auf 23,7 Millionen im Jahr 2060. Damit wird sich die Relation zwischen den Personen im Seniorenalter und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ähnlich stark verändern wie bei bisherigen Rechnungen. Grundlage für die Aktualisierung ist die gegenüber den bisherigen Annahmen seit 2015 erhöhte Zuwanderung. Für Schleswig-Holstein bedeutet das, dass die bisherige Annahme einer Schrumpfung der Bevölkerung von 2,8 Mio. im Jahr 2017 auf 2,5 Mio. bei geringer bzw. 2,6 Mio. bei höherer Nettozuwanderung im Jahr 2045, wie noch in 2015 angenommen, nochmals korrigiert werden muss: Voraussichtlich wird die Bevölkerungszahl insgesamt gegenüber heute konstant bleiben, der Anteil der Hochbetagten wird jedoch in jedem Fall deutlich steigen (die bisherige Annahme aus 2015 sah bei höherer Zuwanderung eine Steigerung von 148.000 Menschen über 80 Jahre in Schleswig-Holstein in 2013 auf 284.000 in 2040 bzw. 373.000 in 2050).[70]

Von einer Schrumpfung der Bevölkerung, die über viele Jahre die Diskussion bestimmte, kann aufgrund der erheblichen Nettozuwanderung daher nicht mehr gesprochen werden. Der Trend ist jedoch eindeutig: es gibt zugleich eine „Entjüngung“ und dadurch auch eine „Alterung“ der Bevölkerung. Der Trend zur Alterung moderner, industrieller Gesellschaften hat verschiedene Gründe, insbesondere die Erhöhung der Lebenserwartung als Folge von medizinischem Fortschritt und die Reduzierung der Geburtenzahl pro Frau bzw. Paar. Die entscheidende Frage ist, ob Deutschland und konkret auch Schleswig-Holstein die demographische Verschiebung bewältigen kann, vielleicht sogar mit Gewinn für die Gesellschaft insgesamt. Heute besteht weitgehend Konsens, dass die zukunftsfähige Gestaltung des demo-

[69] Statistisches Bundesamt 2017

[70] Statistisches Bundesamt 2015a, S. 8, 97ff.

graphischen Wandels nur gelingen kann, wenn alle gesellschaftlichen Akteure unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zusammenwirken. Strategien, Politiken, Maßnahmen und Programme müssen darauf hinauslaufen, die Kommunen zu befähigen, die notwendigen Rahmenbedingungen dazu zu schaffen.

Eine zentrale Bedeutung bei der Gestaltung des demographischen Wandels haben Altersbilder mit ihrem sowohl analytischen als auch zukunftsgestaltenden Potential. Dabei ist die kritische Reflexion von allen Akteuren gefordert, von welchen Altersbildern sie sich leiten lassen und welche Implikationen und Wirkungen diese haben. Wenn die Gesellschaft insgesamt altert, dann muss Älterwerden in der Realität und in der Wahrnehmung der Altersbilder positiv und produktiv sein. Nur als Konsumzeit im jüngeren Alter und Hilfebedarfszeit im höheren Alter wird das nicht gelingen. Sowohl die Lebensarbeitszeit auf dem Arbeitsmarkt wie gesellschaftliches Engagement insgesamt werden in Zukunft steigen müssen und steigen. Das bietet neue Chancen auch für die Altenhilfe.

# 2 Soziale Veränderungen

## 2.1 Mehr oder weniger Gemeinschaft?

Die Sozialstruktur Deutschlands hat sich auch in der jüngeren Vergangenheit enorm verändert. Aus Klassen wurden Schichten und Milieus, neue Ungleichheiten kamen dazu, die Lebensformen wandelten sich, Migration, Geschlechtergleichheit, Solidaritätsprobleme, Armutsrisiken, deutsche Einheit oder die Ausweitung der EU haben weitreichende Wirkungen. Wir wollen uns auch bei der Trendanalyse Soziale Veränderungen auf solche Trends konzentrieren, die für die Zukunft der Altenhilfe besonders relevant sind:

- Was sind die großen sozialen Veränderungen in den kommenden 30 Jahren (2045)?
- Sind Veränderungen im Bereich Armut und Ungleichheit zu erwarten?
- Sind andere Formen des Zusammenlebens wahrscheinlich?

Die größte soziale Veränderung in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts ist eine *umfassende Globalisierung* in ihren unterschiedlichen Ausprägungen, die wiederum von konflikthaften Versuchen geprägt sein wird, dieses historische Rad nationalistisch und protektionistisch zurückzudrehen. Es sind vor allem die technologischen und die klimapolitischen Prozesse, die global wirksam sind und daher auch nur global reguliert werden können. Aber auch die demographische Dimension der Globalisierung, Migration und Flucht, wird die deutsche Gesellschaft gravierend verändern, sie wird immer mehr zu einer Einwanderungsgesellschaft. Mit dieser umfassenden Globalisierung geht eine weitere Zunahme von Unübersichtlichkeit einher, die die meisten Menschen sowohl politisch wie kulturell verunsichert. In Bezug auf das Alter und die Altenhilfe wird Globalisierung bedeuten, dass auch Produkte und Dienstleistungen zunehmend global zirkulieren, ein Beispiel sind schon jetzt Call-Center, die weltweit Serviceleistungen erbringen und dabei bisweilen sogar den Dialekt der Kunden nachahmen. Schon jetzt sind vielerorts ambulante Pflegeleistungen, vor allem in der häuslichen 24-Stunden-Pflege ohne einen migrantischen Arbeitsmarkt nicht zu erbringen.

Mit der Globalisierung einhergehend, durch diese je nach politischem Rahmen geschwächt oder gestärkt, wird in den kommenden Jahrzehnten auch auf nationaler Ebene eine *Zunahme von vertikaler und horizontaler Ungleichheit* erwartet. Was vertikale Ungleichheit betrifft, so

haben sich im letzten Jahrhundert „Klassen“ im Sinne der marxistischen Analyse aufgelöst und in „Schichten“ verwandelt. Dennoch machen Autoren wie Thomas Piketty *(„Das Kapital im 21. Jahrhundert“)* zu Recht darauf aufmerksam, dass sich die Einkommen von Kapitalbesitzern langfristig gegenüber denjenigen, die als Arbeitnehmer nur ihre Arbeitskraft vorweisen, deutlich günstiger entwickelt. Wer nur über zudem schlecht bezahlte Arbeitskraft verfügt, dem droht im Alter zunehmend Armut, Altersarmut wird bis 2045 in gravierendem Umfang steigen. Auch die strukturellen Veränderungen der Arbeitswelt in der Wissensgesellschaft in Richtung „Arbeit 4.0“ werden Auswirkungen auf vertikale Ungleichheit haben, Arbeitsverhältnisse werden noch unsicherer, ein niedriger Bildungsstatus wird das Risiko prekärer, armutsnaher Existenz noch stärker erhöhen. In Bezug auf horizontale Ungleichheit – durchaus verknüpft mit vertikaler – haben sich Lebenslagen, Milieus und Lebensstile ausdifferenziert, die Verfügung über andere Kapitalsorten als ökonomisches Kapital, nämlich soziales Kapital (also soziale Beziehungen), kulturelles Kapital (Bildung, Kultur) und symbolisches Kapital (Anerkennung) ist äußerst ungleich. Im Alter wirken sich diese Ungleichheiten gravierend aus, biographische Entscheidungen (Kinder, Wohneigentum, formale Bildung) lassen sich gar nicht mehr oder nur noch mit großem Aufwand korrigieren. Ungleichheit gefährdet das Gefühl gesellschaftlicher Gemeinschaft, die Empfindungen von Zusammengehörigkeit und Solidarität.

Können möglicherweise *neue gemeinschaftliche Formen des Zusammenlebens* diese Prozesse der Unübersichtlichkeit und des Egoismus ausgleichen oder gar überwinden? Der Anteil der 1-Personen-Haushalte wird vor allem aufgrund der Alterung der Gesellschaft in den nächsten Jahren deutlich steigen, von derzeit 41,4% aller Haushalte auf 44,0% bereits in 2035, d.h. um knapp 2 Millionen.[71] Dieses Wachstum geht überwiegend (1,4 Mio.) auf das Konto von 1-Personen-Haushalten von Menschen mit über 60 Jahren.[72] Eine Gegenbewegung ist durchaus erkennbar. Mehrgenerationenhäuser, Wohn- und Hausgemeinschaften nehmen auch bei Älteren zu, teils – wie im Übrigen auch bei Jüngeren – aus wirtschaftlicher oder gesundheitlicher Not, beispielsweise bei Demenz-Wohngemeinschaften, da herkömmliche Pflegeeinrichtungen noch immer überfordert scheinen und zudem sehr teuer sind.

Ob die sozialen Veränderungen in den kommenden 30 Jahren von einem Trend zu mehr oder zu weniger Gemeinschaft gekennzeichnet sind, hat weit reichende Auswirkungen sowohl auf

---

[71] Statistisches Bundesamt 2017, S. 10 (Variante „Trend“)

[72] ebd., S. 19

das Unübersichtlichkeitsempfinden, auf soziale Ungleichheit und auf die ganz konkreten Lebensformen.

### Soziale Veränderungen und SDG

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der „Agenda 2030“ („Sustainable Development Goals“) der UN hat die Bundesregierung in die im Januar 2017 beschlossene „Neuauflage 2016“ der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie integriert, so dass diese 17 Ziele als „deutscher Beitrag zur Erreichung der SDGs“[73] den Aufbau der Strategie prägen, während die „Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030“ die SDGs zwar als Leitziele betont, die Gliederung jedoch an 11 strategischen Leitlinien orientiert, die fast keinen Zusammenhang mit den SDGs aufweisen.[74] Die SDGs konzentrieren sich auf einige sozial(strukturell)e Veränderungen, die keineswegs nur für die Schwellen- und Entwicklungsländer von Bedeutung sind: „Armut in jeder Form und überall beenden“ (SDG 1), „Geschlechtergleichstellung erreichen“ (SDG 5), „Menschenwürdige Arbeit für alle“ (SDG 8), vor allem auch „Ungleichheit in und zwischen Ländern verhindern“ (SDG 10); für Schleswig-Holstein könnten auch die beiden im engeren Sinn ökologische SDGs 14 („Ozeane, Meere und Meeresressourcen nachhaltig nutzen“) und 15 („Landökosysteme nutzen“) aufgrund ihrer touristischen und ökonomischen Bedeutung soziale Veränderungen anstoßen.

## 2.2 Strukturtrends

Die bisher skizzierten sozialen Veränderungen lassen sich in prognostischer Hinsicht für den hier relevanten Zeitraum von knapp 30 Jahren (und selbst in der eingeschränkteren Form bis 2030) nur begrenzt durch Strukturdaten untermauern. Überall auf der Welt sind Menschen, Generationen, Organisationen, Städte und Regionen von großen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik betroffen. In struktureller Perspektive ist die Mega-Dynamik von einer Industrie- zu einer Wissensgesellschaft erkennbar. Die Bedeutung von Wissen – technologischem Wissen und Handlungskompetenz – wächst dabei in fast allen Lebensbereichen der modernen Gesellschaft, vor allem auch in der Wirtschaft.

---

[73] Bundesregierung 2017, S. 53ff.

[74] Staatskanzlei 2016, S. 34ff.

Der eng mit der Wissensgesellschaft verbundene sektorale Strukturwandel bedingt, dass sich der Dienstleistungssektor zunehmend ausweitet, während in Landwirtschaft und Industrie ein Rückgang zu verzeichnen ist. In Deutschland und in fast allen anderen westlichen Ländern nehmen in der Folge die Arbeitsplätze in der Industrie ab, die im Dienstleistungsbereich hingegen zu, darunter vor allem auch die sogenannten wissensintensiven Dienstleistungen. Deutschland weist im internationalen Vergleich eine hohe Spezialisierung auf den Wissenssektor auf. Im Jahr 2010 entfielen gut 45 Prozent der Wertschöpfung auf wissensintensive Sektoren. In den USA waren es vergleichsweise 43 Prozent.[75] Daneben erfasst dieser Wandel aber auch traditionelle Industrien, deren Wertschöpfung ebenfalls zunehmend weniger durch die Verarbeitung und Veredelung von Materialien begründet wird als vielmehr durch spezifische nutzenstiftende Ideen, Forschungsleistungen, Images oder Services, die in ein Produkt einfließen bzw. mit diesem verbunden werden. Die strukturellen Wandlungsprozesse hin zur Wissensgesellschaft zeigen sich auch im technologischen Bereich (z.B. im Zusammenhang mit den Informations- und Kommunikationstechnologien), im Bereich der Bildungsplanung und im Bereich von Organisation (Wissensmanagement) und Arbeit (Wissensarbeit).

Für das Konzept der Wissensgesellschaft erscheint der Theoriebeitrag des früher in Stanford, heute an der Stern School of Business in New York lehrenden Paul Romer von größter Bedeutung. Im Rahmen seiner „endogenen Wachstumstheorie“ adressiert er Wissen als vierte Produktivkraft (neben Boden, Kapital und Arbeit).[76] Die Botschaft der endogenen Wachstumstheorie lautet, dass Politiken, die Offenheit, Wettbewerb, Wandel und Innovation unterstützen, auch Wirtschaftswachstum fördern. Es ist allerdings wichtig, dass der Wachstumsbegriff im Kontext der Mega-Dynamik zu einer Wissensgesellschaft nicht zu eng gefasst wird. Er ist durchaus – auf der Ebene der Qualitäten – kompatibel mit neueren Diskursen zur „Post-

---

75 Schiersch/Gornig, 2013, S. 4

76 was er in einer elektronisch verfügbaren Enzyklopädie recht anschaulich beschreibt: “Economic growth occurs whenever people take resources and rearrange them in ways that make them more valuable. A useful metaphor for production in an economy comes from the kitchen. To create valuable final products, we mix inexpensive ingredients together according to a recipe. The cooking one can do is limited by the supply of ingredients, and most cooking in the economy produces undesirable side effects. If economic growth could be achieved only by doing more and more of the same kind of cooking, we would eventually run out of raw materials and suffer from unacceptable levels of pollution and nuisance. Human history teaches us, however, that economic growth springs from better recipes, not just from more cooking. New recipes generally produce fewer unpleasant side effects and generate more economic value per unit of raw material (see natural resources). […] Every generation has perceived the limits to growth that finite resources and undesirable side effects would pose if no new recipes or ideas were discovered. And every generation has underestimated the potential for finding new recipes and ideas. We consistently fail to grasp how many ideas remain to be discovered. The difficulty is the same one we have with compounding: possibilities do not merely add up; they multiply.” (Romer 2008)

wachstumsökonomie“, sofern diese primär als wirtschaftskulturelle Diskurse verstanden werden.[77]

Aus soziologischer Perspektive ist für eine Wissensgesellschaft insbesondere die Bereitschaft kennzeichnend, tradierte und eingelebte Anschauungen und Erwartungen auf den Prüfstein zu stellen. Dies bedeutet, Erwartungen als Wissen zu behandeln, daher aufgrund von Erfahrungen zu überprüfen und im Bedarfsfalle zu korrigieren. Ein enttäuschungs- und lernbereiter Umgang mit den eigenen Erwartungen ist mithin für Wissensgesellschaften kennzeichnend. Auch wenn in gewissem Ausmaß eine solche Bereitschaft in jeder Gesellschaft vorhanden sein muss, gelingt es erst den modernen, ausdifferenzierten Gesellschaften, gesellschaftliche Veränderungsdynamiken durch die Herausbildung und Verselbständigung „veränderungsbereiter“ gesellschaftlicher Teilsysteme (vor allem Wissenschaft, Wirtschaft und Technik) zu verstetigen.

In Wissensgesellschaften ist die Wandlungs- und Lernfähigkeit demnach Voraussetzung dafür, sich den laufend ändernden Gegebenheiten und Herausforderungen anzupassen, zumal sie in vielen Bereichen existenzielle Bedeutung aufweisen. Wirtschaftlich und sozial relevante Fragestellungen des 21. Jahrhunderts kommen – etwa innerhalb des EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizon 2020“ – beispielsweise aus den Bereichen Klimawandel, demographische Entwicklung, Ernährungs- und Biowirtschaft, umweltfreundliche Verkehrs- und Mobilitätskonzepte, aber auch aus dem Kontext integrativer, innovativer und reflektierender Gesellschaften. Nach dem „Innovation Union Scoreboard 2013“ der Europäischen Kommission zählt Deutschland durchaus zu den innovations- und lernfähigen Ländern und ist im europäischen Vergleich unter den vier Innovations-Führern der EU-27 (noch ohne Kroatien) zu finden.[78]

Aktuell geht es insgesamt um den sozialökologischen Umbau von Industriegesellschaften hin zu einer klimaverträglichen, ressourcenschonenden und nachhaltigen sowie wissensbasierten Produktions- und Lebensweise. Dies bringt weitreichende globale und regionale Gestaltungsaufgaben mit sich, die weder rein wissenschaftlich-technologischer noch rein gesellschaftlicher oder politischer Natur sind. Dieser „Grand Challenge“-Zugang führt z.B. zu der Konsequenz, dass die Definition der „Herausforderungen“ zum einen den breiten (zivil-)gesellschaftlichen und politischen Beteiligungsprozess erfordert und diese zum anderen

[77] Opielka 2017

[78] European Commission 2013

einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung auf der Grundlage erfolgter Transformationsprozesse bedarf.

Nach den Erkenntnissen der Forschung rund um die Gestaltung von Wandlungsprozessen wirken top-down- und bottom-up-Ansätze in wechselwirkender Weise zusammen, so dass z.B. eine wachsende Zahl erfolgreicher „Basis"-Projekte die politische Steuerungs-Ebene positiv zu beeinflussen vermag, während wiederum Politik und Administration solche Erfahrungen aufnehmen können, um sie für verbesserte oder neue Maßnahmen zu nutzen und Innovation zu erleichtern oder zu fördern.[79]

Diese dialektische Betrachtung hat einen entscheidenden Einfluss auf den Umgang mit sogenannten „Megatrends", also mit großmaßstäblichen, lange anhaltenden und mit tiefgreifenden Veränderungen verbundenen Trends. Der Begriff „Megatrend" wird insbesondere in der unternehmensorientierten[80], bisweilen auch eher nur so genannten Zukunftsforschung verwendet, ohne dass bis heute ein empirisch und theoretisch begründeter Konsens darüber vorliegt, was genau als Megatrend zu verstehen ist.[81] Zweifellos bestehen langfristige und gesellschaftliche Teilsysteme übergreifende Transformationsprozesse, die (auch regionalen) Akteuren helfen können, sich systematisch mit zukünftigen Veränderungen von Strukturen und Themenlandschaften zu beschäftigen. Entscheidend dürfte jedoch sein, dass sie durch Akteure, durch Stakeholder in diesen Systemen gestaltbar sind.

Eine erfolgreiche Zukunftsforschung ist – analog zu Natur- und Technikwissenschaften – auf „Labore" als Forschungsinfrastrukturen angewiesen. Solche „Reallabore" ermöglichen die wissenschaftliche Gestaltung und Begleitung von umfassenden gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Dabei gilt es, die sich heute z.B. in Städten und Regionen vollziehenden „Experimente" systematischer zu begleiten und aufeinander zu beziehen.[82] Nicht zuletzt sollten die Prozesse prospektiv ausgerichtet sein und vor dem Hintergrund der Herausforderungen verschiedene Zukunftsbilder und langfristig ausgerichtete Entwicklungspfade berücksichtigen.

---

79 Grin u.a. 2010, S. 25ff.

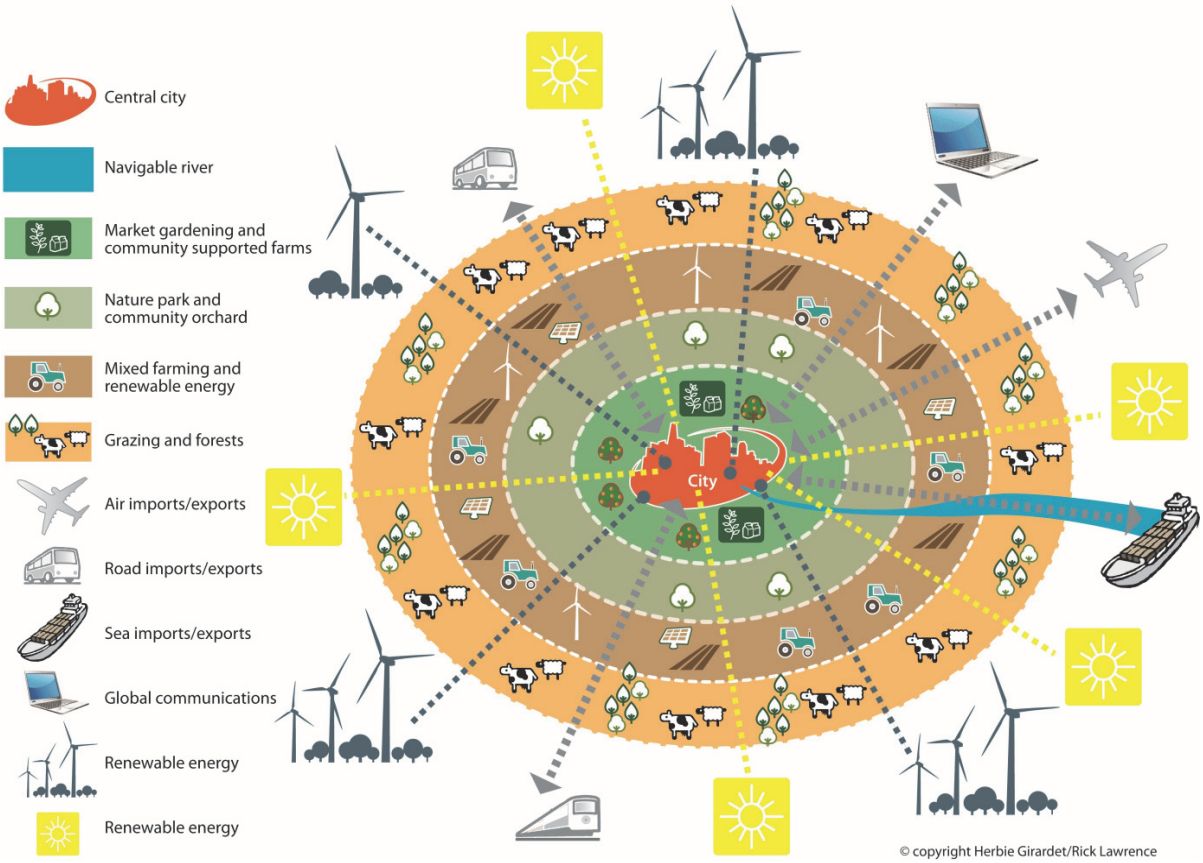
80 Das Beratungsunternehmen Z_Punkt kommt beispielsweise auf 20 Megatrends: Z_Punkt 2015

81 Opielka 2017, Kap. 1

82 Schneidewind/Scheck 2012

## 2.3 Kulturtrends

Im Rahmen der ökologischen Zukunftsforschung werden komplexe Visionen selten mit umfassenden Datenbasen und Referenzen auf vorhandene Forschungslinien erstellt. Gleichwohl können Visionen und Leitbilder wie die „Ecopolis“ des World Future Council (Abbildung 1) als wertvolle Inspiration und Heuristik für die vorliegende Trendanalyse gelten.




Quelle: Girardet 2010, S. 15

Abbildung 1: "Ecopolis" – Strukturleitbild für "Regenerative Cities“

Angesichts der heutigen und für die weitere Zukunft absehbaren Herausforderungen für Schleswig-Holstein ist im Zusammenhang mit strategischen Planungsprozessen eine umfassende Sichtweise erforderlich, die bestehende Forschungsansätze und Methoden miteinander kombiniert. Die relevanten Veränderungsprozesse angemessen einschätzen zu können, setzt voraus, neben quantitativen und quantifizierbaren Parametern (insbesondere mak-

ro- und sozioökonomischen Indikatoren wie beim „Zukunftsatlas 2016“ von Prognos[83]) gezielt auch qualitative Parameter, Zusammenhänge und Aspekte zu berücksichtigen. Manche Studien mit herkömmlichen Ansätzen und Methoden reproduzieren eher Klischees, als dass sie differenziert aufzeigen, wie künftig Lebensqualität und positive gesellschaftliche Perspektiven aussehen und vor allem, wie diese gestaltet werden könnten. Ebenso wenig werden Pfadabhängigkeiten, Steuerungsfähigkeiten (Governance), Wechselwirkungen und künftige Perspektiven in die Untersuchungen einbezogen und angemessen eingeschätzt.

Die vorliegenden Trendanalysen können insoweit auch als (früher) Bestandteil eines „Regional Foresight“-Prozesses aufgefasst werden. Unter dem Begriff „Foresight“ (Vorausschau) wird ein systematischer und partizipativer Prozess verstanden, der zur Gewinnung von Informationen und zur Entwicklung von Zukunftsbildern für einen mittel- bis langfristigen Zeitrahmen dient. Der Begriff der „Regional Foresight“ oder auch „Regionalen Vorausschau“ etablierte sich in der EU Anfang der 2000er Jahre, wobei der Ansatz der Vorausschau auf nationaler Ebene bereits seit den 1990er Jahren verwendet wird. Besondere Aufmerksamkeit erhielt die regionale Vorausschau in den Jahren 2001 und 2002, in denen die Europäische Kommission für den vermehrten Einsatz von Vorausschauinitiativen in der EU warb, um Strategieentwicklungen und Entscheidungsfindungen voranzutreiben. Die Generaldirektion Forschung richtete in diesem Zusammenhang das Referat „Wissenschaftliche und technologische Zukunftsforschung“ ein und gab die Erstellung von Leitfäden zur regionalen Vorausschau in den EU-Ländern in Auftrag.[84] Die wissenschaftliche Literatur zu Regional Foresight ist zu einem Großteil auf die Aktivitäten der EU in dieser Zeit zurückzuführen.

Aufgrund des Wandels von top down-Prozessen zu bottom up-Prozessen in der Politikgestaltung kommt der Vorausschau auf regionaler Ebene eine immer größere Bedeutung zu. Unter Regionen können Teilgebiete eines Staats, Bundesländer, Großstädte, aber auch Staatsgrenzen überschreitende Gebiete verstanden werden, in denen eine regionale Identität und ein gewisser politischer Einfluss gegeben sein müssen. Regionale Vorausschau ist demnach die Umsetzung eines systematischen und partizipativen Vorausschauprozesses in räumliche Einheiten, die kleiner als Nationalstaaten sind. In diesem Zusammenhang steht auch das politische Konzept „Europa der Regionen“, das die Stärkung der Regionen innerhalb der EU fordert und damit den Stellenwert regionaler Vorausschau erhöht.

---

83 Prognos 2016

84 Zweck/Keenan 2002

Erfolgreiche regionale Vorausschauprozesse sind reflexiv, sektorenübergreifend und durch Kontinuität gekennzeichnet. Ein kontinuierlicher Foresight-Prozess mit einer langfristigen Perspektive ermöglicht einen Lernprozess bei den beteiligten Akteuren, die dadurch Kooperationen langfristig ausrichten und endogene Potenziale sowie Erfahrungen ausländischer Beispielprozesse erfolgreich nutzen können. Mit Hilfe dieser Lernprozesse kann letztlich ein kultureller Wandel in einer Region einsetzen. Die konkrete Prozessgestaltung hängt wesentlich von den regionalen Gegebenheiten ab, orientiert sich an pragmatischen Faktoren wie Budget oder Personalressourcen und folgt demnach nicht notwendig rein wissenschaftlichen Theorien oder Vorgaben. Als Charakteristika eines idealen regionalen Vorausschauprozesses werden erwähnt:[85] Analyse der Herausforderungen, Initiative aus der Region, Partizipation, politikfeldübergreifender Betrachtungsrahmen, mittel- bis langfristiger Zeitrahmen, Vernetzung und Zusammenarbeit, multidisziplinärer Ansatz und Nachvollziehbarkeit des Prozesses. Grundsätzlich kann ein regionaler Vorausschauprozess in sich geschlossen und unabhängig von anderen Vorhaben und Programmen der jeweiligen Region oder Stadt sein. Er kann aber auch als methodischer Teilstrang in umfangreicheren Vorhaben und Programmen eingesetzt werden. Betrachtet man die Konzeption und Umsetzungsstrategie eines Vorausschauprozesses auf regionaler Ebene, wird deutlich, dass individuelle, auf die jeweilige Stadt oder Region angepasste Konzepte erstellt werden müssen. Dies liegt einerseits an den unterschiedlichen Voraussetzungen der Städte und Regionen, die die Finanzen, das zur Verfügung stehende Personal sowie das vorhandene Wissen zum methodischen Vorgehen betreffen und anderseits an den differenzierten Themenstellungen.

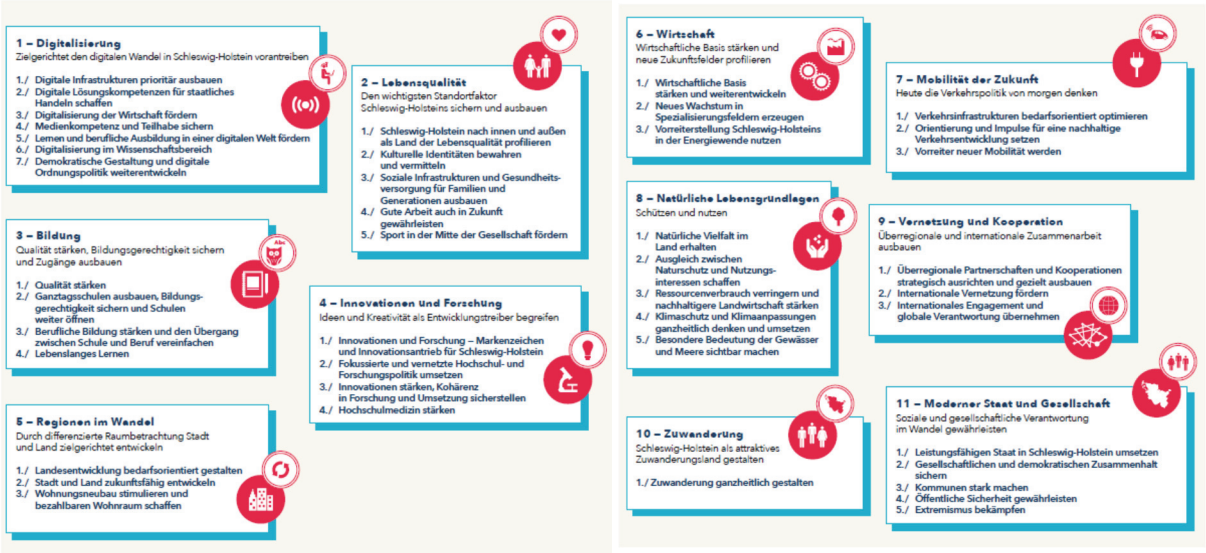
## 2.4 Soziale Veränderungen in Schleswig-Holstein

Zumindest bis zum Jahr 2030 bietet der im Dezember 2016 veröffentlichte Entwurf einer „Landesentwicklungsstrategie“ einige hilfreiche Informationen über die zu erwartenden sozialen Veränderungen in Schleswig-Holstein, insbesondere durch die darin angeführten Indikatoren zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Geschlechtergleichheit, zur Zuwanderung oder zur Rolle staatlicher Regulierung.[86] Die Landesentwicklungsstrategie gipfelt in elf strategischen Leitlinien mit Handlungsfeldern, die sich an den elf leitenden (freilich etwas willkürlich ausgewählten) „Megatrends“ orientieren.

---

[85] Braun u.a. 2006, S. 18ff.

[86] Staatskanzlei 2016




Quelle: Staatskanzlei 2016, S. 238f.

Abbildung 2: Elf strategische Leitlinien mit Handlungsfeldern der Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030 (Entwurf)

Soziale Veränderungen mit Bezug auf die Altenhilfe werden auch im Siebten Altenbericht an die Bundesregierung thematisiert, vor allem der Blick auf die regionalen Disparitäten und ihre Wirkung auf die Lebenssituation älterer Menschen. Die Ausgangslage heute unterscheidet sich indikatorengestützt auch zwischen den beiden Laborregionen des Projektes. Während der Kreis Segeberg den „Standorten mit bedeutsamen Produktions- und Dienstleistungspotentialen“ zugerechnet wird, zählt der Kreis Nordfriesland zu den „peripher gelegenen und gering verdichteten Regionen mit ausgeprägten Tourismuspotentialen“.[87]

## 2.5 Zusammenfassung: Soziale Veränderungen bis 2045

Die Sozialstruktur Deutschlands hat sich auch in der jüngeren Vergangenheit enorm verändert. Die Trendanalyse Soziale Veränderungen konzentriert sich auf Trends, die für die Zukunft der Altenhilfe besonders relevant sind.

Die größte soziale Veränderung in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts ist eine umfassende Globalisierung in ihren unterschiedlichen Ausprägungen. Es sind vor allem die technologischen und die klimapolitischen Prozesse, die global wirksam sind und daher auch nur global

[87] Deutscher Bundestag 2016, S. 145

reguliert werden können. Aber auch die demographische Dimension der Globalisierung, Migration und Flucht, wird die deutsche Gesellschaft gravierend verändern, sie wird immer mehr zu einer Einwanderungsgesellschaft. Mit dieser umfassenden Globalisierung geht eine weitere Zunahme von Unübersichtlichkeit einher, die die meisten Menschen sowohl politisch wie kulturell verunsichert.

Mit der Globalisierung einhergehend wird in den kommenden Jahrzehnten auch auf nationaler Ebene eine Zunahme von vertikaler und horizontaler Ungleichheit erwartet. Wer nur über zudem schlecht bezahlte Arbeitskraft verfügt, dem droht im Alter zunehmend Armut, Altersarmut wird bis 2045 in gravierendem Umfang steigen. Auch die strukturellen Veränderungen der Arbeitswelt in der Wissensgesellschaft in Richtung „Arbeit 4.0“ werden Auswirkungen auf vertikale Ungleichheit haben. In Bezug auf horizontale Ungleichheit haben sich Lebenslagen, Milieus und Lebensstile ausdifferenziert, die sich im Alter gravierend auswirken. Ungleichheit gefährdet das Gefühl gesellschaftlicher Gemeinschaft, die Empfindungen von Zusammengehörigkeit und Solidarität.

Neue gemeinschaftliche Formen des Zusammenlebens könnten diese Prozesse der Unübersichtlichkeit und des Egoismus ausgleichen oder gar überwinden. Mehrgenerationenhäuser, Wohn- und Hausgemeinschaften nehmen auch bei Älteren zu, teils – wie im Übrigen auch bei Jüngeren – aus wirtschaftlicher oder gesundheitlicher Not. Ob die sozialen Veränderungen in den kommenden 30 Jahren von einem Trend zu mehr oder zu weniger Gemeinschaft gekennzeichnet sind, hat weit reichende Auswirkungen sowohl auf das Unübersichtlichkeitsempfinden, auf soziale Ungleichheit und auf die ganz konkreten Lebensformen.

# 3 Wertewandel

## 3.1 Materielles oder postmaterielles Altern?

Die Studien zum Wertewandel haben in den vergangenen Jahrzehnten den Weg in die Massenmedien gefunden: Die Veränderung von eher materiellen zu eher postmateriellen Werten, wie sie im World Values Survey und im European Values Survey seit mehreren Jahrzehnten untersucht werden. In Deutschland wurden vor allem die Sinus Milieus bekannt, die darauf basieren. Wir fragen uns nun:

- Welcher Wertewandel ist in den nächsten 15 bis 30 Jahren in Deutschland zu erwarten?
- Wird die Bevölkerung religiöser oder eher religionsfern?
- Welchen Beitrag kann die Diakonie auf dem Feld des Wertewandels leisten?

Werte gehören zu den grundlegenden Sinnkomponenten, sind somit anthropologisch fundierte, für den Menschen überlebenswichtige Orientierungsmaßstäbe, primär kognitiv fundiert, können also bewusst gemacht werden. „Sie konstituieren damit Prioritäten und Prioritätsordnungen, ohne die angesichts der Überfülle dessen, was aus der Welt auf uns einstürmt, eine Orientierung, ein Zurechtfinden in dieser Welt überhaupt nicht möglich wäre.“[88] Unterschieden werden etwa kognitive Werte wie z.B. Freiheit oder auch Gehorsam, affektive Werte wie z.B. Mitmenschlichkeit, oder instrumentelle Werte wie z.B. Geldverdienst. Auch werden Werte nach der Zeitperspektive (langfristig, kurzfristig) oder nach dem Allgemeinheitsgrad unterschieden. Es lassen sich übergeordnete Ziele, wie z. B. Gleichheit oder Toleranz, mit einem hohen Allgemeinheitsgrad sowie einer langfristigen Zeitperspektive und damit tief im Persönlichkeitssystem verankert, von kurzfristig zweckorientierten Werten unterscheiden, mit jeweils unterschiedlichen Resistenzen gegenüber Wandel, oder in mehrdimensionalen Werteinventaren Dimensionen wie Gerechtigkeit, Glück, Konformität und Leistung. „Gerontologisch relevant sind die empirischen Ergebnisse aus dem European Social Survey, die für das Alter Wertorientierungen in Richtung Sicherheit und Konformität zeigen.“[89] Eine Schwäche all dieser Ansätze und Ergebnisse wird darin gesehen, dass sie sich nicht ausreichend mit der Ausdifferenzierung des mittleren und höheren Lebensalters befassen.

---

[88] Kolland/Meyer Schweizer 2012, S. 587

[89] ebd.

Werte und Wertewandel sind eingebunden und in Wechselwirkung mit sozialstrukturellen und kulturellen Gegebenheiten. Werte sind nicht nur in der individuellen Persönlichkeit verankert; der Wandel vollzieht sich individuell und strukturell. Im Prozess von Pluralisierung und Differenzierung kommt es zu Diskontinuitäten. Wert- und Strukturkonflikte sind zwingende Folge. „Wertekonflikte treten auf, wo verschiedene Wertprioritäten und Wertordnungen aufeinandertreffen."[90] Und natürlich ist dies vor allem bei schnellem sozialem und kulturellem Wandel der Fall. Leben wir nicht gerade in einer solchen Phase?

Eine Vielzahl von gesellschaftlichen Prozessen hat sich so sehr beschleunigt, dass schon in den 1990ern von der „fluiden Gesellschaft" in einer Gesellschaft der reflexiven Modernisierung gesprochen wurde.[91] Unter dem Einfluss sich verändernder Geschlechterrollen, schwächer werdender Einbindung in traditionelle kulturelle Milieus, von Globalisierung und Digitalisierung werden die Prozesse der Individualisierung und Pluralisierung vielfältiger und schneller – eine der großen konzeptionellen und praktischen Herausforderungen für Altenhilfe und -politik. Die Diagnose in der Sichtweise der Fluiden Gesellschaft lautet: Grenzen geraten in Fluss, Konstanten werden zu Variablen. Wir haben es mit einer neuen „Meta-Herausforderung" zu tun: Eigene Grenzziehungen![92]

Der moderne Wertewandel verweist auf eine Verlagerung der Perspektive des Handelns in einem Dreischritt von außen nach innen und schließlich nach außen/innen. In dieser Sicht lautete in den 1950ern und 1960ern die Maxime: Selbstkontrolle. Außenorientierung herrschte vor, das Selbst hatte sich anzupassen. In den 1950ern und 1960ern lautete die Maxime dann: Selbst-Verwirklichung, Innenorientierung herrschte vor, das Selbst emanzipiert sich. Als Maxime für die 1990er und 2000er Jahre gilt dann: Selbst-Management. Innen- und Außen-Orientierung verbinden sich, gekennzeichnet durch eine deutlichere Vermittlung zwischen Selbst und Umwelt.[93] Selbst-Management impliziert wiederum eigene Grenzsetzungen, Identitätsarbeit wird zum Projekt.

Was sehen wir, wenn wir in dieser Optik auf die Themen „Alter", „Identität", „Familie" und „Jugend" schauen:

1950er/1960er: Alter ist normiert, 1970er/1980er: Alter wird entthront, 1990er/2000er: Alter als Projekt

---

[90] ebd.

[91] Bauman 2000

[92] Keupp 2011, S. 6

[93] Diese Schematisierung geht zurück auf: Barz u.a. 2001

1950er/1960er: Identität als Gehäuse, 1970er/1980er: Identität als Selbstbehauptung, 1990er/2000er: Identität als Prozess

1950er/1960er: Familie ist normiert, 1970er/1980er: Familie wird hinterfragt, 1990er/2000er: Familie als Möglichkeit

1950er/1960er: Jugend ist normiert, 1970er/1980er: Der Aufstand der Jugend, 1990er/2000er: Die pragmatische Jugend[94]

Wird das Alter zunehmend zu einem individuellen Projekt, eingebettet in eine politisch-gesellschaftliche Situation mit neuen Optionsspielräumen für ein selbstbestimmtes Alter, aber auch Grenzen setzend? Eigene Grenzziehungen werden somit „weniger durch normierte Vorstellungen gezogen, was altersgemäß ist, sondern sie werden durch Ressourcen bestimmt, auf die eine Person zurückgreifen kann."[95] Dazu gehören etwa: ein kohärenter Sinnzusammenhang, „einbettende Kulturen", materielle Basissicherung, die Erfahrung der Zugehörigkeit, ein Kontext der Anerkennung sowie zivilgesellschaftliche Basiskompetenzen.

Eine Reflexion dieses in groben Zügen thematisierten Wertewandels von den 1950ern bis in die 2000er-Jahre in seinem Zusammenhang mit dem Thema „Identität" ergibt etwa folgendes Bild:

„Gestern" traditionelle Identität: eher vorgegeben, eindeutiger festgelegt, abgrenzend und „rein", kulturell eindeutiger, Identität und Kultur eng beisammen, eher selbstverständlich, Identitätswandel individuell schwierig und nicht selbstverständlich. Das impliziert auch: kulturell stark geprägte Haltungen engen individuelle Verhaltensspielräume ein, d.h. Spielraum für Verhaltensänderungen eher klein.

„Heute": erarbeitete Identität, Identität wird zum Projekt, eher ambivalent, mehrdeutig, d.h. nicht mehr eindeutig vorgegeben, nicht mehr selbstverständlich, eher inter-kulturelle Identitäten entstehen, Identität und Kultur nicht mehr so eng beisammen, gemischte Identitäten (Patchwork-Identitäten) werden – durchaus konfliktreich - „normal". Das impliziert auch: kulturell nicht mehr so stark geprägte Haltungen vergrößern individuelle Verhaltensspielräume, d.h. Spielraum für Verhaltensänderungen eher groß

„Morgen": Identitätsvorstellungen geraten in Konflikt miteinander. Welche Gesellschaft wollen wir? Wie werden diese Konflikte ausgetragen? Können sie friedlich ausgetragen werden?

---

[94] Keupp 2011, S. 18ff.

[95] Keupp 2011, S. 11

Diese Überlegungen führen uns zur Frage: Welche gesellschaftlichen Tendenzen gehen einher und interagieren mit dem Wandel der Werte und der Formen von Identität? Bezüge und Wechselwirkungen zeigen sich vor allem mit folgenden Themen:

- Migration (Kulturen, Ursachen, Motive – Arbeit, Flucht, Vertreibung)
- Globalisierung und Digitalisierung (Gewinner, Verlierer, Gerechtigkeit, Gleichmacherei, Chancen, Risiken, radikale soziale Umbrüche)
- demographischer Wandel (Gesellschaften des langen Lebens, alternde Gesellschaften, Bevölkerungsrückgang, Bevölkerungszusammensetzung)

## Wertewandel – SDGs

Die 2030-Agenda wurde 2015 von den Vereinten Nationen in New York verabschiedet und gibt mit 17 globalen Zielen die Richtung einer nachhaltigen Entwicklung der nächsten jetzt 13 Jahre an. Der Titel „Transformation unserer Welt“ verdeutlicht die gesellschaftlich notwendigen Veränderungen, die alle Nationen umsetzen müssen. Dies wird auf deutscher Ebene sehr ernst genommen und ist in der „Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“[96] der Bundesregierung festgehalten. Zur Messung wurden Indikatoren entwickelt, die eine transparente Vergleichbarkeit auf nationaler und internationaler Ebene ermöglichen.

Langfristige Werte, wie Freiheit, Mitmenschlichkeit, Gleichheit, Toleranz, Gerechtigkeit, Sicherheit und Partizipation werden in mehreren Zielen thematisiert. Dabei muss beachtet werden dass diese Ziele „für alle“ ihre Gültigkeit besitzen (z.B. Ziel 3 „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern).[97] Im Kontext dieser Trendanalyse werden zwei Ziele näher betrachtet und ihre Indikatoren vorgestellt:

- Ziel 4 „Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern“.[98] Ein lebenslanges Lernen, auch im Alter, wird zwar in keinem Unterziel explizit genannt, jedoch zeigt unsere Trendanalyse, dass die Zugehörigkeit zu einer Bildungsgruppe auschlaggebender ist als die zu

[96] Die Bundesregierung 2016a

[97] Martens/Obenland 2015, S. 14

[98] Martens/Obenland 2015, S. 46

einer Altersgruppe. Dies wird im folgenden Text näher erläutert. Die Bertelsmann-Stiftung und SDSN geben sieben Indikatoren an, zwei sind besonders relevant für diese Analyse: „Population aged 25-64 with tertiary education (%)“ und „Polulation aged 25-64 with upper secondary and post-secondary non-tertiary educational attainment (%)“.[99] Dieser Indikator wird in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ebenfalls eingesetzt, jedoch nur „30- bis 34-Jährige mit tertiärem und postsekundärem nichttertiärem Abschluss“, was an das Ziel der Europäischen Union geknüpft ist „bis 2020 soll ein Anteil von 40 Prozent der 30- bis 34-Jährigen in der Europäischen Union über einen tertiären Abschluss verfügen.“[100]

- Ziel 10 „Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern“.[101] Das Unterziel 10.2 lautet: „Bis 2030 alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status zu Selbstbestimmung befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion fördern“.[102] Als Indikatoren geben Bertelsmann-Stiftung/SDSN den Gini Index, den PISA Social Justice Index und das Palma ratio[103] an („Anteil des obersten Dezils am Gesamteinkommen / Anteil der untersten 4 Dezile am Gesamteinkommen)[104]. Auf deutscher Ebene werden Maßnahmen wie beispielsweise der Mindestlohn, die Förderung von Multi-Stakeholder-Initiativen und die Armuts- und Reichtumsberichterstattung umgesetzt.[105] Dies ist gerade im Kontext von Altersarmut relevant.

## 3.2 Strukturtrends

Bis heute wird Forschung zum Wertewandel dominiert von der Unterscheidung zwischen materialistischen und postmaterialistischen Werten und ihren Mischformen. Eine vierfache indikatorgestützte Typologie – materialistischer Typ, materialistischer Mischtyp, postmaterialistischer Typ, postmaterialistischer Mischtyp wird seit Jahrzehnten genutzt, um Zukunftserwartungen und Gerechtigkeitsbewertungen verschiedener sozialer Gruppen im Zeit-

[99] Bertelsmann-Stiftung/SDSN 2016, S. 28

[100] Die Bundesregierung 2016a, S. 91

[101] Martens/Obenland 2015, S. 82

[102] Martens/Obenland 2015, S. 82

[103] Bertelsmann-Stiftung/SDS 2016, S. 29

[104] Martens/Obenland 2015, S. 89

[105] Die Bundesregierung 2016a, S. 149 & S. 154

ablauf abzubilden. Der den Surveys zugrundeliegende „Inglehart-Index“ ist einfach konstruiert: Die Befragten wählen aus zwei materialistischen - 'Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung' und 'Kampf gegen steigende Preise' - und aus zwei postmaterialistischen Zielen - 'Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung' und 'Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung' - das ihnen wichtigste und zweitwichtigste Ziel aus. Die Ergebnisse zeigen dann die Häufigkeiten der viergenannten Typen.[106] Die Bevölkerung Deutschlands stellt inzwischen mehrheitlich postmaterialistische Werte in den Vordergrund, sieht den eigenen Anteil am Wohlstand als gerecht an und erwartet für die unmittelbare Zukunft wirtschaftliche Stabilität. Zu erwarten sei aber eine weiter verstärkte Forderung nach mehr Bürgereinfluss auf die Regierungsentscheidungen. „Diese Forderung stellt die eigentliche Herausforderung dar, welche auch in Zeiten wirtschaftlicher Stabilität aktuell bleibt.“[107]

Doch interessanterweise findet man in der Fachliteratur zum Thema „Alter“ und „Altern“ nur selten direkt explizite Thematisierungen zum Wertewandel. Hingegen findet man sehr viel in der Markt- und Konsumforschung, und in den Forschungsbereichen, die sich mit Personalentwicklung, Unternehmensführung oder Beschäftigung älterer Arbeitnehmer befassen. Das Alter hat sich eben ausdifferenziert und die jungen Alten, die Aktiven, die Best Agers, Platin Surfer, die Silver Generation, die neuen Alten oder wie sie auch immer genannt werden[108], sind interessante Klienten- und Kundengruppen und somit im Fokus von Marktforschung. Ihre Wertepräferenzen zwischen materialistisch und postmaterialistisch helfen, zielgruppenspezifisch genaue Daten zu gewinnen und Interessenten anzubieten. Diese sind sowohl Unternehmen wie Organisationen, auch Wohlfahrtsverbände. Es geht um Waren und Dienstleistungen. Die Markt-, Konsum- und Motivforschung arbeitet inzwischen global und gleichzeitig kleinräumig spezifisch hoch differenziert, entwickelt ihre Methoden und Angebote stetig weiter.[109] Wenn wir dann zu den Hochbetagten kommen, verlagert sich das Interesse entsprechend. Der Markt der noch nicht Hochbetagten wird hauptsächlich von der Wirtschafts- und Marktforschung und weniger von der sozialwissenschaftlichen Alter(n)sforschung bestellt.

Dies könnte wenigstens teilweise erklären, wieso der Wertewandel in den einschlägigen Studien, die sich mit dem Älterwerden befassen, so selten explizit thematisiert wird. Das gilt

---

[106] Bundeszentrale für politische Bildung – bpb 2016, S. 417-418

[107] Bundeszentrale für politische Bildung – bpb 2016, S. 424-425

[108] Ewinger 2016, S. 21ff.

[109] Siehe z.B. die Kooperation von sinus mit microm: http://www.sinus-institut.de/sinus-loesungen/sinus-milieus-deutschland/ und http://www.sinus-institut.de/sinus-loesungen/microm-geo-milieus/

selbst für die Altenberichte der Bundesregierung: Im sechsten Bericht kommt der Begriff „Wertewandel“ gerade einmal vor[110], im siebten gar nicht.[111]

Eine zweite Teilerklärung des weitgehenden Fehlens des „Wertewandels“ als explizites Thema in den altenpolitischen Fachdiskursen mag in der schon sehr lange anhaltenden Psychologisierung der Altersforschung liegen. Doch gerade die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass die soziologische Perspektive zunehmend an Bedeutung gewinnt. Man muss eben beides sehen: das Verhalten und die Verhältnisse.

Dennoch ist und bleibt das Thema „Wertewandel“ bedeutend für das Verständnis des Generationenzusammenhangs und des Alterns, auch wenn bislang der Wertewandel in der wissenschaftlichen Fachliteratur zu Altenhilfe und -politik eher nur implizit thematisiert wurde. Hervorzuheben ist hier das Thema „Altersbilder“, wo es immer implizit um Werte geht. Mehr und mehr wird gesehen – häufig auch mit Ängsten verbunden -, dass die grösser werdende Vielfalt durch den demographischen Wandel (Zuwanderung) sowohl zu interkultureller Bereicherung (Begegnung der Kulturen) als auch zu Wertekonflikten (Kampf der Kulturen, um Kulturen) führen kann. In diesen Zeiten hoher und konfliktreicher Zuwanderung ist das überall sichtbar und Großthema in den medialen, politischen und soziokulturellen Diskursen und Auseinandersetzungen (Asyl, Integration, Sicherheit). Die hier schon lange lebenden und älter werdenden Menschen mit Migrationshintergrund sind von diesen Problemen ebenfalls stark betroffen.

Unstrittig ist heute der tiefgreifende Wertewandelsschub der 1960/70er Jahre, der vor allem in den westeuropäischen Ländern zu einer neuen übergeordneten Leitkultur geführt hat, die heute Teil eines Globalisierungstrends ist. Er ist gekennzeichnet durch einen starken Bedeutungszuwachs von Werten wie Freiheit, Autonomie, Individualität, Gleichheit und Humanität. Hinsichtlich der praktischen Umsetzung von Wertvorstellungen in sozial- und auch alterspolitisches Handeln haben wir es mit wachsenden Ambivalenzen und Unsicherheiten zu tun. Die Herausforderung, dem Leben mit all seinen Anforderungen gewachsen zu sein, wird grösser.

---

[110] Deutscher Bundestag 2010, S. 58

[111] Deutscher Bundestag 2016

## 3.3 Kulturtrends

Die Trendanalyse zum demographischen Wandel haben wir mit einer komprimierten Aussage des Statistischen Bundesamtes begonnen: „Älter werden liegt im Trend." Auch als ein treffendes Leitthema kann gelten: „Das Alter ist auch nicht mehr das, was es einmal war!" Der Sozialpsychologie Heiner Keupp fügt hinzu: „Riskante Chancen des Alters".[112] Eine historisch neue Mischung von Chancen und Risiken der Lebensgestaltung betrifft alle Lebensphasen, ein radikaler gesellschaftlicher und individueller Wertewandel. Dass das realitätstaugliche, politikfähige und zukunftsorientierte Zusammenbinden von Risiken und Chancen des Alters und des Generationenzusammenhangs die Vereinseitigungen eines überschwänglichen Optimismus und eines Katastrophenszenarios zu überwinden hat, sollte selbstverständlich sein, ist aber sehr voraussetzungsvoll.[113]

Das Alter hat sich sehr ausdifferenziert, die Begriffe, mit der die verschiedenen Altersgruppen und/oder Sozialgruppen etikettiert werden, sind nicht trennscharf. Das kalendarische Alter wäre trennscharf. Es ist aber unumstritten heute, dass gerade das kalendarische Alter zur relevanten Kennzeichnung und Unterscheidung von Alters- und/oder Sozialgruppen stark an Bedeutung verloren hat. Wir müssen mit Ambivalenzen und unscharfen/nicht trennscharfen Begriffen umgehen. Wenn das Alter selbst nicht mehr eindeutig zu fassen ist, müssen wir uns auch immer klar werden, was es denn bedeutet, wenn wir von bestimmten Altersgruppen sprechen und diese abzugrenzen versuchen.

Nun ist gerade dieses Unschärferwerden der Grenzen von Alters- und Sozialgruppen auch ein Ausdruck des Wertewandels, in dem traditionelle Definitions- und Zugehörigkeitskriterien in ihrer gesellschaftlichen Prägekraft abnehmen und andere Merkmale determinierender und bedeutender werden, vor allem Bildung, Ungleichheit, Globalisierung. Im Rahmen der „Woche für das Leben" 2017, einer Initiative der katholischen und der evangelischen Kirche, wurde unter dem Titel „Das Alter veraltet" ein Blick auf den Wandel des Alters selbst geworfen. Beobachtet wurde, dass die Gesellschaft altersindifferenter wird und das Lebensalter „als Indikator für Lebenszusammenhänge und Lebensorientierungen immer unwichtiger" wird. „Es ist längst kein guter und treffender Indikator mehr."[114] Die altersindifferent werdende Gesellschaft vergrößert die Lebensmöglichkeiten der Menschen - eine Chance! Sie ist zwar auch

---

[112] Keupp 2011

[113] Konrad Adenauer Stiftung 2015. Hier findet man ein großes Spektrum verschiedener Positionen und Debatten.

[114] Wegner, G. 2017, S. 1

mit Risiken verbunden, aber dennoch „zweifellos eine weltgeschichtlich einmalige Entwicklung“.[115]

Hinweise dazu gibt auch der Deutsche Alterssurvey 2014 (DEAS).[116] Er belegt, dass es „Altersgruppen“ gibt, deren soziale Lage/Situation viel stärker vom Bildungsstand oder auch vom kulturellen Hintergrund (Migration, Religion) bestimmt wird als vom Alter. Fast alle untersuchten Variablen korrelieren stärker mit dem Bildungstand, wogegen das Alter in den meisten Lebensbereichen eine geringere Rolle spielt. Daraus kann gefolgert werden, dass sich bei den 40-bis 85-Jährigen[117] ältere und jüngere Menschen in vielerlei Hinsicht weniger stark unterscheiden als gemeinhin vermutet wird. Unterschiede und Ungleichheiten bestehen weniger zwischen Alt und Jung als zwischen Menschen mit unterschiedlichem Bildungsstand. Die folgende Tabelle zeigt die Zusammenhänge:[118]

***Unterschiede zwischen Altersgruppen und Bildungsgruppen in verschiedenen Bereichen***

| **Bereiche, in denen Unterschiede zwischen Bildungsgruppen etwa gleich groß sind wie Unterschiede zwischen Altersgruppen:** | **Bereiche, in denen Unterschiede zwischen Bildungsgruppen grösser sind wie Unterschiede zwischen Altersgruppen:** | **Bereiche, in denen Unterschiede zwischen Bildungsgruppen kleiner sind wie Unterschiede zwischen Altersgruppen:** |
|---|---|---|
| • Erwerbsstatus<br>• Zahl der berichteten Erkrankungen<br>• soziale Integration durch<br>• Freundschaften | • Stress bei der Erwerbsarbeit<br>• Körperliche Belastung bei der<br>• Erwerbsarbeit<br>• Objektive Armutsquote<br>• Subjektive Armutsquote<br>• Einschätzung der eigenen Gesundheit<br>• Lebenszufriedenheit<br>• Auftreten depressiver Symptome<br>• körperliche Aktivität<br>• ehrenamtliches Engagement<br>• Nähe zum nächstwohnenden<br>• erwachsenen Kind<br>• Einschätzung des Verhältnisses von Alt und Jung<br>• Altersbilder: Alter als persönliche Weiterentwicklung | • Altersbilder: Alter als körperlicher Verlust |

Es wurde nur ein einziger Bereich gefunden, in denen das Alter noch eindeutig die größte Erklärungskraft hat, nämlich dort, wo das Alter als körperlicher Verlust erfahren wird und das Altersbild bestimmt. In allen anderen der insgesamt 16 untersuchten Bereichen sind die Un-

[115] Wegner, G. 2017, S. 1

[116] Deutsches Zentrum für Altersfragen - DZA 2016

[117] Die Tatsache, dass das dem DEAS 2014 zugrundeliegende Befragtenpanel keine über-85jährigen enthält wurde in der Berechnung der Ergebnisse methodologisch berücksichtigt.

[118] Deutsches Zentrum für Altersfragen - DZA 2016, S. 410

terschiede zwischen Bildungsgruppen grösser (12) oder etwa gleich groß (3) wie Unterschiede zwischen Altersgruppen. Wer Alter als persönliche Weiterentwicklung erfährt, lebt in einer Situation, die nicht vom Alter, sondern von der Bildungslaufbahn bestimmt wurde. Die geringe Bedeutung von Altersunterschieden wird als eine Folge der fortlaufenden Steigerung der durchschnittlichen Lebenserwartung gesehen. „Im Durchschnitt leben die Menschen länger, bleiben länger gesund, sind länger innerhalb oder außerhalb der Familie engagiert und sind materiell besser abgesichert.“[119] Es ist der Bildungsstand, der den Lebensverlauf in hohem Maße prägt. „Für die Politik lässt sich daraus einmal mehr der Schluss ziehen, dass das Augenmerk weiterhin stark auf den Abbau sozialer Ungleichheiten gerichtet sein sollte.“[120]

Der DEAS 2014 beschreibt mit seinen Befunden die Ausweitung der mittleren Lebensphase und damit die Auflösung der überkommenen Dreiteilung des Lebenslaufs. Dies sei mit Blick auf die permanent sich steigernde Lebenserwartung auch nicht überraschend. Der für die meisten Erwerbstätigen im siebten Lebensjahrzehnt beginnende Ruhestand  ändert eben nicht alles im Alltag der Menschen. „In vielen Bereichen gibt es über die Altersgruppen hinweg bis ins neunte Lebensjahrzehnt hinein viel Kontinuität.“[121]

Der DEAS 2014 schlussfolgert politik- und praxisrelevant: „Zum einen lohnen sich die Aufwendungen für Bildung in frühen Lebensabschnitten, sie wirken über den gesamten Lebenslauf bis in die Phase des Alters. Andererseits sollten gerade Menschen, die in Kindheit und Jugend nur einen geringen Bildungsabschluss erreichen konnten, im Verlauf des Älterwerdens Unterstützung erhalten, um ein gutes Altwerden in sozialer Integration und mit gesellschaftlicher Teilhabe zu erleben.“[122] Womit auch ein zentrales übergreifendes Ziel aller Alternspolitik angesprochen ist.

Die Diagnose einer zunehmenden Altersindifferenz der Gesellschaft schärft den Blick und ermöglicht Einsichten auf eine Reihe von hochaktuellen Themen im Kontext demographischer Wandel und Wertewandel. Im Folgenden werden in dieser Absicht die Hinweise aus von Gerhard Wegner[123] wiedergegeben.

- Pauschale Altersgrenzen funktionieren i.S. der Gleichheit, aber nicht i.S. der Gerechtigkeit, sie entsprechen auch nicht der Würde des Menschen und noch weniger ihren

[119] DZA 2016, S. 411

[120] ebd.

[121] ebd.

[122] ebd.

[123] Wegner 2017

Wünschen. In diesem Zusammenhang stehen auch die politischen Auseinandersetzungen um die Rente mit 67 und flexible Übergänge.

– Die Prägung von Milieus durch das Alter nimmt enorm ab. Die Bevölkerung wird älter, gleichzeitig schrumpft der Anteil traditioneller Milieus (innerhalb von nur 30 Jahren halbiert)

Gleichzeitig haben alle in der Gesellschaft, eben auch die Alten, Anteil an den die Gesellschaft insgesamt erfassenden Prozessen von Modernisierung, Individualisierung. „Das" Alter wird es in Zukunft kaum mehr geben, es pluralisiert und differenziert sich, es ergeben sich im Prinzip neue Freiheitsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten. „Vieles wird für die Älteren möglich und viel mehr wird möglich. So zum Beispiel Tätigkeiten und Verhaltensweisen, die noch vor 30, 40 Jahren vollkommen undenkbar gewesen sind, weil man als alter Mensch so etwas eben nicht tat." Insbesondere der Boom des Themas „Sexualität im Alter" „indiziert mehr als alles andere einen Wertewandel."[124]

Zwar stimmt es, dass „für viele das Leben sinnvoller, interessanter und lustvoller wird, andere erleben aber auch mehr Stress und Konkurrenzdruck."[125] Der Einfluss der sozialen Ungleichheit nimmt zu, unabhängig vom Alter, die gesamte Gesellschaft prägend ist keine Umkehr des Trends zu erkennen, die Problematik der Altersarmut wird sich verschärfen, die Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist nicht überwunden.

In seiner Orientierungshilfe von 2009[126] hat der Rat der EKD diese Probleme bereits breit thematisiert: gesellschaftlich-sozialstrukturell, theologisch, sozial situationsbezogen, differenziert. Viele für die Altenhilfe und -politik der Diakonie relevante Fragen werden angesprochen. In einem knappen Fazit werden die sich stellenden Aufgaben nicht nur für das Individuum und die Gesellschaft, sondern auch für die Kirche genannt. „In der Kirche wird es darum gehen, 1. sich in Verkündigung, Seelsorge und Bildung der Ausdifferenzierung der Altersphase bewusst zu sein und Altersbilder zu reflektieren, 2. sich auf die Spiritualität, Sprachfähigkeit und Tatkraft der neuen Altersgenerationen einzulassen und mit den Älteren zu wachsen, 3. das Engagement der älteren Generationen in den Gemeinden und in kirchlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen angemessen zu würdigen und zu fördern und ihnen Eigenständigkeit und Mitverantwortung zu ermöglichen, 4. Altersgrenzen abzubauen,

[124] Wegner2017, S. 3

[125] ebd.

[126] Rat der EKD 2009

5. ein inhaltliches und strukturelles Gesamtkonzept kirchlicher Altenarbeit zu entwickeln und auf allen Ebenen mit angemessenen Ressourcen auszustatten, 6. durch regionale Kooperationen Altenarbeit dem ausdifferenziertem Alter entsprechend möglichst vielfältig zu gestalten, 7. Kirchengemeinden als diakonische Gemeinden, als gemeinsamen Lebens- und Begegnungsraum für alle Generationen zu konzipieren und dabei mit anderen Trägern zu kooperieren, 8. in Lehre und Forschung die theologische Deutung der neuen Alterssituation voranzutreiben."[127]

Dennoch sind noch Fragen offen, gibt es auch unterschiedliche Auffassungen. Gerhard Wegner, Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, der an der Orientierungshilfe „Im Alter neu werden können" mitgewirkt hat, spricht von dem „in der Kirche verbreiteten defizitären diakonischen Altersbild", dem in Zukunft eine noch viel größere Bedeutung zukomme, als dies bisher schon der Fall sei. „Denn es wird nötig werden, im Blick auf die betreffenden Menschen mehr Fürsorge und mehr Schutz zu aktivieren. Nur muss man sich eben klarmachen, dass der entscheidende differenzierende Faktor nicht das Alter ist, sondern die soziale Situation." Soziale Auseinandersetzungen werden in Zukunft – wenn überhaupt - eher zwischen reich und arm und weniger zwischen Jung und Alt verlaufen. „Und in diesen Auseinandersetzungen sind die Armen einfach früher alt und die Reichen bleiben länger jung. Es wird in Zukunft darum gehen, diese Situation in den Blick zu nehmen und möglichst entgegenzusteuern."[128]

Wir haben in der Trendanalyse zum demographischen Wandel bereits die wichtige Rolle der Altersbilder thematisiert. Sie wirken und haben Einfluss, in allen ihren Erscheinungsformen. Zwar hängt die Zukunft des Alters in erheblichem Maße von Altersbildern ab. Aber es ist wichtig, sich darüber klar zu sein, dass Altersbilder immer im Zusammenhang sozialer Strukturen und Situationen stehen. Sie können verstärkend, bestätigend, korrigierend, kompensatorisch, positiv, negativ wirken, aber eben nicht unabhängig. Alles hängt an der Erfahrung eigener realer Chancen, im Leben etwas beginnen zu können, Antreiber seiner eigenen Entwicklung zu sein und sich in dieser Hinsicht in irgendeiner Weise „verwirklichen" zu können: „Solche Selbstverwirklichung ist der Maßstab unserer Gesellschaft und wer davon ausgeschlossen oder beeinträchtigt ist, leidet an mangelnder Teilhabe und infolge dessen an Anerkennung."[129]

---

[127] Rat der EKD 2009, S. 90f.

[128] Alle Zitate in diesem Absatz: Wegner 2017, S. 4f.

[129] Wegner 2017, S. 5

Trotz ermutigender zukunftsorientierten Bemühungen der Diakonie um Reform und Weiterentwicklung ihrer Arbeit und Angebote für ältere Menschen bleibt die Frage nach einem veränderten Altersbild auch für Kirche und Diakonie eine zentrale Herausforderung einer zukunftsfähigen Altenhilfe und -politik. Die EKD spricht von einer Kluft zwischen den Altersbildern der Pastorinnen und Pastoren und der Praxis der Altenarbeit.[130] Die Polarisierung zwischen einerseits verlust- und defizitorientierten und andererseits aktiven und leistungsorientierten Altersbildern gilt es zu überwinden und beide Seiten in die Praxis zu integrieren; es gibt beides – Wachstum und Verlust, Möglichkeiten und Grenzen. Die EKD erwartet von den Kirchen, den „Experten in Bilderfragen",[131] eine grundsätzlich kritische Grundhaltung gegenüber allzu stark festlegenden Bildern im gesellschaftlichen Diskurs. „Andererseits sind Bilder und Geschichten zur Deutung wichtiger Erfahrungen und zur Verständigung über eine anzustrebende Praxis ein nicht zu ersetzendes Mittel – gerade in der Verkündigung der Kirche."[132] Es zeigt sich wieder, dass „Altersbilder" ein ergiebiges Thema sind für alle Aspekte von Altenhilfe und -politik, insbesondere auch für Kirche und Diakonie.

Wir wissen, dass das Ausmaß von Kirchlichkeit und Religiosität bei den älteren Menschen auch künftig abnimmt.[133] „Der Kirche bleibt keine Zeit mehr, angesichts dieser Entwicklung weiterhin auf die Loyalität der Alten zu setzen. Sie muss sich in die Gemengelagen der Deutungen dieser neuen Situation begeben und die Chancen für eine christliche Perspektive reklamieren. Sonst wird es bald zu spät sein." [134]

Eine genauere Betrachtung des Wertewandels in der Gesellschaft, seine Zusammenhänge zu Sozial- und Altersgruppen, der damit einhergehenden verschiedenen Alters- oder Lebensbildern sowie der damit verbundenen Interessen hilft, als zunehmend als unübersichtlich erlebte komplexe Zusammenhänge besser zu verstehen. Dass die sogenannten „neuen Alten" oder „Jungen Alten" ein besonders großes Interesse finden als Zielgruppe spezifischer Interessen – als potentielle Arbeitskräfte, als Kunden von Wellnessangeboten, Fitness-Studios, Reiseanbietern, von Weiterbildungsanbietern, als potentielle Helfer und ehrenamtlich sich Engagierende in Wohlfahrtsverbänden, zivilgesellschaftlichen Initiativen, auch als „Billigjobber", als Helfer in der Großelternrolle in der eigenen Familie (um nur einige Optionen zu nennen) – muss keineswegs mit einer Negativbewertung dieser Interessen verbunden sein. Die-

[130] Rat der EKD 2009, S. 73ff.

[131] Rat der EKD 2009, S. 28

[132] Rat der EKD 2009, S. 29

[133] siehe z.B. auch das Kapitel „Religiosität und Säkularisierung" in: Bundeszentrale für politische Bildung – bpb. 2016, S. 378ff.

[134] Wegner 2017, S. 11

se zu kennen hilft vielmehr dabei, das immer noch grösser werdende Potential, die jungen Alten, auch als Ressource besser einzuschätzen und bewerten zu können, das auch über die genannten spezifischen Interessen hinaus für gemeinwohlorientiertes Engagement gewonnen werden kann. Die Hochbetagten über 90 etwa gehören nun ja zu einer Altersgruppe, die – nicht mehr selbstverständlich fit und aktiv im üblichen Sinn – tatsächlich stärker auf Hilfe angewiesen ist. Weder sind alle älteren Menschen fit und aktiv, noch sind sie alle hilfs- und pflegebedürftig.

## 3.4 Wertewandel in Schleswig-Holstein

Zunächst ist nicht davon auszugehen, dass sich der Wertewandel in Schleswig-Holstein anders darstellt als im Rest Deutschlands. Die Betonung regionaler Identitäten, eine eher maritime – dem bayerischen Selbstkonzept beispielsweise fremde – Landesidentität wie im Entwurf des Landesentwicklungsberichts Schleswig-Holstein 2030[135] kann kaum als ein eigenständiges Werteprogramm gelten – auch wenn bei den Indikatoren zur „Lebensqualität“ darauf hingewiesen wird, dass Schleswig-Holstein seit 2014 im „Deutsche Post Glückatlas“ im „Glücksindex“ auf Platz 1 aller Bundesländer liegt.[136]

Dennoch ist es aufschlussreich, was im Landesentwicklungsbericht über den Megatrend „Wertewandel“ unter dem Titel „Lebensqualität“ zu lesen ist: „Neben dem demografischen Wandel wirkt sich ein weiterer Megatrend auf unsere Gesellschaft aus: der Wertewandel. Zukunftsforscher sagen voraus, dass den Menschen ihre individuelle Lebenszufriedenheit immer wichtiger wird. Grundanliegen wie materieller Konsum, Wohnkomfort oder ein hohes Einkommen bleiben zwar wichtig, doch immaterielle Werte wie Gesundheit, Selbstbestimmung, soziale Bindungen zu Familie und Freunden, Zeit oder das Bedürfnis nach einer intakten Umwelt gewinnen zunehmend an Bedeutung. / Vielen Menschen in Schleswig-Holstein ist die Verbundenheit zu ihrer Region und zur Natur wichtig. Prägend sind die Strände und Küsten an Ost- und Nordsee, die Inseln und Halligen, die Kulturlandschaft mit Äckern, Wiesen, Wäldern, Seen und Knicks. Werden die Ökosysteme als „intakt“ empfunden, trägt dies zur Zufriedenheit der Menschen bei. Diese Verbundenheit zu Region und Natur ist für viele die Definition von Heimat und Zuhause. / Heimat ist aber auch der Ort, wo die Familie zu

[135] Der Bericht schließt mit einem über 4 Seiten gedruckten Schleswig-Holstein-Gedicht, das mit der programmatischen Zeilen beginnt: „Von Meeren umgeben / eine ebene Gegend“ – dass es sich um eine „Slampoetin“ handelt, so wohl die Brücke zwischen ruraler und urbaner Kultur schlagen (Staatskanzlei 2016, S. 256ff.).

[136] Ebd., S. 60

Hause ist. Familie – ob mit Kindern oder ohne, ob alleinerziehend oder gemeinsam, ob als Mann-Frau-Beziehung oder gleichgeschlechtlich – wird auch weiterhin hohe Wertschätzung genießen. Familien sind „in“, gerade bei jungen Leuten. Die Mehrzahl der jungen Frauen und Männer wünscht sich dabei keine traditionelle Rollenaufteilung. Junge Frauen wie junge Männer gehen davon aus, dass sie zum Familieneinkommen beitragen, und wünschen sich einen gelungenen Ausgleich zwischen Familie und Beruf. / Der Wertewandel zeigt sich auch in einem veränderten Konsumverhalten. Biologische und ethische Produkte werden stärker nachgefragt, das Auto als Statussymbol verliert – besonders in Ballungsräumen – an Bedeutung. Nicht nur beim Konsumverhalten wächst der Unterschied zwischen Städten und ländlichen Räumen. Ökologische und soziale Kriterien spielen eine immer größere Rolle beim Konsumverhalten und beim ehrenamtlichen Engagement.“[137]

Inwiefern das Thema Wertewandel die Anliegen von Altenhilfe und -politik betrifft, wird nicht thematisiert. Wie wir weiter oben ausgeführt haben, ist es für die Altenhilfe und -politik vor Ort ein Weg, mit Hilfe von „Altersbildern“ ihr Werteprogramm zu analysieren und weiterzuentwickeln. Altersbilder haben ein sowohl analytisches als auch zukunftsgestaltendes Potential.

## 3.5 Zusammenfassung: Wertewandel bis 2045

Die Forschung zum Wertewandel hat in den vergangenen Jahrzehnten den Weg in die Massenmedien gefunden: Die Veränderung von eher materiellen zu eher postmateriellen Werten, wie sie im World Values Survey und im European Values Survey seit mehreren Jahrzehnten untersucht werden. Die Bevölkerung Deutschlands stellt inzwischen mehrheitlich postmaterielle Werte in den Vordergrund, sieht den eigenen Anteil am Wohlstand als gerecht an und erwartet für die unmittelbare Zukunft wirtschaftliche Stabilität. Zu erwarten ist eine weiter verstärkte Forderung nach mehr Bürgereinfluss auf die Regierungsentscheidungen. Religiöse und kirchliche Bindungen, bei immer noch deutlichen Unterschieden zwischen Ost und West, nehmen weiterhin ab, der Säkularisierungsprozess schreitet voran.

[137] Ebd., S. 31

Untersuchungen zu Werteorientierungen, die direkt anschlussfähig sind an die verschiedenen Arbeitsfelder von Altenhilfe und Altenpolitik sind immer noch rar. Unstrittig ist heute der tiefgreifende Wertewandelschub der 1960/70er Jahre, der vor allem in den westeuropäischen Ländern zu einer neuen übergeordneten Leitkultur geführt hat, die heute Teil eines Globalisierungstrends ist. Er ist gekennzeichnet durch einen starken Bedeutungszuwachs von Werten wie Freiheit, Autonomie, Individualität, Gleichheit und Humanität. Hinsichtlich der praktischen Umsetzung von Wertvorstellungen in sozial- und auch alterspolitisches Handeln haben wir es mit wachsenden Ambivalenzen und Unsicherheiten zu tun. Die Herausforderung, dem Leben mit all seinen Anforderungen gewachsen zu sein, wird grösser.

In der Fachliteratur zum Thema „Alter“ und „Altern“ finden sich nur selten explizite Thematisierungen des Wertewandels, der mehr im Fokus der Markt- und Konsumforschung sowie der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsforschung (ältere Arbeitnehmer) steht. Das Alter hat sich ausdifferenziert und die jungen Alten, die Aktiven, die Best Agers, Platin Surfer, die Silver Generation, die neuen Alten sind interessante Klienten- und Kundengruppen und Arbeitnehmer. Eine weitere Erklärung könnte in der schon lange anhaltenden Psychologisierung der Altersforschung liegen. Doch gerade die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass die soziologische Perspektive zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wertewandel ist daher noch kein eigenständiges Thema in den praktischen, politischen und wissenschaftlichen Arbeitsfeldern von Altenhilfe und -politik.

Das Thema „Altersbilder“ spielt eine zentrale Rolle in den Arbeitsfeldern von Altenhilfe und -politik und behandelt implizit immer auch Werte. Das Unschärferwerden der Grenzen zwischen Altersgruppen kann auch als ein Ausdruck des Wertewandels verstanden werden, in dem traditionelle Definitions- und Zugehörigkeitskriterien in ihrer gesellschaftlichen Prägekraft abnehmen und andere Merkmale bedeutender werden, vor allem Bildung, Ungleichheit und Globalisierung. Pauschale Altersgrenzen werden zunehmend als ungerecht empfunden. Beobachtet wird, dass die Gesellschaft altersindifferenter wird und das Lebensalter als Indikator für Lebenszusammenhänge und Lebensorientierungen immer weniger bedeutend wird. Die altersindifferent werdende Gesellschaft vergrößert die Lebensmöglichkeiten der Menschen, sie erhöht zugleich Chancen und Risiken. Es gibt Altersgruppen, deren soziale Lage viel stärker vom Bildungsstand oder auch vom kulturellen Hintergrund bestimmt wird als vom Alter. Es gibt nur eine einzige Konstellation, in der eindeutig das Alter die größte Erklärungskraft für die soziale Lage hat, nämlich dort, wo das Alter als körperlicher Verlust erfahren wird und das Altersbild bestimmt. Soziale Auseinandersetzungen werden zukünftig eher

zwischen reich und arm und weniger zwischen Alt und Jung stattfinden. Angesichts weiterhin schwächer werdenden religiösen und kirchlichen Bindungen auch der älteren Menschen wird die Frage nach einem veränderten Altersbild für Kirche und Diakonie eine Herausforderung einer zukunftsfähigen Altenhilfe und -politik bleiben.

# 4 Sozialsysteme

## 4.1 Vom Alterslohn für Lebensleistung zum Grundeinkommen?

Im Alter sind vor allem Rente, Pflegeversicherung und Krankenversicherung relevant, relevant wäre sicher aber auch ein Grundeinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger, wie es derzeit von vielen, auch Managern, gefordert wird. Die Trendanalyse fokussiert auf folgende Fragen:

- Werden wir in Zukunft mehr Altersarmut oder eher wohlhabende RentnerInnen sehen?
- Wird die Pflegeversicherung in den kommenden 15 bis 30 Jahren stabil sein?
- Würde ein Grundeinkommen – im Alter in Form einer Grundrente – den alten Menschen nutzen bzw. zu mehr Solidarität zwischen den Generationen beitragen?

Die Zukunft wird besser als die Gegenwart und noch viel besser als die Vergangenheit. Das ist das Mantra der Nachkriegsgeneration. Der Zukunftsoptimismus gehört zur DNA der Vereinigten Staaten von Amerika und auch das machte sie zur überlegenen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts. Zukunft wird in dieser Perspektive mit zunehmender Freiheit gleichgesetzt, Befreiung von den Resten einer feudalen ständischen Kultur oder noch früheren, vormodernen Elementen einer Clan-Kultur. Zukunft ist Ausdifferenzierung der Gesellschaft in immer mehr Funktionssysteme. Zu möglichst vielen soll jede und jeder Zugang finden, theoretisch zu allen, und dafür soll der Wohlfahrtsstaat, sollen seine Sozialsysteme sorgen: dass wir uns lebenslang bilden können; dass wir bei Krankheit auf Hilfe zählen können und unterdessen auch bei Pflegebedarf; dass wir im Alter versorgt sind; dass wir Partnerschaften und Familien eingehen können, weil wir das wollen, auch quer durch die Geschlechterachsen, und nicht eine religiöse oder sonstige Tradition es uns verschließt; dass wir nicht in Armut fallen, auch wenn wir keinen Job oder geerbt haben; aber dass wir auch immer einen Job finden können, die notwendigen Weiterbildungen erhalten und Fallmanager, wenn wir es brauchen.

Die beiden großen Gemeinschaftskämpfe, der Kampf der Nationen und der Kampf der Religionskulturen, hängen mit der Zukunft des Wohlfahrtsstaates zusammen: der Kampf der Nationen hat den ersten Weltkrieg begründet, zugleich aber war er auch ein Treiber für die Sozialpolitik, denn ohne Nationalstaaten keine Volkswirtschaften, keine funktionierenden Großbürokratien und damit auch kein Wohlfahrtsstaat. Der Kampf der Religionskulturen, eine wechselseitige Bedrohungswahrnehmung zwischen christlich-jüdischer und islamischer Welt, hat

gleichfalls eine lange Geschichte und ist ebenfalls mit dem Wohlfahrtsstaat verflochten: denn neben der Arbeiterbewegung waren religiöse Akteure und Ideen stets die wichtigsten Treiber für die Sozialpolitik.

Die Zukunft der Sozialpolitik ergibt sich nicht von alleine. Der Wohlfahrtsstaat und seine Begründung stehen zunächst *unter kulturellem Beschuss* durch eine noch immer stark präsente neoliberale Ablehnung von Umverteilung und sozialen Garantien.

Zum zweiten und für viele am bedrohlichsten die *Alterung der modernen Gesellschaften* aufgrund der demographischen Entwicklung: die Menschen werden älter und es wachsen weniger Junge nach. Rentenbeiträge von bis zu 40% werden befürchtet, zugleich Armut und soziale Spaltung im Alter. Darüber hinaus zwinge die Alterung auch die Gesundheitssysteme in die Knie, weil in den letzten Lebensjahren erhebliche Kosten anfallen.

Zum dritten die *Veränderung der Familienverhältnisse* hin zu mehr Vereinzelung. Die Folge davon sind explodierende Aufwendungen für soziale, gesundheitliche und pflegerische Dienstleistungen. Was früher und bisher noch in Familien – vor allem dank der kostenarmen Ressource der (Haus-)Frauenarbeit – erledigt wurde, muss künftig professionell auf dem Arbeitsmarkt bezogen werden.

Schließlich viertens die *Veränderung der Erwerbsarbeit hin zur Arbeit 4.0*, der Informatisierung und Roboterisierung der Arbeit. Ein Sozialstaat, der am Arbeitsmarkt, am idealisierten lebenslangen (männlichen) Vollzeitarbeitsplatz hängt, wäre dem finanziellen Untergang geweiht.

Mit welchen sozialpolitischen Lösungsstrategien kann in der nächsten Generation, bis etwa 2045 gerechnet werden? Der weitreichendste Reformentwurf ist der Vorschlag eines Grundeinkommens, der in Deutschland seit etwas mehr als 30 Jahren diskutiert wird. Ein Grundeinkommen ist das Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen, das jedes Mitglied einer Gesellschaft an diese Gesellschaft unabhängig von Leistung und Herkunft beanspruchen kann.[138] Eine Gesellschaft mit Grundeinkommen wäre eine andere Gesellschaft als die heutige. Sie ist eine Gesellschaft für Alle. Ihre Institutionen richten sich zuerst, so die Idee, an den Menschenrechten aus. Eine Grundeinkommensgesellschaft ist kein Paradies, in dem Milch und Honig fließen. Auch in ihr wird gearbeitet, wird es Konflikte geben, Verlierer und Gewinner, wird Leistung gefordert, wird es Angst geben und ihre Überwindung. Aber sie hätte die Armut überwunden. Etwa die Hälfte des gesellschaftlichen Einkommens wird vorgängig vor

[138] Noch immer zum Überblick: Opielka/Vobruba 1986

aller weiteren Verteilung über Arbeit oder Vermögen allen Bürgern als Grundrecht garantiert. Eine Grundeinkommensgesellschaft ist eine reiche Gesellschaft, die ihren Reichtum allen Mitgliedern zugänglich macht, man könnte sagen: „Es geht um die Teilhabe an den Hervorbringungen der differenzierten und prosperierenden Gesellschaft, die Güter im Überfluss erzeugte und auf Offenheit und Teilhabe angelegt ist.“[139]

Diese „konkrete Utopie“ wirft viele Fragen auf. Ein Grundeinkommen ist nicht einfach eine Sozialtechnologie, die von Experten bedacht und umgesetzt werden mag, sondern eine innovative Gesellschaftsidee, ein vierter, „garantistischer“ Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, genauer: zwischen Liberalismus, Sozialismus und Konservativismus.[140] Sie erfordert die Demokratie und sie erweitert, erneuert die Demokratie.

## Soziale Sicherung und SDGs

Ziel 1 der SDG lautet: „Armut in allen ihren Formen und überall beenden“, vor allem durch die in Unterziel 1.3 formulierte Programmatik: „Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen.“ Was aber ist ein „Basisschutz“ genau? Der Begriff bezieht sich auf eine rege internationale Diskussion um Geldleistungen zugunsten von Armen („Social Cash Transfers“), wie sie von OECD, Weltbank, ILO oder UNICEF gefördert wird. Die vor Armut schützende Wirkung von Geldleistungen wurde durch zahlreiche Studien auf allen Kontinenten belegt, selbst die ärmsten Staaten können sich der Einrichtung solcher Sozialschutzsysteme nicht mehr entziehen. In den meisten Staaten folgten die Sozialschutzsysteme der Logik des Klassenkompromisses zwischen den Sozialpartnern Kapital und Arbeit und orientierten sich damit an der Lohnarbeit. Es wundert also nicht, dass die klassischen Vertreterstrukturen aus Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften auch im 21. Jahrhundert ihre Definitionsmacht beibehalten wollen, indem sie sich beispielsweise auch im Rahmen des G20-Prozesses positionieren. Eine lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik orientiert sich logischerweise an der Lohnarbeit und will ansonsten nur zielgerichtete, bedarfsorientierte Schutzmaßnahmen („Targeting“) für die „wirklich Bedürftigen“.

Allerdings zeigt die Auswertung von Armutspolitiken in Mittel- bis Hocheinkommensländern, dass bedarfsorientierte Sozialsysteme Armut in wesentlich geringerem Ausmaß beseitigen

---

[139] Eichenhofer 2012, S. 31

[140] Opielka 2008, 2017a

als gut ausgestattete Transfersysteme, die für alle Bürgerinnen und Bürger da sind.[141] Je universeller die sozialpolitischen Leistungssysteme sind, umso wirkungsvoller schützen sie vor Armut, sorgen für gesellschaftliche Inklusion und damit auch für die Internalisierung gesellschaftlicher Spannungen. Das universellste Instrument zum Schutz vor Armut wäre damit ein garantiertes oder – wie es etwas missverständlich heißt – „bedingungsloses" Grundeinkommen.

In Bezug auf die Zukunft der sozialen Sicherung stimmt freilich das dem Thema „Arbeit" zugeordnete Ziel 8 der SDGs skeptischer: „Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern"[142] – unter „Arbeit" wird also doch vor allem Erwerbsarbeit verstanden, sie soll alle beschäftigen und menschenwürdig sein. Lassen wir die anderen SDGs unbeachtet, in denen da und dort (wie in Teilziel 5.4) die Aufwertung der Sorge-Arbeit gefordert wird: Die Mainstream-Agenda zur Zukunft der Arbeit setzt, ob national oder global, auf die Erwerbsarbeit. Ob und wie diese beiden Ziele – Armutsschutz und Fokus auf die Erwerbsarbeit – im Analysezeitraum bis 2045 vereinbart werden können, ist offen.

## 4.2 Strukturtrends

> *„Das Grundeinkommen könnte für die Generation, die jetzt im Arbeitsleben ist und in der Mitte des Lebens und noch 20-30 Jahre Berufsleben vor sich hat, (…) durchaus eine Maßnahme sein, um Altersarmut wirklich ernsthaft zu bekämpfen. Aber das ist politisch ein ganz, ganz dickes Brett."*[143]

> *„Aber eine Schlüsselfrage wird sein, wie definieren wir in den nächsten Jahren neu den Begriff Armut."*[144]

Ende November 2016 legte die Bundesregierung durch das federführende Bundesministerium für Arbeit und Soziales den (jährlich erneuerten) „Rentenversicherungsbericht 2016" zur Entwicklung der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) vor (mit einem Prognosehorizont von 30 Jahren) und zusätzlich den (nur alle vier Jahre fälligen) „Alterssicherungsbericht

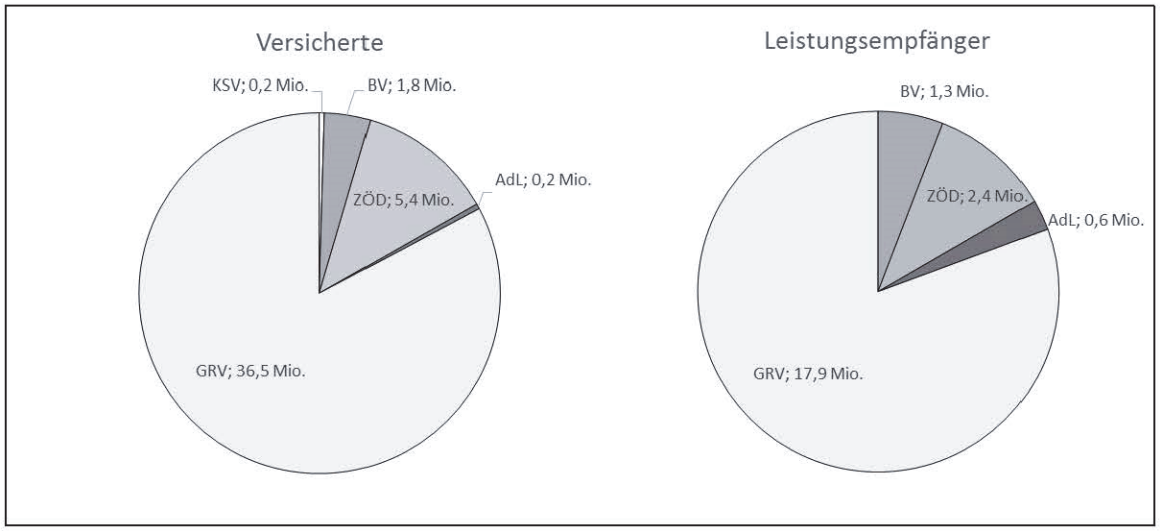
[141] Ferrarini u.a. 2016; komplett gegensätzlich argumentiert der Sozialpolitikforscher Neil Gilbert für eine vollständige Umstellung aller Sozialleistungen auf Bedarfsorientierung (Gilbert 2017).

[142] Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2017

[143] Interview Nr. 7, Zeile 174-177

[144] Interview Nr. 15, Zeile 89-90

2016“, der alle Einkommenssicherungssysteme im Alter umfasst, also auch für Beamte, Freiberufler, Landwirte und Bergleute (Knappschaft).[145] Deutlich wird in Abbildung 3 die überragende Bedeutung der Gesetzlichen Rentenversicherung für die Bevölkerung, aber auch das Verhältnis von beitragszahlenden Versicherten und Rentnerinnen und Rentnern, das annähernde 2 zu 1 beträgt, zwei Beitragszahler finanzieren heute also einen Rentner.




Die Angaben beziehen sich teilweise auf unterschiedliche Jahre und bei den Leistungsempfängern soweit möglich auf 65-Jährige und Ältere; die Darstellung dient hier der Veranschaulichung der Größenverhältnisse.
(GRV: Gesetzliche Rentenversicherung; BV: Beamtenversorgung; ZÖD: Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst; AdL: Alterssicherung der Landwirte; KSV: Künstlersozialversicherung)

Quelle: BMAS 2016a, S. 10

Abbildung 3: Versicherte und Leistungsempfänger in den Alterssicherungssystemen in Deutschland (Stand 2016)

Für immerhin 65% der GRV-Rentner ist diese Rente ihr einziges Alterseinkommen, bei den anderen kommen noch Leistungen vor allem aus den Zusatzversorgungssystemen hinzu.[146] Die Einkommenslage ist komplex: „Die 20 Prozent der Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen lassen sich durch eine Kombination niedriger Alterssicherungsleistungen mit geringen zusätzlichen Einkünften charakterisieren. Bei höheren Einkommen nehmen die Leistungen aus Alterssicherungssystemen deutlich zu und die zusätzlichen Einkommen zeichnen sich durch einen höheren Anteil von Vermögenseinkommen im Gegensatz zu Transferein-

[145] BMAS 2016, 2016a

[146] BMAS 2016a, S. 14

kommen aus. Im obersten Einkommensbereich spielen auch hohe Erwerbseinkommen eine Rolle. Besonders ausgeprägt ist dies in den alten Ländern."[147]

Wie aber wird sich die Einkommenslage der Rentnerinnen und Rentner im Zeithorizont unserer Trendanalysen entwickeln? Die ersten Langfristprognosen zur Entwicklung von Rente, Pflege, Krankenversicherung legte die sogenannte „Rürup-Kommission" im Jahr 2003 unter dem Titel „Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme" vor[148], im zeitlichen und sozialpolitischen Zusammenhang mit der „Agenda 2010" der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Ziel war die Senkung der Leistungen an die ältere Generation und die Entlastung der beitragszahlenden Erwerbstätigen bzw. die Reduzierung der Lohnnebenkosten: durch die Einführung eines Demographiefaktors in die Rentenformel, durch den Ausbau staatlich geförderter Privatvorsorge (z.B. Riester-Rente) und durch die Erhöhung von Selbstbehalten in der Krankenversicherung. Die Kalkulationen reichten bis zum Jahr 2040, ein Zeitraum von damals 37 Jahren. So sollte der Netto-Rentenzahlbetrag der Standardrente (Eckrente) um die Preisentwicklung bereinigt bis zum Jahr 2040 gegenüber den bisherigen Ansprüchen um 112 Euro auf 1430 Euro sinken, also um etwa 7%.[149] Darin war ein Beitrag zur Pflegeversicherung in Höhe von 1,7% kalkuliert[150] und von 14,3% zur Krankenversicherung.

Wie haben sich diese Prognosen 14 Jahre später entwickelt? 2017 beträgt der Pflegeversicherungsbeitrag bereits 2,8% (für Kinderlose), der Beitrag zur GKV liegt mit 14,6% nahe an der Prognose. Die Zukunftsprognose des „Alterssicherungsberichts 2016" ist deutlich vorsichtiger als es die Rürup-Kommission war, sie wagt sich nur bis zum Jahr 2030 vor. Die Herangehensweise bei der Prognose des „Gesamtversorgungsniveaus" ist eine etwas andere. Es werden einige Modellbiographien konstruiert und dann gegenüber gestellt. Hier lohnt eine genauere Betrachtung, um deutlich zu machen, wie abhängig solche Prognosen von einer Reihe von Annahmen sind. Wir haben den Modellfall „Ehepaar mit Erwerbstätigkeit" herausgegriffen, der schon recht gut da steht im Vergleich zu den Fällen mit unterbrochener Erwerbstätigkeit, was in der Regel auf Frauen mit Kindern und dabei insbesondere auch auf Alleinerziehende zutrifft. Aber auch in dieser eigentlich günstigen Konstellation aus der „Mitte der Gesellschaft" sind problematische Annahmen eingebaut. Durch jene unter anderem in der Folge der Rürup-Kommission durchgeführten langfristigen Rentenkürzungen sinkt bis

---

[147] Ebd., S. 17

[148] BMGS 2003, http://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/c318-ruerup-bericht.html; vgl. Opielka 2008, S. 144ff.

[149] BMGS 2003, S. 235

[150] BMGS 2003, S. 233

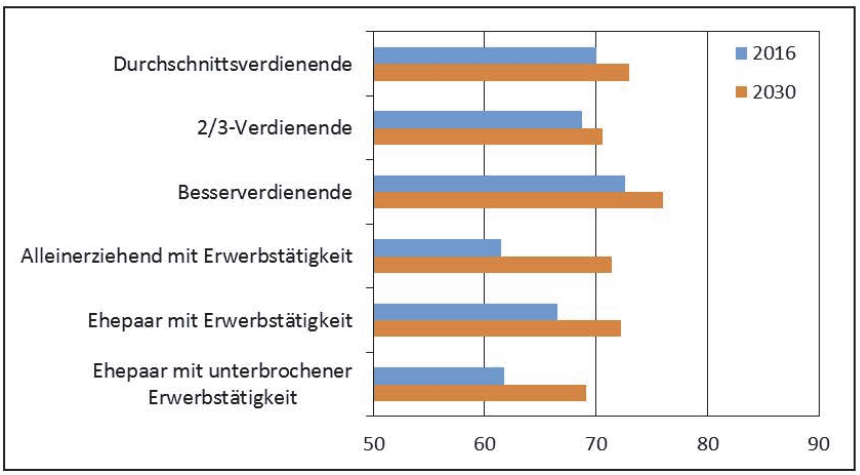
2030 das Niveau der Gesetzlichen Rente (gegenüber 2012 um 2,6%), doch wundersamer weise steigt das „Gesamtversorgungsniveau“ bis 2030 um etwa 6%, indem deutlich höhere Leistungen aus der Riester-Rente und aus privaten Lebensversicherungen angenommen werden (Abbildung 4).

| Renten-zugangs-jahr | Brutto-Gesamt-versorgungs-niveau | darunter aus | | | Netto-Gesamt-versorgungs-niveau |
|---|---|---|---|---|---|
| | | GRV | Riester-Rente | Privat-Rente | |
| | % | % | % | % | % |
| 2012 | 45,2 | 43,4 | 1,6 | 0,2 | 66,3 |
| 2016 | 45,5 | 42,5 | 2,6 | 0,4 | 66,5 |
| 2020 | 47,3 | 42,9 | 3,6 | 0,8 | 68,2 |
| 2025 | 48,4 | 42,0 | 4,9 | 1,4 | 70,3 |
| 2030 | 49,2 | 40,8 | 6,2 | 2,3 | 72,2 |

Quelle: BMAS 2016a, S. 179

Abbildung 4: Gesamtversorgungsniveau Modell "Ehepaar mit Erwerbstätigkeit"

Diese Steigerung des Versorgungsniveaus zieht sich durch alle Biographieformen, allen geht es, so das BMAS, in 2030 besser (Abbildung 5).




Quelle: BMAS 2016a, S. 181

Abbildung 5: Gesamtversorgungsniveau Renten bis 2030

Im Bericht selbst wird ernsthafterweise festgehalten, dass eine solch positive Entwicklung der Modellfälle in erheblichem Umfang private Vorsorge voraussetzt, da ansonsten die eingeplanten Erträge oder der gesetzlichen Rente fehlen. Die Realität ist das nicht, Zusatzversorgungen werden deutlich seltener abgeschlossen als die Prognosen erwarten, zudem ha-

ben sich die Erträge der Lebensversicherungen in Folge der Finanzkrise reduziert. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat das Dilemma gesehen und zeitgleich mit den beiden genannten Berichten das Papier „Gesamtkonzept zur Alterssicherung“ veröffentlicht, das auf knapp 60 Seiten Modellrechnungen und Prognosen bis zum Jahr 2045 bereit stellt.[151] Die normative Prämisse entspricht dabei dem Grundmuster der „konservativen“ Sozialpolitikausrichtung in Deutschland[152]: „Das Alterseinkommen sollte die Lebensleistung widerspiegeln.“[153] Freilich lässt die Bundesregierung – wie alle Vertreter dieses Mantras – offen, ob die „Lebensleistung“ sowohl auf dem Arbeitsmarkt wie in den Sozialsystemen „gerecht“ abgebildet wird. Eine Betriebsrente von mehr als 3.000 Euro pro Tag, die einem ausgeschiedenen Vorstandsmitglied des teils in öffentlichem Besitz befindlichen Volkswagen-Konzerns verdeutlicht das Bewertungsproblem genauso wie die nur aufgrund von Kindererziehung und Pflegezeiten geringere Arbeitsmarktteilhabe von Frauen, die daher durchgängig geringere Alterseinkommen erhalten. Ist das auch in Zukunft leistungsgerecht?

Das BMAS versucht, das hergebrachte, an der Lohnarbeit anknüpfende System der Gesetzlichen Rente durch einige Stellschrauben zukunftsfest zu machen. So soll eine „Solidarrente“ die Ansprüche innerhalb der GRV bei einer Versicherungszeit (einschließlich Elternzeiten) von mindestens 35 bzw. ab 2023 40 Jahren auf ein Niveau von 10% oberhalb der bedarfsgeprüften Grundsicherung in der GRV aufstocken. Verrechnet werden zwar andere Rentenarten, auch das Einkommen des Ehepartners (oberhalb 1600 Euro), aber es findet keine Vermögensanrechnung statt wie in der Grundsicherung.[154] Die Kosten dieser Absicherung (2045: 4,2 Mrd. Euro) sollen nicht aus Beitragsmitteln, sondern aus Steuermitteln kommen, was den Beitragssatz niedriger hält, aber über das Steuersystem auch Nicht-Arbeitnehmer heranzieht.[155] Eine interessante Verlagerung von Kosten, diesmal in die Zukunft, ist der Vorschlag im „Gesamtkonzept“, ab 2020 auch Selbstständige zu Pflichtmitgliedern der GRV zu machen, was 2045 zu Beitragsmehreinnahmen von 6,8 Mrd. Euro führe, die freilich nach 2045 durch dann anfallende Rentenleistungen sinken.[156] Eine „Bürgerversicherung“, die wie in der Schweiz, den Niederlanden oder den USA alle Bürgerinnen und Bürger umfasst, wäre das freilich nicht, nur ein kleiner Schritt dorthin.

---

[151] BMAS 2016b

[152] „konservativ“ in Bezug den sogenannten Wohlfahrtsregimetyp (Opielka 2008).

[153] BMAS 2016b, S. 8

[154] Ebd., S. 34

[155] Ebd., S. 46

[156] Ebd., S. 47

Diese hier nur exemplarisch analysierten Strukturtrends in den Sozialsystemen werfen viele Fragen auf. In den Eingangsüberlegungen haben wir die Position vertreten, dass ein Wechsel, eine Konversion von lohnarbeitszentriertem Alterslohn für Lebensleistung hin zum Grundeinkommen bzw. zur Grundrente im Alter – wie in der Schweiz oder in den Niederlanden im Rahmen einer Bürgerversicherung – als ein zukunftsorientiertes, nachhaltiges Reformvorhaben gelten kann. Auch solche Sozialsysteme haben demographiebedingt Anpassungsleistungen zu erbringen, vor allem eine Anhebung der Altersgrenzen, was überall auf Widerstand stößt, doch sie sind aufgrund des größtmöglichen Solidarkreises – die gesamte Bevölkerung – zukunftssicherer und erhöhen das Vertrauen der Bürger in die gesellschaftlichen Institutionen.

## 4.3 Kulturtrends

Was werden die Gestaltungsprinzipien, die kulturellen Markierungen künftiger Sozialpolitik sein? Sind beispielsweise Strukturinnovationen geboten, die die weitgehend erwerbsbezogene Logik des bisherigen Sozialstaats verändern? Wären allgemeine, gleiche und unmittelbare Nutzungsrechte aller Menschen an den Erträgen der kapitalistisch verfassten Wirtschaft durch sozialpolitische Regulierung ratsam? Und wenn ja, wie könnte diese Regulierung öffentlicher Güter als Ensemble sozialer Rechte gelingen? Würde ein allgemeines und gleiches, garantiertes Grundeinkommen in einem solchen Zukunftsentwurf eine zentrale Rolle einnehmen?

Hier bietet sich die Idee des Grundeinkommens deshalb an, weil sie seit einigen Jahrzehnten in allen politischen Lagern Gehör findet, wenngleich noch als Minderheitenposition. Ein Grundeinkommen würde in die Arbeits- und Lebenswelt eingreifen, indem es tief sitzende Werteorientierungen zur Funktion der Arbeit in Frage stellt.[157] Zugleich aber würde dieses Konzept im Lichte unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Grundrichtungen auch sein Gesicht verändern. Die neue Plattform des Wohlfahrtsstaates dürfte die alten Farben der Politik tragen, auf neuem Niveau.

Die Befürworter eines Grundeinkommens gehen davon aus, dass es Armut und damit Ausschluss, Exklusion aus der Gesellschaft bekämpfen kann. Die Idee des Grundeinkommens muss sich daher auch gegen andere Ideen zur Armutsbekämpfung platzieren. Sozialpolitik-

[157] Opielka 2010

wissenschaftliche Beiträge zur Armutsbekämpfung konzentrieren sich heute zunehmend auf Bildung als Problem: einerseits als Problem mangelnder Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt, andererseits als Mangel an öffentlichen Kinderbildungseinrichtungen und damit fehlender Arbeitsmarktverfügbarkeit von Müttern. Beides zusammen erhöhe dann auch im Alter das Armutsrisiko.[158]

Während das Grundeinkommen als Strukturtrend in der deutschen Sozialpolitik noch nicht angekommen ist, außer dem früheren Thüringer Ministerpräsident Althaus hat sich kein führender deutscher Politiker für ein Grundeinkommen positioniert, entsprechend vage sind die praktischen, rechtlichen und ökonomischen Vorschläge[159], stößt es als Kulturtrend auf beachtliche Resonanz und erreicht – je nach Fragestellung – eine Zustimmung von bis zu 80% in repräsentativen Befragungen. Es ist nun außerordentlich schwer einzuschätzen, ob der Kulturtrend Grundeinkommen in den nächsten drei Jahrzehnten weiter an Dynamik gewinnt oder ob die radikale Gegenthese, der Kulturtrend Neoliberalismus künftig in Deutschland, Europa und der Welt die Oberhand erhält. Weder der Landesentwicklungsbericht Schleswig-Holstein 2030 noch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie mit ihrem SDG-Bezug thematisieren den Kulturtrend Grundeinkommen. Sie vertreten die nach wie vor bei den Eliten dominante Idee der Leistungszentrierung und der Rente als Alterslohn für Lebensleistung – eine aus Sicht der Eliten sichere und vorteilhafte Argumentation, rechtfertigt sie doch die bei ihr akkumulierten monetäre und Statusvorteile als leistungsgerecht.

Werden jedoch die Bürger gefragt und argumentativ ernst genommen, dann stehen sie, so zeigen es einschlägige Studien, einer Grundeinkommensregel vor allem aus kulturellen Gründen mit hoher Sympathie bei.[160]

## 4.4 Soziale Sicherung in Schleswig-Holstein

Die großen Systeme sozialer Sicherung sind in Deutschland auf nationaler Ebene organisiert, die Länderebene ist im Wesentlichen für die Rahmensetzung in der Dienstleistungserbringung zuständig, außer im Bereich Kultur und Bildung, wo ihr das Grundgesetz die Hauptzuständigkeit einräumt. Natürlich wäre denkbar, dass ihm Rahmen einer (weiteren) Föderalis-

---

[158] Esping-Andersen 2002, Cremer 2013, Gilbert 2017

[159] Opielka 2015, 2017a

[160] Opielka u.a. 2010

musreform auch die Länderebene Basisfunktionen der Sozialen Sicherung übernimmt, dies wäre zum jetzigen Zeitpunkt aber spekulativ.

## 4.5 Zusammenfassung: Soziale Sicherung bis 2045

Die künftige Entwicklung der sozialen Sicherungssystem hängt einerseits von einer Reihe gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ab (wie Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Leistungen der Familie, medizinischer Fortschritt), andererseits aber auch von ihrer Konstruktionslogik (wie Lohnarbeitsbezug, Renteneintrittsalter, Versichertenkreis). Es spricht sehr viel dafür, dass in den Jahrzehnten bis 2045 die mit der Pflegeversicherung (auf der Leistungsseite) begonnene Entwicklung hin zu Bürgerversicherungen auch in den anderen Sozialsystemen, vor allem für Alter und Gesundheit, fortgeführt wird. Durch Bürgerversicherungen erweitert sich der Versichertenkreis und damit die Solidargemeinschaft.

Nicht unwahrscheinlich erscheint aus heutiger Sicht, dass mit der Entwicklung hin zu Bürgerversicherungen auch eine Entwicklung zu einem Grundeinkommen, im Alter zu einer Grundrente einhergeht. Entscheidend ist dabei, ob eine Neujustierung von Arbeit und Geldleistungen gelingt, hier finden sich die größten Kontroversen. Grundeinkommen und Grundrente würden den Übergang von Erwerbstätigkeit und Ruhestand erheblich entzerren und könnten damit auch zu einer an den Fähigkeiten der Menschen orientierten Anhebung der Altersgrenzen beitragen. Eine menschenrechtsbasierte Grundeinkommenspolitik rechnet stets damit, dass die durch ein Grundeinkommen in der erwerbsfähigen Lebensphase und nicht erst im vorrangig dem Konsum gewidmeten „Ruhestand“ frei werdenden Zeitressourcen auch erwerbswirtschaftlich genutzt werden können: vom Aufbau und der Absicherung einer kleinen Selbständigkeit über Nebentätigkeiten unterhalb eines geltenden Mindestlohnes, die von einem Bundesfreiwilligendienst, über Nebenämter in NGOs, dem Bereich der pflegenahen Aufwandspauschalen bis zu Werkverträgen ohne Zeitvorgaben reichen, bis hin zu Existenzmodi der „Work-income-Mixes“, einer variierenden Mischung aus Erwerbs- und sozialstaatlichen Transfereinkommen (oder familiären Unterhaltsleistungen).

# 5 Pflege und Pflegeerbringung

## 5.1 Wachstumsmotor oder Überlastungsfaktor?

Es ist unabweisbar, dass die Bundesrepublik Deutschland in den kommenden Jahrzehnten einen demographischen und epidemiologischen Wandel durchleben wird.[161] Zwischen 2013 und 2030 bleibt die Bevölkerungszahl fast konstant, jedoch nicht in der Altersstruktur: Der Anteil an Hochbetagten nimmt in der Gesamtbevölkerung von 5,4 auf 7,9% zu.[162] Eine wachsende Zahl ist in diesem Zusammenhang bei den Pflegebedürftigen zu erkennen. Zwischen 2007-2009 wuchs diese Zahl von 2,25 Millionen auf 2,34 Millionen. Der Großteil wurde daheim gepflegt, durch Angehörige oder ambulant. In Deutschland gab es 2009 ca. 12.000 ambulante Pflegedienste, gut 30% der Pflegebedürftigen waren jedoch in einem Heim untergebracht.[163] Im Jahr 2013 waren es schon 2,63 Millionen und 2015 2,8 Millionen Pflegebedürftige.[164] Prognosen schreiben diese Zahlen weiter: Bis 2030 soll sich die Zahl der Pflegebedürftigen auf 3,1 bis 3,4 Millionen erhöhen.[165]

Es steht jedoch zur Debatte, ob diese Entwicklung primär als Herausforderung, oder auch als Chance gesehen werden kann.[166] Letzteres kann die Entstehung von neuen sozialen Netzwerken oder ehrenamtlichem Engagement bedeuten. Dem gegenüber stehen die steigende Anzahl von Einpersonenhaushalten, neue Familienkonstellationen, die Beschäftigungszunahme von Frauen sowie das Gesundheitsrisiko mit steigendem Alter.

Der Sozialstaat reagiert auf die wachsende Nachfrage mit verschiedenen Pflegeangeboten: eine Pflegemix aus professionelle vollstationäre und ambulante Pflege sowie die informelle Angehörigenpflege.[167] Dabei gelten die Prinzipien „ambulant vor stationär“ und „Rehabilitation vor Pflege“.[168] Die Balance zwischen Angebot und Nachfrage ist durch den demographischen Wandel stark beeinträchtigt ist, was zu einer zukünftigen Versorgungslücke führt: Es

---

[161] SVR 2014, S. 457

[162] Bertelsmann-Stiftung 2016a, S.6

[163] Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010, S.21; Bertelsmann-Stiftung 2012, S.16ff.

[164] PwC 2015, S. 7

[165] Bertelsmann-Stiftung 2012, S.10ff.; Robert-Koch-Institut 2015, S.445; Bertelsmann-Stiftung 2016a, S.6

[166] Bertelsmann-Stiftung 2012, S.6

[167] ebd. S. 31

[168] SVR 2014, S. 457; Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 8

steht zu wenig Pflegepersonal zur Verfügung, um die steigende Anzahl an Pflegebedürftigen zu betreuen.[169] Das wirft Fragen zu Finanzierung und Management auf, auch zwischen freier Wohlfahrtspflege und privaten Anbietern, und erfordert neue Strategien auf unterschiedlichen politischen Ebenen, da starke regionale Unterschiede existieren.[170] Die zukünftige Entwicklung des Koproduktionsdreiecks aus Familie, Fachkräften und Freiwilligen muss dabei regional genau betrachtet werden.[171]

## Pflege und Sustainable Development Goals (SDGs)

Die im Jahr 2016 verabschiedeten SDGs sind Teil der „Agenda 2030" der Vereinten Nationen und streben eine nachhaltige Entwicklung durch 17 globale Ziele an. Dabei ist die Beachtung des demographischen Wandels notwendig, denn „dies erfordert völlig neue Systeme der Altersvorsorge und sozialen Sicherung".[172] In Bezug auf mögliche Zukunftsszenarien der Pflege muss das dritte Ziel „Gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern" erwähnt werden, da es eine Grundlage für die folgenden Überlegungen gibt. Das Unterziel 3.8 lautet wie folgt: „Die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen". Die Bertelsmann Stiftung entwickelte zusammen mit dem Sustainable Development Solutions Network (SDSN) ein Set an Indikatoren, um die Umsetzung der einzelnen Ziele in den Ländern zu erheben und zu bewerten. Indikator für das dritte Ziel ist „subjektives Wohlbefinden"[173], was sehr gut zu dieser Trendanalyse passt.

Ein weiteres relevantes Ziel ist das zehnte Ziel „Ungleichheit verringern" mit dem Unterziel 10.2: „Bis 2030 alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status zu Selbstbestimmung befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion fördern". Als Indikator zur

---

[169] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 6; vbw-bayern 2012, S.1

[170] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 14; Bertelsmann-Stiftung 2016c

[171] Hilse u.a. 2014

[172] Martens/Obenland 2016, S. 8

[173] Bertelsmann-Stiftung/SDSN 2016

Messung können der Gini Index, Palma Ratio und PISA Social Justice Index herangezogen werden.

Das Grundgesetz fordert mit Artikel 1, Abs. 1 GG „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ die Übersetzung auf Bundesebene. Im Jahr 2005 wurde die ‚Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen ratifiziert, in der auch Qualitätsmerkmale und Ziele für eine gute Pflege und Betreuung festgehalten sind.[174] Diese Charta gilt für Menschen jeglichen Alters und benennt den Staat und soziale Organisationen als wichtige Verantwortungsträger zur Umsetzung dieser Ziele. Die deutschen Nachhaltigkeitsziele beinhalten zusätzlich den Punkt der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, sowie unter dem 3. Ziel die „häusliche Pflege so lange wie möglich im vertrauten Umfeld“ zu gewährleisten.[175] Unter dem 5. Ziel steht die „Anerkennung unbezahlter Pflege- und Hausarbeit“, vor allem von Frauen.[176]

## 5.2 Strukturtrends

Die Strukturtrends zeigen die historische Entwicklung der Angebots- und Nachfrageseite im Pflegesystem und können zu einer Zukunftsprognose weitergelesen werden. Gesetze um die Pflegeabsicherung haben dabei einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung.

Das Gutachten des Kuratoriums Deutsche Altenhilfe (KDA) entfachte bereits 1974 die Diskussion um die Pflegeabsicherung.[177] Die gesetzliche Pflegeversicherung wurde daraufhin in den 1990er Jahren durchgesetzt und kontrolliert.[178] Nach §109 SGB XI muss seit 1999 alle zwei Jahre eine Pflegestatistik erhoben werden.[179] Neun Jahre später folgten das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (PfWG) und das Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz (PNG). Sie hatten eine Stärkung der häuslichen Pflege zum Ziel.[180] Wichtige weitere Punkte sind die Bürokratiereduktion in der ambulanten Pflege sowie ab 2013 die Förderung von alternativen Wohnformen. Die drei Pflegestärkungsgesetze (PSG) beinhalten drei wichtige Punkte: (PSG 1, 2015)

---

[174] BMFSFJ, 2014

[175] Die Bundesregierung 2016a, S. 71

[176] ebd. S. 96

[177] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 13

[178] Die Bundesregierung 2016a, S.30

[179] Bertelsmann-Stiftung 2012, S.14

[180] Bertelsmann-Stiftung 2012, S.8

Die Leistungsverbesserung mit einer Leistungserhöhung von 1,4 Milliarden Euro; (PSG 2, 2016) Eine neue Definition der Pflegebedürftigkeit; (PSG 3, 2017) die Stärkung der Kommunen in der Umsetzung von wohnortsnaher Pflege und fünf Pflegestufen.[181] In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass neue, innovative Konzepte nötig sind, „für eine stärkere ambulante und gemeinwesensorientierte Versorgung sowie eine sinnvolle Koordination der relevanten Akteure".[182]

*Drei Szenarien der Pflege bis 2030*

Der Themenreport „Pflege 2030" – was ist zu erwarten – was ist zu tun" der Bertelsmann-Stiftung bildet einen guten Einstieg in die Thematik der Pflegesituation in 13 Jahren. Grundlage für die Annahme von drei Szenarien ist, dass „die Pflegequote je Geschlecht und Alterskategorie" beständig ist und die Ausgangssituation nach Region differiert.[183] Das „Status quo" Szenario[184] hat den Schwerpunkt auf der stationären und Angehörigenpflege auch in Schleswig-Holstein. Durch die Verschiebung der Altersstruktur entsteht eine Versorgungslücke von 430.000 Vollzeitäquivalenten.[185] Das zweite Szenario sieht einen Trend zur formellen, stationären Pflege. Dadurch entstünde eine Versorgungslücke von 490.000 Vollzeitäquivalenten, 60.000 mehr als im ersten Szenario. Das dritte Szenario „Trend zur informellen, nicht beruflichen Pflege" ist das Wunschszenario, würde aber dennoch eine Lücke von 260.000 Vollzeitäquivalenten bedeuten. Die Szenarien zeigen, dass die Zunahme an Pflegebedürftigen auf der Nachfrageseite und der Mangel auf der Angebotsseite die zukünftige Entwicklung negativ prägt. Dies wäre durch strategische Überlegungen auf mehreren Ebene zu behandeln. Nachfrage und Angebot werden in den nächsten Abschnitten näher beleuchtet.

*Nachfrage – Anstieg an Pflegebedürftigen.* In der Gegenwart pflegen die sogenannten Babyboomer ihre Eltern und Hochbetagten und sichern somit die Versorgung. Deren Kinder wiederum reichen in Zukunft nicht aus, diese Versorgung zu gewährleisten.[186] Dies deutet auf einen Trend zur professionellen Pflege hin, der schon vor zehn Jahren sichtbar wurde: Zwi-

---

[181] Die Bundesregierung 2016, S.30

[182] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 8; siehe auch: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/index.php?id=684

[183] Bertelsmann-Stiftung, 2012

[184] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 39ff.

[185] Vollzeitäquivalente = Teilzeiterwerbstätigkeit und Vollzeiterwerbstätigkeit vergleichbar machen (in Bertelsmann-Stiftung 2012, S.22)

[186] Robert-Koch-Institut 2015, S. 444

schen 1999 und 2007 sank die häusliche, informelle Pflege von 72% auf 68%.[187] Dies steht in Verbindung mit der Abnahme an der informellen Pflege durch die Töchter oder Schwiegertöchter, deren Leben sich stark verändert hat. Ihr steigendes Qualifikationsniveau und die damit verbundene Berufstätigkeit senkt die Verfügbarkeit zur Pflege der älteren Generationen stetig. Zudem wächst die räumliche Entfernung zu den Eltern und allgemein sinkt die Bevölkerungszahl.[188]

Eine Befragung von 1600 GKV-Versicherten zeigte, dass der Wunsch existiert, möglichst lange daheim zu leben.[189] Dies ist im Einklang mit der Strategie, die vollstationäre Pflege hinauszuzögern um den Pflegeaufwand zu minimieren.[190] Die KfW Bankengruppe finanziert beispielsweise seit 2009 mit dem Programm „Altersgerecht Umbauen" Maßnahmen zur Barriere-Reduzierung zu Hause[191] und Kranken- und Pflegekassen investieren in präventive Maßnahmen rund 500 Millionen Euro jährlich.[192] Gleichzeigte zeigte eine Studie, dass ein Drittel der Pflegebedürftigen alleine zu Hause wohnt und eine externe Pflegekraft benötigten.[193] Die Pflegebedürftigkeit nimmt mit dem Alter linear zu, dabei nimmt die Angehörigenpflege mit steigendem Alter linear ab, der Anteil der stationären Pflege zu.[194] Im Jahr 2030 werden besonders hochbetagte Frauen ein Schwerpunkt in der Pflege sein, da deren Anzahl steigt und sie „weisen mit einer Quote von über 60% ein hohes Pflegebedürftigkeitsrisiko auf".[195] Für Schleswig-Holstein wird zwischen 2013 und2030 ein überdurchschnittlicher Anstieg der Nachfrage von professionell versorgten Pflegebedürftigen prognostiziert.[196] Es bildet sich dort ein überproportional stationäres Pflegesetting ab, was auch damit zu tun haben kann, dass sich Pflegebedürftige „mehr als ein Jahr vollstationäre Pflege leisten" können.[197] Dies ist wiederum im Einklang mit der Umfrage von PwC, dass Deutsche ihre Familie nicht belasten und professionelle Hilfe aufsuchen möchten. Allerdings haben sich in dieser Umfrage

---

[187] Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010, S. 22

[188] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 17

[189] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 17

[190] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 52

[191] Ehrentraut u. a. 2015, S. 22

[192] Die Bundesregierung 2016, S. 21

[193] Nowossadeck u.a. 2016, S. 8; Robert-Koch-Institut 2015, S. 444

[194] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 31ff.

[195] vbw-bayern 2012, S. 15

[196] Bertelsmann-Stiftung 2016c, S. 39

[197] Bertelsmann-Stiftung 2016c, S. 12ff. , 26

31% noch gar keine Gedanken darüber gemacht, wie sie gepflegt werden möchten, wenn der Fall eintritt.[198]

In den letzten zehn Jahren gab es ein Fünftel Zuwachs an Beschäftigten in der Gesundheits- und Altenpflege, wobei die meisten dabei weiblich und teilzeitbeschäftigt sind.[199] Ein Fachkräfteengpass ist seitdem zu spüren und intensiviert sich durch die zukünftig steigende Nachfrage.[200] In Schleswig-Holstein ist das Verhältnis der Nachfrage nach professionellen Pflege und Personalangebot in der Pflege je Kreis unterschiedlich, jedoch „übersteigt die hohe Nachfrage das gute bis durchschnittliche Angebot an zukünftigen Pflegepersonal".[201]

*Angebot – Die Personallücke.* Durch den demographischen Wandel muss nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch arbeitsmarktpolitische Debatte über die knappen Ressourcen an Personal geführt werden.[202] Wie aus den Szenarien der Bertelsmann-Stiftung hervorgeht, sollte der Fokus auf der ambulanten Pflege liegen. Allerdings fällt die häusliche Pflege durch sinkendes informelles Pflegepersonal häufig aus.[203] Dies beeinflusst die Entwicklung des Welfare-Mixes, das „Arrangement der Wohlfahrtsproduktion". Ziel dabei ist es „die Akteure des Gemeinschaftssektors, vor allem Zivilgesellschaft wie auch Nachbarschaft, vermehrt an der Pflege und Versorgung älterer Menschen zu beteiligen". [204] Ein Koproduktionsdreieck aus Fachkräften, Freiwilligen und Familie als „Konfiguration verschiedener Versorgungsformen" ist dabei zentrales Model.[205] Im Jahr 2013 wurden sieben von zehn Pflegebedürftigen zu Hause versorgt, nur knapp 30% lebte dauerhaft in Pflege- oder Altersheim, was angesichts der Ziele „ambulant vor stationär", „informell vor formell" und dem Einbezug von ehrenamtlichem Engagement und sozialen Netzwerken in Zukunft weiter gefördert werden soll und muss.[206] Deutschlandweit verteilt sich der Trägermix wie folgt (Stand 2011): 49% werden von ambulanten, privaten Anbietern versorgt, 51% ambulante Pflegebedürftige durch freigemeinnützige und öffentliche Träger; ca. 40% der stationären Pflegebedürftigen werden durch pri-

---

[198] PwC 2015, S. 10

[199] Bundesagentur für Arbeit 2011, S. 3; Bundesverband Pflegemanagement 2016, S. 4

[200] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 52

[201] Bertelsmann-Stiftung 2016c, S. 29ff.

[202] vbw-bayern 2012, Vorwort

[203] Bertelsmann-Stiftung 2012, S.54; vbw-bayern 2012, S. 1

[204] Hilse u.a. 2014, S. 1

[205] ebd. S. 3; Hilse u.a. 2014, S. 404

[206] Die Bundesregierung 2016, S. 29, Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 65

vate Anbieter versorgt, ca. 60% durch freigemeinnützige und öffentliche Träger.[207] Interessanterweise werden in Schleswig-Holstein Pflegebedürftige überproportional stationär versorgt.[208] Durch die zukünftige Entwicklung muss auch die Qualität der Pflegeheime gesichert werden. Der neu aufgelegte „Pflege-TÜV“ mit der Publikation der ‚weissen Liste‘ trägt dazu bei, Transparenz in 26.000 Einrichtungen zu schaffen.[209] Der durchschnittliche Erfüllungsgrad der Prüfergebnisse in Schleswig-Holstein bei stationären Pflegeeinrichtungen liegt bei 72,4% und bei ambulanten Pflegediensten bei 81,2%, also gut bis durchschnittlich.[210] Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass informelle Pflege gefördert wird, die Qualität jedoch völlig intransparent ist, da es keine Ausbildung von Angehörigen gibt und nur wenig Kurse für pflegende Angehörige.[211] Man kann somit sagen, dass eine funktionierende Pflegeinfrastruktur Voraussetzung ist, um die Idee einer „häuslichen Pflege im Quartier unter Zuhilfenahme von Pflegediensten“ umsetzen zu können.[212] Weitere Entwicklungen sind die Fusionierung zu Pflegeketten im Akut-, Reha- und Pflegebereich.[213] Eine andere effektive Maßnahme ist die Netzwerkbildung und ein „Maßnahmenmix“ aus beispielsweise Präventionsmaßnahmen, Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufs, der Einsatz von technischen Assistenzsystemen und die Integration von freiwilligensozialen Diensten.[214] In Schleswig-Holstein ist dazu zu verzeichnen, dass die Löhne in der Pflegewirtschaft deutlich geringer als im deutschen Durchschnitt sind.[215] Dies macht die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Betrachtung der Pflegesituation deutlich, um eine Zusammenarbeit zwischen den Akteuren auf kommunaler Ebene zu erzielen und andere Maßnahmen (Prävention, gerechte Bezahlung, etc.) zu erkennen.[216] Ziel dieses kommunalen Welfare-mixes ist die Vernetzung von wichtigen Akteuren (z.B. Pflegekassen, Krankenversicherung, Rehabilitation und Pflege), um eine optimale und effektive „Prozess- und Angebotskoordinierung“ zu schaffen.[217] Dabei ist das Know-how genauso wichtig, wie eine finanzielle Grundlage, um ein langes Leben zu Hause zu ermöglichen. Dafür ist eine stärkere Rolle der Kommunen „bei der Organisation der Pflegeversorgung“ ge-

[207] Bertelsmann-Stiftung 2016c, S. 34

[208] Bertelsmann-Stiftung 2016c, S. 13

[209] Bertelsmann-Stiftung 2016b

[210] Bertelsmann-Stiftung 2016c, S. 19

[211] z.B. https://www.malteser.de/kursangebote/kurse-fuer-pflegende-angehoerige.html

[212] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 54ff.

[213] Bundesverband Pflegemanagement 2016, S. 6

[214] vbw-bayern 2012, S. 38ff.

[215] Bertelsmann-Stiftung 2016c, S. 41

[216] SVR 2014, S. 458

[217] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 9ff.

fordert.[218] Ein gutes Beispiel ist hierfür Skandinavien, wo durch höhere Steuern die Pflege durch den Staat garantiert ist.[219] Weitere wichtige Entwicklungen sind die Schaffung von Beratungsangeboten für Angehörige und Bedürftige vor Ort, häusliche Pflegeangebote, die Stärkung von Reha und Prävention sowie die Vernetzung „mit den übrigen kommunalen Diensten", um eine „quartiersbezogene Struktur" zu schaffen.[220]

## 5.3 Kulturtrends

Eine Online-Umfrage aus dem Jahr 2015 ergab folgende Antworten: „Sollte ich in ein Pflegeheim müssen (…), möchte ich menschlich – nicht nach Minuten – gepflegt werden. Sondern nach geistigem & körperlichem Bedarf".[221] „Früher war die Pflege von Familienangehörigen normal, heute wird aber erwartet, dass man auch noch arbeiten geht".[222] Dies zeigt, dass das Thema der Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf eine wachsende Bedeutung einnimmt und bestätigt die Diskussion um die deutschen Nachhaltigkeitsziele. Denn auf der einen Seite ist für viele klar, dass sie im Alter zu Hause bleiben möchten, egal ob Stadt oder Land.[223] Auf der anderen Seite haben viele Schwierigkeiten, ihr berufliches Leben und die Pflege von Angehörigen zu meistern. Eine Umfrage ergab, dass drei Viertel der Deutschen ihre Angehörige pflegen möchten.[224] Dies beweisen folgende Ergebnisse: „Jeder Sechste zwischen 40 und 85 Jahren unterstützt Angehörige", aber auch „jede dritte Pflegeperson fühlt sich stark oder sehr stark belastet".[225] Durch diesen psychischen, physischen und finanziellen Druck wird auch die Lebensqualität der Angehörigen gemindert. Eine Umfrage des Robert-Koch-Instituts zeigt, dass 55% der pflegenden Angehörigen psychische Probleme oder Verhaltensstörungen haben und 16% an Rückenschmerzen leiden und somit die Gesundheit gefährdet ist.[226]

---

[218] Bertelsmann-Stiftung 2016a

[219] Siehe: http://www.swr.de/odysso/zukunft-der-pflege/-/id=1046894/did=17898046/nid=1046894/1d9ew0v/index.html

[220] Ehrentrautu.a. 2015, S. 20ff.

[221] Die Bundesregierung 2016a, S. 29

[222] ebd. S. 79

[223] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 29

[224] PwC 2015, S. 7

[225] Nowossadeck,u.a.2016, S. 3

[226] ebd., S. 14

Interessanterweise stimmen 83% der Deutschen zu, dass von Frauen eher als von Männern erwartet wird, sich um pflegebedürftige Angehörige zu sorgen. 67% sehen es als gesellschaftliche Erwartung, Angehörige zu Hause zu pflegen.[227] Hinzu kommt die veränderte Wohnsituation. Eine PwC-Umfrage aus dem Jahr 2015 ergab bei 1018 repräsentativ Befragten, dass die höchsten Hürden für die Pflege zu Hause der Platzmangel neben der emotionalen Überforderung ist. Allerdings würde eine monatliche Bezahlung durch die Pflegeversicherung (250 Euro oder mehr) Motivation mit sich bringen, denn finanzielle Gründe sind ein weiteres Hemmnis.[228] Um Entlastungsmöglichkeiten zu finden, ist ein Bürgerdialog wichtig sowie die Einbindung von Sozialpartnern, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.[229] Weithin wird eine „bessere Anerkennung, wenn sie Angehörige zu Hause selbst pflegen" gefordert, jedoch hat „nur ein Fünftel aller Unternehmen betriebsinterne Angebote für pflegende Angehörige" (Umfrage im Jahr 2014).[230]

Ein anderer Trend ist die Pflegeunterbringung im Ausland. Berichte im Fernseher zeigen Einzelentscheidungen nach Thailand,[231] für 50% der Deutschen wäre eine günstigere Pflege im Ausland vorstellbar, jedoch eher in Polen oder Spanien.[232] Dabei müssen Qualität und Standards erfüllt werden. Dagegen sehen allerdings 2/3 der Deutschen nicht sich selbst, sondern den Staat „in der Pflicht, für eine adäquate Pflege Sorge zu tragen."[233] Auf der anderen Seite kommen immer mehr Migranten nach Deutschland. Dies wirft die Diskussion um eine interkulturelle Pflege auf. Die Sensibilisierung auf diesem Gebiet ist notwendig, dabei spielen „individuelle Werte, kulturelle und religiöse Prägungen" eine zentrale Rolle.[234]

## 5.4 Pflege in Schleswig-Holstein

Bei der Betrachtung der regionalen Unterschiede sind die Altersstruktur und die damit verbunden Pflegequote relevant, denn „je höher der Anteil der höheren Altersgruppen, umso hö-

---

[227] PwC 2015, S. 17

[228] ebd., S. 7, 12ff.

[229] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 71ff.

[230] Nowossadeck u. a. 2016, S. 17; Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 79

[231] siehe: https://www.wohnen-im-alter.de/einrichtung/ausland/thailand

[232] PwC 2015, S. 8

[233] PwC 2015, S. 8

[234] siehe: http://www.kultursensiblepflege.de/interkulturelle_kompetenz.html

her fällt in der Regel auch die Pflegequote aus".[235] Dies muss für die „Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung" berücksichtigt werden.[236] In Schleswig-Holstein gab es eine geringe Zunahme von 5,6% an Pflegebedürftigen zwischen 1999-2011, was unter dem deutschen Durchschnitt liegt.[237] Das Bundesland weist dagegen eine hohe Heimquote auf von 40,4%. Grund dafür kann die Versorgungsart sein.[238] Die Bertelsmann-Stiftung (2012) prognostiziert eine überdurchschnittliche Wachstumsrate ab 2009 von 53,8% der Pflegebedürftigen bis 2030.[239] Dieser Anstieg variiert ebenfalls auf kommunaler Ebene innerhalb des Bundeslandes und lässt offen, welche Versorgungsart in Zukunft dominiert.[240] Jedoch zeigen heutige Erhebungen, dass in Norddeutschland private Trägerschaften im Trägermix dominieren.[241] Bedenklich ist das Ergebnis der Studie „Fachkräftemangel in Gesundheitswesen & Pflegewirtschaft bis 2030" von PwC. Der Personalmangel wächst laut ihrer Prognose von einem Überangebot in einen Mangel von 5100 nicht besetzten Stellen in 10 Jahren.[242] Dies bestätigt ebenfalls die Studie der Bertelsmann-Stiftung (2016c), die für Schleswig-Holstein prognostiziert, dass die hohe Nachfrage das Angebot übersteigt.[243]

*Kreis Segeberg*

Im Kreis Segeberg ist die Bevölkerung zwischen 2012 und 2014 um 2984 auf 264.972 EinwohnerInnen gewachsen. Pflegebedürftig, gemessen an der Gesamtbevölkerung sind 2,8% (2014) und es gibt 77,7 Plätze in Pflegeheimen je 1000 EinwohnerInnen.[244] Weitere Statistiken sind in der folgenden Grafik zusammengefasst, die den Trend in Schleswig-Holstein zur professionellen, stationären Pflege bestätigt:

---

[235] SVR 2014, S. 459

[236] SVR 2014, S. 463

[237] SVR 2014, S. 460; Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010, S. 23

[238] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 19, 31; Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010, S. 24

[239] S. 10

[240] Bertelsmann-Stiftung 2012, S. 28

[241] Bertelsmann-Stiftung 2016c, S. 35

[242] PwC 2011

[243] S. 30

[244] wegweiser-kommune.de 2017b

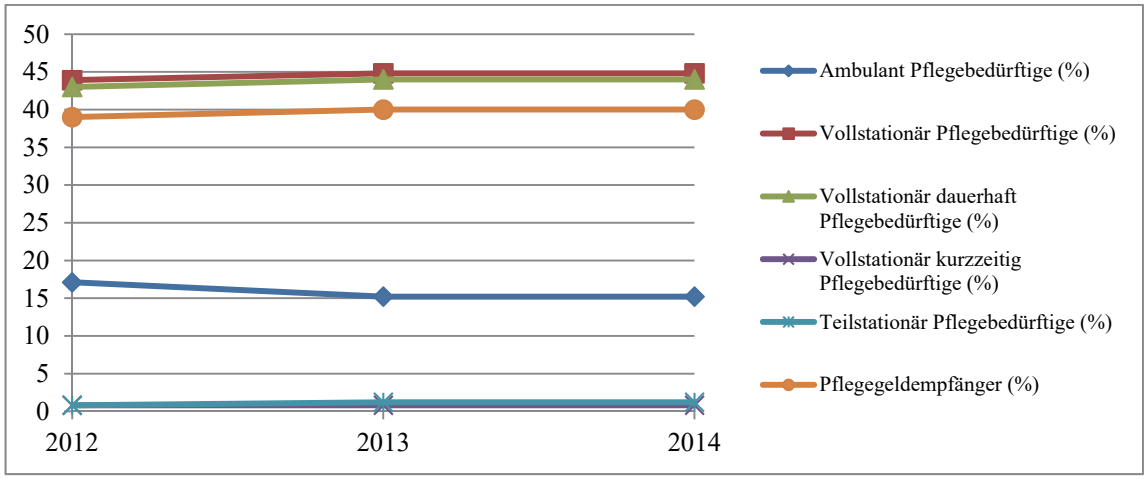



Abbildung 6 „Pflegemix in Bad Segeberg von 2012-2014" (eigene Darstellung)[245]

Zwischen 2006 und 2010 wurde der „Pflegebedarfsplan Kreis Segeberg" entwickelt. Er hat zum Ziel „die Rahmenbedingungen für eine selbstständige Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben zu schaffen, den Ausbau und die Entwicklung neuer Strukturen zur Unterstützung der eigenen Lebensführung zu fördern und in gemeinsamer Verantwortung mit allen Beteiligten eine qualifizierte und menschenwürdige Pflege sicher zu stellen".[246] Im Plan werden die demographische Entwicklung, sowie die Nachfrage von vollstationärer- Kurzzeit-, teilstationärer- und häuslicher Pflege untersucht. Dieser ist dann noch einmal in die Teilregionen des Kreises Segeberg unterteilt, um auf individuelle Situationen eingehen zu können. Dabei sind niedrigschwellige Betreuungsangebot von besonderer Bedeutung, wie beispielsweise in Kaltenkirchen. Dort gibt es ein regelmäßiges Angebot einer Gesprächsrunde für pflegende Angehörige, geleitet von der Pflege Diakonie.

Ein weiteres Best-Practice Beispiel ist das Mehrgenerationenhaus Volkshaus Tungendorf, das vom Diakonischen Werk Altholstein getragen und durch das Bundesaktionsprogramm Mehrgenerationenhaus gefördert wird. Es sticht durch seine hohe Vernetzung von Akteuren heraus: Der Beirat besteht aus Mitgliedern des Tungendorfer Sportvereins, der Kirchengemeinde, Stadtteilbeirats, Seniorenbeirat, Kindertagesstätte Volkshaus, Stadt Neumünster und einer engagierten Bürgerin. Das Haus bietet eine Kindertagesstätte, ein Nachbarschaftscafé mit Pflegeberatung der Diakonie, eine Stadtteilbücherei und nachbarschaftliche Hilfen für Familien, Berufstätige und Senioren.[247]

---

[245] basierend auf Daten von wegweister-kommune.de 2017b

[246] Kreis Segeberg 2007, S. 1

[247] siehe https://www.diakonie-altholstein.de/de/Mehrgenerationenhaus-Volkshaus

*Kreis Nordfriesland*

Im Kreis Nordfriesland hat die Bevölkerung zwischen 2012 und 2014 um 34 BürgerInnen abgenommen. Der Anteil an Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung liegt bei 2,7% (2014). Insgesamt gibt es 48,9 Plätze in Pflegeheimen je 1000 Einwohner (2014).[248] Auch in diesem Kreis wird der Trend in Schleswig-Holstein bestätigt, dass mehr Pflegebedürftige eine professionelle, stationäre Pflege in Anspruch nehmen. Abbildung 7 Pflegemix im Kreis Nordfriesland von 2012-2014 (eigene Darstellung) enthält weitere Daten:

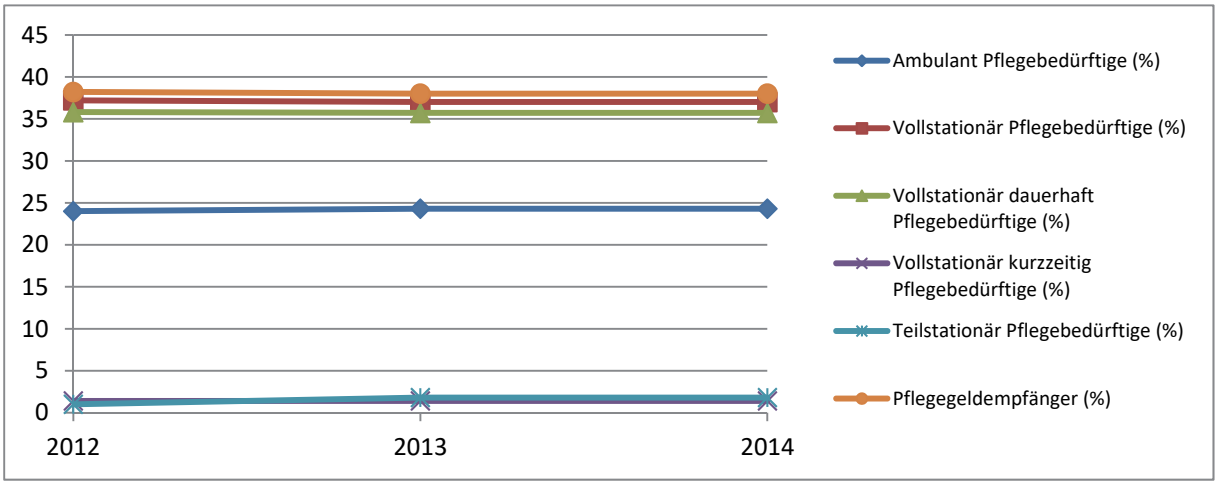



Abbildung 7 Pflegemix im Kreis Nordfriesland von 2012-2014 (eigene Darstellung)[249]

Im Kreis Nordfriesland leiden 2000 EinwohnerInnen an Demenz (2015). Ein „Wegweiser für Angehörige von altersverwirrten Menschen im Kreis Nordfriesland“ zeigt verschiedene regionale Dienstleistungen für Angehörige auf: Entlastungsmöglichkeiten durch Pflegedienste, Kurzzeitpflege, Verhinderungspflege, Tagespflege, Angehörigengruppen, Betreuungsgruppen, Begegnungscafés, Informationen über die Pflegeversicherung, Alten- und Pflegeheime im Kreis, rechtliche Betreuung, etc.[250] Eine weitere Broschüre des Kreises gibt Tipps zum längeren Leben zu Hause: „Wohnen im Alter und Komfort für alle“.[251]

[248] wegweiser-kommune.de 2017a

[249] basierend auf den Daten von wegweiser-kommune.de 2017a

[250] Kreis Nordfriesland 2015

[251] Kreis Nordfriesland 2009

## 5.5 Zusammenfassung: Pflege bis 2045

Zu beobachten ist eine bundesweite Versorgungslücke durch eine steigende Zahl an Pflegebedürftigen auf 3,1 – 3,4 Millionen bis zum Jahr 2030 und einer sinkenden Zahl an Pflegepersonal (informell und professionell). Dies stellt das Pflegesystem vor große Herausforderungen, was nur durch einen ganzheitlichen Ansatz mit dem Einbezug der Angebots- und Nachfrageseite bewältigt werden kann, um Quantität und Qualität auch in Zukunft zu gewährleisten. Ein wichtiger Schritt ist durch das Dritte Pflegestärkungsgesetz (PSG 3) auf nationaler Ebene erfolgt, mit dem innovative, ganzheitliche Konzepte auf regionaler und lokaler Ebene gefördert werden sollen. Denn der Pflegemangel ist regional unterschiedlich und erfordert individuelle Maßnahmen, um eine zukunftsfähige Pflegeinfrastruktur zu erzielen. Durch eine verbesserte Kompetenz- und Ressourcenausstattung soll ein zukunftsfähiger Welfare-Mix als die Kooperation und Netzwerkbildung von unterschiedlichen Akteuren (Ehrenamtliche, Familie, Krankenkassen, Politik, Wirtschaft, etc.) entstehen.

Studien zeigen, dass die Deutschen bereit sind, ihre Angehörigen zu Hause zu pflegen, was bisher auch sozial erwartet wird. Allerdings müssen die finanziellen, räumlichen und psychischen Bedingungen positiv sein, denn Pflegebedürftige haben Angst, ihren Angehörigen zur Last zu fallen und präferieren dadurch eine professionelle Pflege. Um den optimalen Pflegemix zu erzielen, müssen diese Themen in die Diskussion aufgenommen und behandelt werden. Dadurch können neben Herausforderungen auch zahlreiche Chancen für eine nachhaltige, soziale Gesellschaft erkannt und gefördert werden.

# 6 Technologie

## 6.1 Technikskepsis oder Technikutopie?

Die Trends der Globalisierung und Technologieentwicklung und speziell in der Altenhilfe der Fachkräftemangel und die Problematik der Finanzierbarkeit[252] verstärkt durch den demographischen Wandel werden dazu führen, dass die alternde Gesellschaft in Zukunft einen anderen Alltag erleben wird als heute.

Neue Technologien können Fortschritt bedeuten und mit ihrer Wirkung in unterschiedlichen Lebensbereichen einen „wichtigen Beitrag zur Gestaltung einer altersfreundlichen Umwelt“ leisten.[253] Die Lebensqualität kann durch den Zugriff und Einfluss auf die Umwelt als auch „die Innenwelt des Menschen“ gewonnen werden.[254] Dies kann neben anderem für Pflegebedürftige ein unabhängiges Lebensgefühl bedeuten sowie für Pflegende eine Hilfe sein. Technologien haben das Potential als „Ressourcen des Alters“.[255] Damit stellt sich die Frage, ob sie eine Antwort auf den Fachkräftemangel sein können. Bereits heute bietet die Industrie auf dem sogenannten „Silver Market“ seniorengerechte Assistenzsysteme an.[256] Dagegen versucht das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Ansatz des „Universal Design“, also generationenübergreifende Dienste, zu fördern.[257]

Einige Autoren stellen für neue Technologien in der Altenhilfe drei Kriterien auf: „(1.) positive Ressourcenbilanz; (2.) hoher Individualisierungsgrad und (3.) Erhalt der Alltagskompetenz und Förderung von Entwicklungspotenzial.“[258]

- (1.) Der Installierungsaufwand einer Technologie/Assistenzsystems muss niedriger sein als der gewonnene objektive und subjektive Vorteil.
- (2.) Gerade im Alter entwickeln sich die Fähigkeiten heterogen. Die Technik muss individualisierbar und anpassungsfähig sein.
- (3.) Hiermit werden die positiven/negativen Nebenwirkungen der Techniknutzung angesprochen. Technologische Hilfen sollen individuelle Potenziale, die Motivation und Unabhängigkeit fördern und nicht hemmen.[259]

---

[252] Zweck u.a. 2015a

[253] Zweck u.a. 2015a, S. 80; Georgieff 2009, S. 19

[254] Grunwald 2010, S. 22; BMFSFJ 2015, S. 250

[255] Georgieff 2009, S. 19ff.

[256] Georgieff 2009, S. 24

[257] BMFSFJ 2015, S. 254

[258] Lindenberger u.a. 2011a, S. 11

Die Frage dazu lautet, welche Rolle Technik in der langfristigen Perspektive im Altern spielen soll und kann, denn neben all diesen Errungenschaften müssen auch nicht intendierte Folgen dieser Entwicklung beobachtet werden. Die Technikfolgenabschätzung beschäftigt sich mit der Ambivalenz zwischen Fortschritt und Abhängigkeit und dem damit verbundenen Risiken, Unsicherheiten, Skepsis und (soziale, kulturelle, wirtschaftliche) Folgen.[260] Armin Grunwald zitiert Boris Groys:, „man weiß hinsichtlich einer technischen Innovation nie, ob sie die existierende Gesellschaft stabilisiert oder zugrunde richtet".[261] Einen globalen Rahmen dieser Diskussion sowie eine Zielsetzung bietet die Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

## Technologie und Sustainable Development Goals (SDGs)

Die im Jahr 2016 verabschiedeten SDGs gelten bis zum Jahr 2030 und streben eine nachhaltige Entwicklung durch 17 globale Ziele an. Die technische Entwicklung wird nicht explizit genannt, jedoch hat der Bereich eine Querschnittsaufgabe. Die im Fokus stehende Altenhilfe dieser Trendanalyse führt zu einer genaueren Betrachtung des dritten Ziels „Gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern". Das Unterziel 3.8 setzt folgendes fest: „Die allgemeine Gesundheitsvorsorge, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen".[262] Als Indikator für dieses Ziel definieren die Bertelsmann-Stiftung und das Sustainable Development Solutions Network (SDNS) (2016) „subjective wellbeing (average ladder score, 0-10)".[263] Das subjektive Wohlbefinden wird durch den Entwicklungsgrad an technologischen Errungenschaften, positiv oder negativ, stark beeinflusst. Gerade für die Zielgruppe der Senioren kann das zukünftig eine längere Autonomie und Teilhabe in der Gesellschaft und somit eine Steigerung des Wohlbefindens

[259] S. 20ff.

[260] Grunwald 2010, S. 19ff.

[261] Grunwald 2010, S. 19

[262] Martens/Obenland 2016, S. 40

[263] Ebd., S. 28

bedeuten. Jedoch müssen ebenfalls Themen wie „Autonomiegewinn und Anpassungszwang“ sowie „Kontrolle und Autonomieverlust“ behandelt werden.[264]

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist eine Übersetzung der globalen Ziele auf die nationale Ebene. Der Transformationsauftrag beinhaltet Technologien „einzuleiten und voranzutreiben.“[265] Durch das Dokument wird ebenfalls klar, dass die technische Förderung ein Mittel zur Erzielung der SDGs in unterschiedlichen Bereichen ist. Die Empfehlung in dem siebten Altenbericht der Bundesregierung zu diesem Punkt lautet, dass der Zugang zu Assistenzsystemen geschaffen werden soll und „in das Leistungsrecht der Kranken- und Pflegekassen aufgenommen werden“ sollen.[266]

## 6.2 Strukturtrends

Als Megatrends des 21. Jahrhunderts wird der demographische Wandel in Verbindung mit der technologischen Entwicklung einen starken Einfluss auf die Altenhilfe in der langfristigen Perspektive haben. Aufgrund der gesellschaftlichen Alterung prognostiziert die BMBF-Foresight Analyse eine Zunahme an chronischen und psychischen Krankheiten (z.B. Demenz, Alzheimer), was soziale und finanzielle/volkswirtschaftliche Schwierigkeiten aufwirft sowie einen Fachkräftemangel.[267] Hier stellen sich die Autoren die Frage ob dieser durch die Technologie behoben werden kann.

Auf der anderen Seite wird der längere Alterungsprozess durch eine genaue Erforschung der persönlichen kognitiven, sensorischen und motorischen Defizite berechenbarer. Die Technologie im Alter hat die Aufgabe diese Defizite auffangen und zu ergänzen, bzw. zu ersetzen. [268] Sogenannte altersgerechten Assistenzsysteme basieren auf Mikrosystem- und Kommunikationstechnik und ermöglichen ein längeres, unabhängiges Leben. Der stetige Zuwachs an Hochbetagten erhöht den politischen Druck, alternative (technische) Lösungen weg von kostspieligen Pflegeeinrichtungen und hin zu einem selbstbestimmten Leben zu finden.[269] Somit lautet das übergeordnete Ziel in Einklang mit dem SDG 3.8, „Menschen so lange wie

[264] Grunwald 2010, S. 32

[265] Die Bundesregierung 2016a, S. 23

[266] BMFSFJ 2015, S. 292

[267] Zweck u.a. 2015a

[268] Lindenberger 2010, S. 3

[269] Nehmer u.a. 2011, S. 74

möglich ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben in ihren eigenen vier Wänden zu ermöglichen".[270] Altersgerechte Assistenzsysteme („Ambient Assisted Living") bieten technische Hilfen, um die Versorgung der wachsenden Zahl an alten Menschen zu gewährleisten. Laut sollte das Forschungsziel „flexibel unterstützende Technologien"[271] sein, also Geräte und Umwelten, „die die Verhaltensweisen, Handlungen und Gewohnheiten ihrer Nutzer und Bewohner erkennen, erlernen und aktiv unterstützen".[272] Wichtig sei, dass der ältere Mensch in einer gesunden Lebensphase mit der Technologie vertraut gemacht werden kann, die ihn dann in schwierigeren Zeiten aktiv unterstützt. Dies führe zu einer weitgehenden Selbstständigkeit und keinem Motivationsverlust, Dinge selbst zu erledigen. Für diese Entwicklung ist eine multidisziplinäre Kooperation essentiell, jedoch wurde dies in der Vergangenheit nur selten erfüllt.[273]

In der Alterstechnologie können dazu zwei Strategien verfolgt werden: die *sensorisch/sensomotorische Strategie* und die unterrepräsentierte *kognitive Strategie*.[274] Erste versucht „kognitive Ressourcen wie Aufmerksamkeit und Arbeitsgedächtnis durch eine Reduktion der kognitiven Beanspruchung sensorischer oder sensomotorischer Leistungsaspekte freizusetzen".[275] Die Neurotechnologie versucht sensorische Prothesen zu etablieren, beispielsweise durch auditorische Hirnstammimplantate, was jedoch mit medizinischen und ethischen Risiken verbunden ist.[276] Die zweite Strategie hält gegen die Meinung, dass ältere Menschen sich auf die technologische Entwicklung einstellen müssen: „Der zentrale Gedanke der kognitiven Strategie besteht nun darin, äußere Hinweisreize anzubieten, die Menschen darin unterstützen, ihre eigenen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren und beabsichtige Handlungen auch tatsächlich durchzuführen".[277] Der auch für ältere Menschen allgegenwärtige Computer „beschreibt die Entwicklung, dass Datenverarbeitung, drahtlose Kommunikation, Sensorik und Aktorik zunehmend in unsere Alltagswelt verwoben sind. Technologische Fortschritte erlauben die Einarbeitung von vernetzten und kontextbewussten Computersystemen in Geräte, Räume, Alltagsgegenstände und Kleidungsstücke. Die Zukunftsvision besteht darin, dass solche intelligenten Räume und Artefakte Kontexte und Aktivitäten der Nut-

[270] Nehmer u.a. 2011, S. 73; BMFSFJ 2015, S. XXV

[271] Lindenberger u.a. 2011a, S. 13

[272] Lindenberger 2010, S. 2

[273] Schellenbach u.a. 2011, S. 53

[274] Lindenberger u.a. 2011, S. 26

[275] ebd., S. 24

[276] siehe auch: http://nullbarriere.de/neurotechnologie.htm

[277] Lindenberger 2010, S. 26

zer erkennen, ihre Bedürfnisse antizipieren und proaktive Unterstützung bieten".[278] Dabei ist ein intuitives und generationenübergreifendes „Interaktionsdesign" entscheidend für den Erfolg.[279] Es muss sich an die Umwelt anpassen und von den Anwendern lernen, das statische Design ist nicht mehr zukunftsfähig. „Möglicherweise werden nur die Technologien erfolgreich sein, die frühzeitig in das Umfeld des Nutzers eingebaut werden – bevor die Hilfsbedürftigkeit einsetzt", um Routinen zu erfassen, die dann durch den Alterungsprozess gestört und korrigiert werden sollen.[280] Zukunftsweisende Erfindungen sind z.B. die intelligente Lesebrille oder Implantate, „die Wahrnehmungs-, kognitive und motorische Fähigkeiten des Menschen verbessern".[281] Dies wird in der langfristigen Perspektive die Alltagskultur prägen. Auf politischer Ebene wird diese Entwicklung gefördert, da die neuen Technologien das Potenzial haben, die Gesundheits- und sozialen Sicherungssystem zu entlasten.[282] Jedoch sind diese Systeme bis heute nicht marktreif, es fehlt an Kosten-Nutzen-Abschätzungen sowie an der Integration der Nutzer in der Entwicklungsphase zur Akzeptanzsteigerung.[283]

*Assisted Living mit ambienter Intelligenz.* In der unterstützenden Alterstechnologie findet man den neuen Ansatz der Verhaltensüberwachungssysteme als Basis für die Notfallüberwachung. Mit der Installation von Sensoren (ambiente Technologie) werden dabei Funktionen eines „Smart Homes" und der Telemedizin verbunden. Sie haben das Ziel „Sicherheit und Schutz zu bieten und durch Stimulation Ältere zur Aufrechterhaltung eines selbständigen Lebensstils zu befähigen".[284] Damit verfolgt die ambiente Intelligenz (AmI) einen menschenzentrierten Ansatz und wurde in den 1990er Jahren definiert: „In einer AmI-Welt operieren verteilte Geräte gemeinsam, sind dabei in die Umgebung eingebettet und nutzen die Information und Intelligenz, die im Verbindungsnetzwerk verborgen sind (...) Einfach ausgedrückt bezeichnet AmI elektronische Systeme, die für die Anwesenheit von Personen empfindlich sind und auf sie reagieren".[285] Die IuK-Technologien spielen dabei eine signifikante Rolle. Neue Entwicklungen fokussieren besonders auf die Lebensqualitäts- und Pflegeszenarien (z.B. Remote-Patientenüberwachungssysteme). Diese Entwicklung wird unter dem Namen „Ambient Assisted Living" (AAL) zusammengefasst.

---

[278] Krüger u.a. 2011, S. 113

[279] Krüger u.a. 2011, S. 117ff.; BMFSFJ 2015, S. 254

[280] Lindenberger u.a. 2011, S. 117ff

[281] Krüger u.a. 2011, S. 113

[282] Lindenberger 2010, S. 2

[283] BMFSFJ 2015, S. XXVI & S. 253

[284] De Ruyter u.a. 2011, S. 150

[285] De Ruyter u.a. 2011, S. 147ff.

Der Markt ist geräteorientiert (z.B. Smartphones mit Notfallhilfe), dem die Forschungsolitik mit der Förderung von ganzheitlichen Modellen entgegenwirken möchte. Für eine integrierte Versorgung sind Partnerschaften zwischen Industrie und Krankenkassen sowie neuen Berufsausrichtungen in der Gesundheitspflege zu entwickeln.[286] Deutschland möchte dabei eine Führungsposition einnehmen. Ein zentraler Forschungspunkt ist dazu die Datenerfassung, die Datenmenge und Messgenauigkeit.[287] Das Bundesministerium für Bildung und Forschung förderte zwischen 2009-2012 17 Projekte mit 45 Mio. Euro im Bereich der Altersgerechten Assistenzsysteme für ein gesundes und unabhängiges Leben. Drei Beispiele dafür sind das Projekt aal@home, ‚CareLab' am Philips HighTech Campus in Eindhoven und das Projekt SmartSenior des Bundesministeriums für Bildung und Forschung:

Das Projekt *‚aal@home'* hatte das Ziel, UWB-Sensoren (Ultrabreitband/ Ultra-Wideband) in der Altenpflege zu testen. Ein Beispiel ist die Installation von Sensoren in den Wänden, um die Vitaldaten des Patienten auf bis zu 8 Meter zu kontrollieren. Diese Daten werden in ein Medizindatenkommunikationssystem eingespeist, das im Notfall Alarm schlägt und den Notruf, Angehörige, oder den Arzt alarmiert: „Das Projekt schließt damit die Lücke zwischen dem bestehenden Hausnotrufprinzip und telemedizinischen Systemen".[288] Fallstudien zeigen praktische Erkenntnisse über Sensoren-gesteuerte Assistenzsysteme als Frühwarnsystem, die einen Notfall automatisch erkennen und den Notruf auslösen, sowie die Wichtigkeit einer zentralen Internetplattform, um ein Gesamtkonzept zu schaffen. Alle Projekte haben gemeinsam, dass die Betreuung- und Pflegedokumentation vernetzt und fortlaufend bestehen soll. Zu erkennen ist ebenfalls, dass das übergeordnete Ziel die bedarfsorientierte Pflege zu Hause ist. Dabei sollen vor allem Familien, also informelles Pflegepersonal, als Hauptpflegedienst (ca. 70% der Pflegebedürftigen in Deutschlands Familien werden von Verwandten gepflegt) integriert werden. Durch das AAL wird das Leben in der eigenen Wohnung im Alterungsprozess optimiert und die Person kann länger zu Hause leben. Dies ist für die Immobilienbranche eine neue Marktlücke, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird.[289] Dies ist besonders im ländlichen Raum zu erkennen. Dort ist der Einsatz von technischen Assistenzsystemen höher verbreitet als in Städten, da dort der Mietmarkt zu angespannt ist.[290]

---

[286] Zweck u.a. 2015a

[287] Nehmer u.a. 2011, S. 82ff.

[288] Bundesministerium für Bildung und Forschung, n.d.

[289] Bundesministerium für Bildung und Forschung n.d.

[290] BMFSFJ 2015, S. 253

Im ‚*Carelab*' wurde in einer seniorengerechten Zweizimmerwohnung ein Sensornetzwerk installiert, um Verhaltensmuster zu erfassen. Es beinhaltet einen ferngesteuerten Lebensstilassistenten für mehr Sicherheit, der TV bietet individuelle kognitive Stimulation, die Sensoren funktionieren als ‚Awareness-System' und zeichnen ein digitales Tagebuch auf, das von Angehörigen abgerufen werden kann.[291]

Das Projekt ‚*SmartSenior*' zielte auf eine Kooperation von 28 Partnern aus unterschiedlichen Branchen ab, um Lösungen zu entwickeln, wie Senioren lange und unabhängig leben können. Der Fokus lag auf drei integrierte Lebensbereiche: „Länger selbständig im häuslichen Umfeld leben", „sicher unterwegs sein" und „gesund werden und bleiben"[292]. Zu Hause ist der TV als Serviceportal installiert, um auf eine Anzahl an Diensten (z.B. „Einkaufsservice, Hilfe im Alltag, Gardinen wechseln, Fensterreinigung, Medikamentenlieferung, Mobiler Menüservice") zurückgreifen zu können. Die Videokommunikation fördert soziale Vernetzung und ein persönlicher Ansprechpartner bietet Sicherheit und Akzeptanz. Ein Sensorennetzwerk bietet zudem die Möglichkeit der schnellen Erkennung von Risiken. Unterwegs ist das Smartphone das begleitende Gerät, das im Notfall eingesetzt werden kann. Vitaldaten werden erfasst und im Auto kann ein Nothalteassistent eingeschaltet werden.[293] Zudem werden eine telemedizinische Service-Infrastruktur aus verschiedenen Akteuren im Gesundheitssystem und ein medizinisches Assistenzsystem als Betreuung installiert, mit digitaler Patientenakte und ständiger Vitaldatenerfassung. Die Testphase ergab eine hohe Akzeptanz des Systems bei den Probanden. Ein wichtiges Ergebnis war die benötigten neuen Geschäftsmodelle und Infrastrukturen: Ziel muss ein „integriertes Gesamtsystem aus Gesundheits-, Sicherheits-, Service- und Kommunikationslösungen mit einheitlichen, intuitiv zu bedienenden Bedienoberflächen" sein.[294] Dabei müssen Informationssicherheit, die Behandlung von ethische Fragen und Datenschutz gewährleistet werden. Dazu werden die folgenden Unterpunkte verschiedene Möglichkeiten innerhalb eines Gesamtsystems näher erläutern.

*Notfallüberwachung/ -prävention.* Man kann zwischen drei Kategorien der Notfallüberwachung unterscheiden: „Unterstützung durch (a) manuelle Auslösung von Notrufen, (b) automatische Notfallerkennung und –meldung und (c) ferngesteuerte Gesundheitsüberwa-

---

[291] De Ruyter u.a. 2011, S. 154

[292] SmartSenior 2012, S. 6

[293] SmartSenior 2012, S. 10ff.

[294] SmartSenior 2012, S. 32

chung".[295] Ein bedeutendes Projekt dazu ist das EU-finanzierte EMERGE, das in Kaiserslautern getestet wurde. Zielgruppe sind alleinlebende Senioren, denn Studien ergaben eine hohe Sterblichkeitsrate von 67% bei zu langer Hilflosigkeit (72 Stunden). In dieser Zeit wurden Hausnotrufsysteme selten eingesetzt und sind daher in ihrer Funktion fragwürdig.[296] Dagegen ist das Sensoren-gesteuerte Heimsystem auf keine manuelle Anwendung angewiesen und mit einem Computer/Internetz verbunden, der eine direkte Verbindung zum sozialen Netzwerk sowie dem notfallmedizinischen Service-Zentrum hat. Jedoch müssen derzeit noch Körpersensoren getragen werden, um die Vitaldaten zu erfassen. In Zukunft könnten dies implantierte Chips übernehmen. Im Notfalleintritt kommuniziert das System mit Hilfe eines Algorithmus, der über einen Zeitraum zuerst mit dem Bewohner personalisiert wurde. Wenn dies nicht gelingt, wird die Notfallzentrale kontaktiert, die sich über das Internet in das System wählen kann und per Kamera und Lautsprecher die Situation abschätzt. Im Notfall kann ein Rettungswagen alarmiert werden.

Das Potenzial dieser Systeme ist hoch, jedoch gibt es noch Probleme, beispielsweise die Wartung, Anpassungsfähigkeit zu bewältigen, damit aus den Prototypen Serienmodelle mit einem funktionierenden Geschäftsmodell werden. Zu beachten ist immer, dass „elektronische Lebensassistenzsysteme niemals soziale Strukturen ersetzen, sondern sie ergänzen und sogar helfen sollen, soziale Interaktionen zu erleichtern und dadurch Isolierung zu vermeiden".[297]

*Smarte Textilien.* „Intelligente" Textilien bieten neue Möglichkeiten des AAL und definieren die Textil- und Modeindustrie 4.0. Ein Beispiel wäre ein Teppich, der einen Sturz durch leitfähige Fasern und Mikrochips erkennt und Alarm schlägt.[298] Damit wären Geräte, wie das Smartphone, überflüssig.

Besonders in Skandinavien bestehe ein Interesse bei älteren Menschen „aus medizinischen Gründen oder aus einem Sicherheitsbedürfnis heraus".[299] Gerade in der Pflege bieten technische Textilien Lösungen, z.B. wird durch Mini-Sensoren ein „patientenfreundliches Wundmonitoring" erzielt und textile Elektroden können die Körperfunktionsüberwachung (z.B. ein EKG-Shirt) übernehmen. Dadurch erhält der Senior Mobilität und Unabhängigkeit zurück. Wei-

---

[295] Nehmer u.a. 2011, S. 81

[296] Nehmer u.a. 2011, S. 75

[297] Nehmer u.a. 2011, S. 84; BMFSFJ 2015, S. 252

[298] textil+mode 2016, S. 1

[299] ebd., S. 4

terhin werden Sensor-Bodenbeläge getestet, „die mit Menschen jenseits von Kameras und Bewegungsmeldern interaktiv und damit anonym agieren".[300] Dies könnte in Senioren-Wohnanlagen und Pflegeheimen für Sturzalarm und –prophylaxe, Ganganalyse und Langzeitmonitoring installiert werden und die Betreuungsqualität erhöhen. Jedoch ist die Implementierung noch mit einigen Hürden verbunden, besonders im Bereich der Kooperation von Akteuren. Dies werde sich in Zukunft jedoch ändern.[301]

*Roboter in der Pflege.* Anders als in Japan ist die Akzeptanz von Robotern in Deutschland gering. Dort wird die menschenähnliche Roboterdame Aiko Chihira für den Sozialbereich getestet.[302] „Einstellungen zur Robotik für Dienstleistungen und Assistenzsysteme ändern sich jedoch sofort, wenn diese eingesetzt werden, um den krankheits- oder altersbedingte Verlust von Fähigkeiten zu kompensieren...Der universelle „kleine Helfer", der alles im Haushalt erledigt, wird vielleicht eines Tages existieren".[303]

*Eine Auswahl an Fallbeispielen.* Der siebte Altenbericht der Bundesregierung bietet eine Auswahl an Projekten, wie beispielsweise das „gemeinschaftlich, altersgerechte und inklusive" Musterhaus GenerationenWohnen in Berlin[304], oder das 2014 gegründete regionale Innovationscluster KogniHome, wo eine „mitdenkende Wohnung" im Fokus steht.[305] Jedoch bestätigen auch diese Projekte die Annahme, dass eine flächendeckende Anwendung außerhalb von Einzelprojekten noch nicht gelungen ist. Aus diesem Grund wird auch in dieser Trendanalyse auf ein fiktives Beispiel zurückgegriffen:

> *Frau Müller ist eine 90jährige Witwe und wohnt alleine in einer Kleinstadt. Sie hat zwei verheiratete Töchter, persönlich ist sie fit, spielt Skat und ist altersentsprechend gesund. Zum 90. Geburtstag bekommt sie von ihrem Enkel ein elektronisches Gerät, das wie ein zu groß geratenes Mobiltelefon aussieht. Es weist zusätzliche Funktionen auf: GPS-Funktion, Bewegungssensor, eine Funkschnittstelle und die Fähigkeit zum maschinellen Lernen. Anfänglich benutzt Frau Müller das Gerät nur als Mobiltelefon, jedoch erlernt das Gerät in dieser Zeit die wiederkehrenden Alltagsmuster: Frau Müller ruft ungefähr alle zwei Tage am Nachmit-*

---

[300] ebd., S. 49ff.

[301] ebd.

[302] Frick 2016

[303] Krieg-Brückner u.a. 2011, S. 171

[304] siehe: https://www.serviceportal-zuhause-im-alter.de/wohnen/musterhaus-generationenwohnen-sredzki-44.html

[305] BMFSFJ 2015, S. XXVff.; siehe: https://www.kogni-home.de/

*tag ihre jünger Tochter an; die ältere Tochter ruft sie täglich am frühen Morgen an; einmal in der Woche, meist Sonntags geht sie zum Grab ihres Mannes; jeden Samstag geht sie zum Friseur; sie bewegt das Gerät jeden Tag spätestens um 9 Uhr. Mit dem 94. Geburtstag verstärken sich bei Frau Müller kognitive Schwierigkeiten, sie vergisst, ist leicht ablenkbar, das räumliche Denken und die Orientierungsfähigkeit lassen nach. Das Gerät schaltet nun Hinweisfunktionen hinzu: „Tochter Anna anrufen!" oder „Wie wäre es, zum Friseur zu gehen?". Anfangs hat Frau Müller damit Probleme, jedoch gewöhnt sie sich langsam daran, fühlt sich entlastet und ihre Töchter sind von ihrer Unabhängigkeit beeindruckt. Um das Grab ihres Mannes zu finden, benutzt sie nun die Navigationshilfe. Zum Einkaufen benutzt sie die Einkaufsfunktion, sie liest dem Gerät laut die Artikel vor. Diese werden notiert und eine Route zu den notwendigen Geschäften wird berechnet. Wenn sie das Geschäft betritt, werden ihr die verfügbaren Artikel angezeigt. Eines Morgens ist Frau Müller nicht im Stande aufzustehen. Das Gerät klingelt um 9:15 Uhr, weil es noch nicht bewegt wurde. Als um 9:30 Uhr noch keine Veränderung stattgefunden hat, alarmiert das Gerät den ärztlichen Notfalldienst, der sich rechtzeitig um Frau Müller kümmern kann. Alle Geräte in dieser Geschichte existieren bereits, das komplette Gerät gibt es jedoch noch nicht.*[306]

## 6.3 Kulturtrends

Innovationen in der Medizin und Technik sind wegweisend für die zukünftige Altenpflege. Daneben nimmt die reale organisatorische und soziale Versorgung, die effizient und effektiv ablaufen soll, eine zentrale Rolle ein.[307] Dabei spielen Technikskepsis oder Technikakzeptanz im Alter eine grundlegende Rolle.

Eine Studie der Nationalen Akademie der Wissenschaften setzt sich mit der Frage auseinander, ob Technik ein Freund im Alter sein kann. Durch den Verlust von sensorischen, kognitiven und körperlichen Funktionen wird der Mensch abhängig und isoliert. Dies kann durch die Technik behoben, aufgehalten oder sogar vorgebeugt werden. Um eine Unter- oder Überforderung auszuschließen wurde schon 1983 die Wichtigkeit festgestellt, „ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Umweltunterstützung und selbst-initiierter Verarbeitung zu errei-

[306] Nach Lindenbergerr 2010

[307] Zweck u.a. 2015a, S. 55

chen".[308] Jedoch wird in der Studie auch kritisiert, dass der Eindruck besteht, „dass ältere Menschen sich den Erfordernissen von Technologie anpassen müssen. Das Gegenteil ist jedoch sinnvoll und auch technisch machbar".[309] Diese Technikskepsis bei älteren Menschen wurde ebenfalls in dem Forschungsprojekt ‚FUTA' des Psychologischen Instituts der Universität Heidelberg genauer untersucht.[310] Auch hier wird bestätigt, dass die Ansicht weit verbreitet ist, „dass ältere Menschen mit Technologie wenig anfangen können, dass technologischer Wandel für Ältere eine Zumutung darstellt und keine Entlastung".[311] Das Projekt von 2013-2014 beinhaltet die bundesweite Initiative „Senioren-Technik-Botschafter" mit zwei Projektpartnern in Schleswig-Holstein: die SilverSurfer des Europäischen Integrationszentrums Rostock e.V. und das Törpiner Forum e.V. (TSB) in Sarow. Folgende Forschungsfrage wurde gestellt: „Welche Akteure beteiligen sich als Botschafter und als Lernende im Bereich „Alter und Technik"? Welche Aspekte erleichtern den Zugang zu neuen Technologien, welche erschweren diesen? Und welche Handlungsempfehlungen gibt es für Lern- und Bildungsangebote in diesem Themenbereich?".[312] Ergebnis syf, dass es einen „Mangel an Informationen über moderne Technologien in der älteren Generation" gibt.[313] Dem entgegenwirkend entwickelte das Projekt Lern-Lern-Konzepte von Älteren an Ältere mit Train-the-Trainer Effekten. Dabei stellt sich heraus, dass die technische Entwicklung als Chance für die Zukunft des Alterns gesehen werden kann, besonders durch die Informationstechnologie.[314]

Technik kann ein Statussymbol sein und Freude bereiten. Dazu muss die Technik schon „in das Alltagsleben junger und mittelaltriger Erwachsener eingeführt werden, lange vor dem Auftreten sensorischer, sensomotorischer und kognitiver Beeinträchtigungen".[315] Georgieff weist darauf hin, dass Senioren nicht technikfeindlicher sind als jüngere Altersgruppen, sie nehmen „jedoch gegenüber Neuerungen eine zurückhaltende und kritische Distanz ein, die keinesfalls mit einer Technikablehnung gleichzusetzen ist".[316] Das Statistische Bundesamt

---

[308] Lindenberger u.a. 2011, S. 11

[309] ebd.

[310] Doh u.a. 2016

[311] Lindenberger 2010, S. 1

[312] Doh u.a. 2016, S. 2

[313] Doh u.a.u.a. 2016, S. 4

[314] Lindenberger 2010

[315] S. 29

[316] Georgieff 2009, S. 20

berichtet, dass im Jahr 2015 „mehr als jeder Zweite ab 65 Jahre“ einen Computer nutzt und „fast die Hälfte das Internet“. Das ist im Vergleich zu 2010 ein Anstieg von 8%.[317]

Die Technikakzeptanz wurde in dem Projekt „sentha“ (seniorengerechte Technik im häuslichen Alltag) genauer überprüft: „Über zwei Drittel der Befragungsteilnehmer sind der Meinung, man müsse bei der technologischen Entwicklung mithalten, um den gegenwärtigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Fast ein Fünftel der Älteren erlebt den Einsatz von Technik als bedrohlich, und rund 10 Prozent beurteilen selbst den technischen Fortschritt als überwiegend nachteilig für die Menschen“.[318] Um die Technikfolgenprobleme zu minimieren, ist eine Integration von späteren Nutzern in die Entwicklungsphase eine Chance der Akzeptanzsteigerung.[319]

Jedoch muss die allgemeine Skepsis zu den Punkten „Datensicherheit, der Abrechenbarkeit AAL, rechtliche Rahmenbedingungen, mangelnde Interoperabilität sowie unzureichende Passfähigkeit zu bestehenden Prozessen und Arbeitsweisen“ geklärt und gelöst werden.[320] Die Thematik der ethischen Fragen zum technikunterstützten Wohnen wird auch im siebten Altenbericht behandelt. Darin heißt es, dass „Konflikte zwischen Ansprüchen der Autonomie und Ansprüche der Fürsorge zu bewältigen und zu klären“ sind. Jedoch zeigen Studien, „dass ältere Menschen ihre physische Sicherheit bisweilen über den Schutz ihrer Privatsphäre stellen“.[321]

## 6.4 Technologie in Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein hat auf politischer Ebene erkannt, dass die technische Entwicklung und somit die Wettbewerbsfähigkeit des Bundeslandes nur durch den Ausbau der Daten-Verkehrsmenge zu einem Erfolg werden kann.[322] Jedoch haben in der Vergangenheit Interessenskonflikte zwischen Akteuren die Ausbaugeschwindigkeit gehemmt, zum Beispiel die Gründung einer Breitband-Infrastrukturgesellschaft (BIG).

---

[317] Statistische Bundesamt 2015, S. 29

[318] Georgieff 2009, S. 23

[319] Grunwald 2010, S. 61

[320] Zweck u.a.u.a. 2015a, S. 63

[321] BMFSFJ 2015, S. 252

[322] Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein 2013

Diese Entwicklung ist wichtig im Zusammenhang mit dem anvisierten Ausbau der Telemedizin (elektronische Versorgung von medizinischen Dienstleistungen) und die Steigerung der Akzeptanz und Nutzung von neuen Technologien in der Pflege[323], für die eine gut ausgebaute Breitbandinfrastruktur und Netzqualität für Echtzeitanwendungen als Basis vorhanden sein muss. Ein übergeordnetes (Infrastruktur-)Ziel ist, die Lebensqualität im gesamten Bundesland anzugleichen und ein „digitales Leben" zu ermöglichen.[324] Dabei spielt der Ausbau von Glasfaser die zentrale Rolle. Dies ist wichtig, da ein Großteil der Bevölkerung von Schleswig-Holstein in ländlichen Regionen wohnen, die durch die digitale Anbindung an Attraktivität gewinnen können und eine gesundheitliche Versorgung über elektronische Dienstleistungen gewährleistet werden könnte.[325]

Schleswig-Holstein hat eine flächendeckende Grundversorgung mit 1Mbit/s nahezu erreicht. Ziel bis 2020 ist eine Versorgung von 100 Mbit/s. Dies wird auf kommunaler/regionaler Ebene mit weiteren erheblichen Beträgen gefördert. Dadurch wird deutlich, dass Kommunen eine wichtige Rolle übernehmen, da die Wirtschaft keinen Ausbau-Anreiz in ländlichen Gebieten hat. Clustermanagement und der Verein „Digitale Wirtschaft Schleswig-Holstein" (DiWiSH) nehmen dabei eine zentrale Rolle ein.

Die Kreise Nordfriesland und Segeberg haben ebenfalls die Dringlichkeit einer modernen sozialen und technischen Infrastruktur erkannt.[326] Jedoch wird diese in Verbindung mit der Altenhilfe nicht explizit genannt.[327]

## 6.5 Zusammenfassung: Technologie bis 2045

Ein flexibel intelligentes Assistenzsystem soll für ältere Menschen eine Unterstützung darstellen, um solange wie möglich eine hohe Lebensqualität zu Hause erzielen zu können. Dabei soll es unmerklich in den Alltag integriert werden und eine Balance zwischen Über- und Unterforderung zu schaffen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müssen neue Technologien drei Kriterien erfüllen: (1.) eine positive Ressourcenbilanz aufweisen (Aufwand < Vorteil);

---

[323] siehe: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VII/Presse/PI/2016/161202_ASMK.html

[324] Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein 2013

[325] Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein 2013, S. 5

[326] Kreis Nordfriesland 2011; Kreis Segeberg 2012

[327] Beispielsweise von der Arbeitsgruppe Senioren und Pflege in dem „Masterplan Daseinsvorsorge" im Kreis Nordfriesland S. 59-61 ; oder im Abschlussbericht „Segeberg 2030"

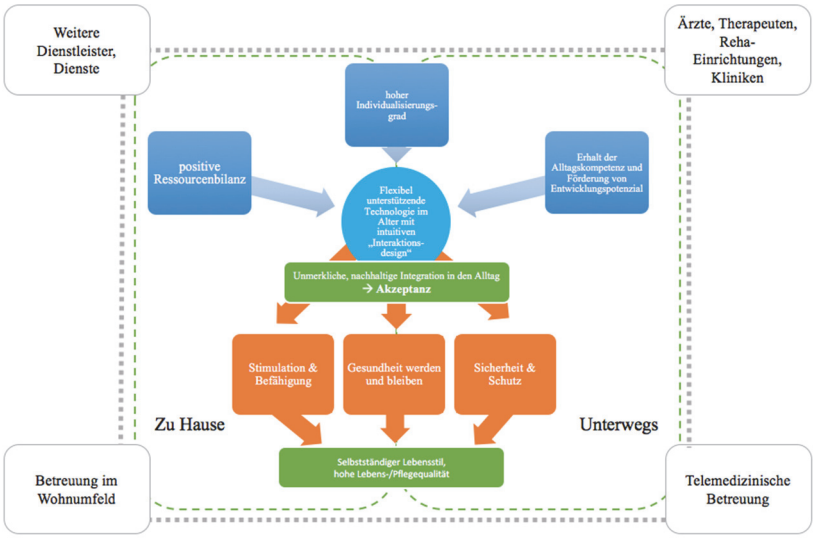
(2.) einen hohen Individualisierungsgrad und Anpassungsfähigkeit erreichen und (3.) eine Balance zwischen Unter- und Überforderung im Alltag erreichen. Ebenfalls ist die Einbindung der künftigen Nutzer in die Entwicklungsphase von Bedeutung.

Auf globaler Ebene ist die technologische Entwicklung mit keinem eigenen Nachhaltigkeitsziel angeführt, da sie als Querschnittsaufgabe gilt. Mit dem Fokus auf die Altenhilfe ist jedoch das dritte Ziel (SDG) interessant: „Gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern". Als Indikator für dieses Ziel gilt das subjektive Wohlbefinden, das durch technologische Errungenschaften beeinflusst wird. Gerade für ältere Menschen bedeutet dies die Möglichkeit von Autonomie und sozialer Teilhabe. Dies wird in der Nachhaltigkeitsstrategie auf Bundesebene wie in Schleswig-Holstein aufgegriffen. In Schleswig-Holstein wurde auf politischer Ebene erkannt, dass vor allem der Ausbau der Daten-Verkehrsmenge und der Netzwerkqualität die Teilhabe am digitalen Leben ermöglicht. Damit gewinnt besonders der ländliche Raum an Attraktivität und kann eine gesundheitliche Versorgung über elektronische Dienstleistungen in Echtzeit gewährleistet werden.

Als Technikfolgenabschätzung müssen die nicht intendierten Folgen technologischer Innovationen analysiert werden. Sie können zu Unsicherheit und Skepsis führen. Ethische wie religiöse Fragen müssen dabei beantwortet werden. Ein Beispiel ist die Forschung zum sogenannten „Transhumanismus", einer Vermischung von technischer Entwicklung und menschlichem Körper. Genomik, Neurowissenschaft, Robotik, Nanotechnologie und künstliche Intelligenz spielen dabei eine wichtige Rolle: Sie können „Menschen klüger, gesünder, glücklicher und stärker machen", das Altern gilt als eine „schlimme Krankheit". Dies macht deutlich, dass die Haltung zur Technik (Angst, Skepsis, Gewöhnung/Akzeptanz, Utopie) durch eine ethisch verantwortliche Praxis beeinflusst werden kann. Sie kann durch ein technologisch fundiertes Gesamtkonzept eine zukunftsweisende Strategie zur Erhaltung des sozialen Versorgungssystems bieten, da der demographische Wandel den Anteil der Pflegebedürftigen steigen und die Abnahme potenzieller Pflegepersonen sinken lässt. Dabei ist ein intuitives Interaktionsdesign zur Akzeptanz-steigerung förderlich. Der technische Fortschritt ist in langfristiger Perspektive ein Element, der demographischen Verschiebung gerecht zu werden.

Dennoch müssen Probleme der Wartung, der Anpassungsfähigkeit, aber auch ethische und moralische Konflikte gelöst werden, damit Prototypen als Serienmodelle mit einem funktionierenden Geschäftsmodell auf den Markt kommen. Auch die allgemeine Skepsis in Bezug

auf Datensicherheit, rechtliche und ethische Rahmenbedingungen, neue Geschäftsmodelle oder hohe Anpassungsfähigkeit durch Algorithmen muss glaubwürdig beantwortet werden.




Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 8 Ein ethisch verantwortliches technisch-basiertes Gesamtkonzept für ein seniorengerechtes Wohnen zu Hause

# 7 Mobilität

## 7.1 Barrierefreie Mobilität oder Mobilitätsbarrieren?

Mobilität bedeutet die Möglichkeit zu haben, mit Hilfe eines Verkehrsmittels ein bestimmtes Ziel zu erreichen,[328] was einen direkten Einfluss auf die individuelle Autonomie und Lebensqualität hat.[329] In diesem Zusammenhang versteht man unter ‚Verkehr' das „Instrument zur Ermöglichung von Mobilität".[330] Das Zusammenspiel zwischen Mobilität und Verkehr definiert Echterhoff unter dem Begriff Mobilitätskultur: „Die Art und Weise des Zusammenwirkens von Verkehrsteilnehmern, den Zweck der Nutzung von Mobilitätsangeboten, die Art und Weise der Kommunikation zwischen Mobilitätsnutzern sowie die Bereitstellung und Steuerung von Mobilitätsressourcen".[331] Dabei spielen ebenfalls Routine und Habitualisierung des Individuums eine entscheidende Rolle.[332]

Mobilität stellt ein Grundbedürfnis dar, jedoch ändert sich der Grund sowie die Art und Weise im Lebenslauf.[333] Durch das Eintreten des Rentenalters stehen Freizeit- und Versorgungsfahrten im Vordergrund, jedoch wächst auch das Risiko des Mobilitätsverlust und der Beweglichkeit an sich, was Mobilitätsbarrieren verursacht.[334] Beeinflussende Faktoren können von der Person und/oder ihrer Umwelt (Infrastruktur und Verkehrsraumgestaltung) ausgehen und verursachen eine allgemeine Lebensunzufriedenheit.[335] Das Ziel, eine lebenslange Mobilität zu erreichen wirft die Frage auf, wie gegen Barrieren gewirkt werden kann:[336]

---

[328] Phlepsu.a. 2015, S. 2

[329] Haverkamp 2015, S. 3; BMFSFJ 2015, S. 233

[330] Hefter/Götz 2013, S. 7

[331] Haverkamp 2015, S. 15

[332] BMFSFJ 2015, S. 256

[333] Haverkamp 2016, S. 11

[334] Hefter/Götz 2013, S. 44

[335] Hefter/Götz 2013, S. 5; BMFSFJ 2015, S. XXVI

[336] Rudingeru.a. 2012, S. 2

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 9: Das Erreichen von lebenslanger Mobilität auch mit Einschränkungen im Altersprozess

Die Zukunft der Mobilität in Deutschland und Schleswig-Holstein ist geprägt durch einen wiederkehrenden Umbruch im Aufbau des Verkehrsmittels, aber auch in der Nutzung. Schon heute ist erkennbar, dass die Menschen eine nahtlose Mobilitätskette „flexibler, spontaner und situativer“[337] nutzen möchten. Der siebte Altenbericht bemerkt dazu, dass es in diesem Feld kein Wissensdefizit gibt, sondern ein Umsetzungsdefizit.[338] Im Zusammenhang mit dem Fokus auf die Gruppe der Senioren, dem demographischen Wandel, die Unterschiede zwischen Stadt und Land und das Risiko der sozialen Ungleichheit werden zukünftige Entwicklungstrends untersucht.

## Mobilität und Sustainable Development Goals

Die im Jahr 2016 verabschiedeten SDGs gelten bis zum Jahr 2030 und streben eine nachhaltige Entwicklung durch 17 globale Ziele an.[339] In Bezug auf mögliche Zukunftsszenarien der Mobilität muss das elfte Ziel „Nachhaltige Städte und Siedlungen“ beachtet werden, da es eine Basis für die folgenden Überlegungen gibt. Der Unterziel 11.2 lautet wie folgt: „Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen“.[340] Als Indikator zur Messung der Zielerreichung ist für diese Trendanalyse der Vorschlag der Bertelsmann Stiftung und des SDSN nicht verwendbar: „Annual mean con-

[337] Phleps u.a. 2015, S. XIII; BMFSFJ 2015, S. 256

[338] BMFSFJ 2015, S. XXVI

[339] Martens/Obenland 2016, S. 8

[340] Martens/Obenland 2016, S. 90

centration of particulare matter of less than 2.5 microns of diameter (PM 2.5) (µg/m$^3$) in urban areas"; „Rooms per person"; „Improves water source, piped (% of urban population with access)".[341] Passende Indikatoren zur Messung von 11. Ziel könnten dagegen wie folgt lauten: Quality of overall (sustainable) mobility infrastructure[342]; Access to (alternative) public services (%); Accessibility of public services for people with a disability (%).

Die 'Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie' der Bundesregierung mit einer Neuauflage im Jahr 2016 dient als Grundlage der Umsetzung der Agenda 2030 und der damit beschlossenen globalen Ziele auf nationaler Ebene. Für eine nachhaltige Entwicklung ist Mobilität ein zentrales Thema und wurde schon 2012 in der „Entwicklung eines Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung" festgehalten.[343] Speziell zum elften Ziel und für unsere Trendanalyse relevant definiert die Regierung den Indikator „Endenergieverbrauch im Personenverkehr". Die Entwicklung der Ziele gehen in diesem Bereich entweder in die falsche Richtung, oder ist nicht erhoben, so der Bericht.[344] Dies bestärkt die Annahme der Notwendigkeit einer umgehenden Befassung mit der Thematik.

## 7.2 Strukturtrends

Die Altersstruktur verschiebt sich durch die abnehmende Geburtenrate sowie die steigende Lebensdauer. Dies hat direkten Einfluss auf die zukünftige Mobilitätsentwicklung in Deutschland und Schleswig-Holstein.[345] Das Durchschnittsalter, so prognostiziert man, wird bis 2030 um 2,3 Jahre zunehmen. In ländlichen Regionen sogar bis zu 3,1 – 3,5 Jahren.[346] In Schleswig-Holstein wird zwar eine Zunahme im Umland von Hamburg prognostiziert, jedoch „sehen viele ländliche Teilräume einer teilweise erheblichen Abnahme und Alterung ihrer Bevölkerung entgegen".[347] In den Kreisen Dithmarschen und Plön wird ein Rückgang von bis zu 5,7% erwartet.[348]

---

[341] Bertelsmann-Stiftung/SDSN 2016, S. 29

[342] abgeleitet von einem Indikator des Ziels neun „widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltige Industrialisierung" in Martens/Obenland 2016, S. 76; Bertelsmann-Stiftung/SDSN 2016, S. 29

[343] Die Bundesregierung 2016, S. 28

[344] Die Bundesregierung 2016, S. 38

[345] Phleps u.a. 2015, S.XII; Hefter/Götz 2013, S. 5

[346] Ramboll 2016, S. 22

[347] Ramboll 2016, S. 11

[348] Ramboll 2016, S. 22

Durch diese Entwicklung verändert sich die Familienstruktur[349] und dadurch der Anteil von Ein- und Zweipersonenhaushalten. In Bezug auf die Mobilität bedeutet das, dass „in Mehrpersonenhaushalten die Pkw-Verfügbarkeit sehr hoch“ ist, jedoch „alleinlebende Personen, die 60 Jahre und älter sind“ ohne Pkw auskommen müssen.[350] Dies verändert das Mobilitätsverhalten mit unter anderem dem Effekt, dass „die Anzahl der Wegstrecken als auch die zurückgelegten Tagesstrecken mit zunehmendem Alter tendenziell ab(nehmen)“.[351] Jedoch erkennt man seit 1976 eine Zunahme der Wegstrecken in allen Altersgruppen aufgrund des sozialen Wandels.[352] Dies gilt für gesunde Menschen, jedoch lebt im Jahr 2008 auch ein Bevölkerungsanteil von 13% mit gesundheitlichen Einschränkungen in Deutschland und der „Anteil wird mit zunehmendem Alter immer größer“.[353] Dies erhöht die Abhängigkeit von Mobilitätsangeboten (ob Rollator oder öffentlicher Nahverkehr). In Bezug auf die demographische und ländliche Entwicklung führt die Behauptung „weniger Menschen brauchen weniger Infrastruktur“ demnach zu einer zukünftigen Mobilitätsbarriere im Alter.[354]

Offensichtlich existieren soziale und geografische Unterschiede in der Mobilität. Die Bundesregierung macht in ihrem siebten Altenbericht deutlich, dass das Bildungsniveau über die Mobilität entscheidet und somit die „Dimension der sozialen Ungleichheit“ in der zukünftigen Entwicklung beachtet werden muss: „Die Hälfte des Freizeitverkehrs, der durch älteren Menschen erzeugt wird, wird von nur 12% der älteren Menschen erzeugt“.[355] In diesem Zusammenhang kann man eine Korrelation zwischen dem Arbeitseinkommen und der Autonutzung erkennen.[356] In Schleswig-Holstein liegt der Durchschnittsverdienst im Schnitt um 600 Euro niedriger als in Hessen,[357] jedoch werden „zukünftig insgesamt immer mehr ältere Menschen finanziell besser da[stehen], als in der Vergangenheit“ und einen Pkw zur Verfügung haben.[358]

Ebenfalls verstärken der lebenslange Besitz eines Führerscheins, die lange Erfahrung und Gewohnheit das Aktivitätsniveau der Senioren.[359] Hatten 1976 nur 5% der 86-90-Jährigen

---

[349] Haverkamp 2016, S. 10

[350] Hefter/Götz 2013, S. 34

[351] Ramboll 2016, S. 23

[352] BMFSFJ 2015, S. 233

[353] Hefter/Götz 2013, S. 47

[354] Haverkamp 2016, S. 12

[355] BMFSFJ 2015, S. 234

[356] BMFSFJ 2015, S. 234

[357] Statistisches Bundesamt 2016, S. 358

[358] Ebd., S. 37

[359] Hefter/Götz 2013, S. 48; Haverkamp 2015, S. 168

einen Führerschein, waren es 2008 schon rund 60%[360], 2013 waren ca. 86% und in den kommenden Jahren wird es zu einer geschlechtlichen Angleichung kommen.[361] Durch diesen Wandel wird der Anteil an „älteren Verkehrsteilnehmer sukzessiv steigen".[362] In diesem Zusammenhang wurde im Zukunfts-Projekt ‚MOBIL 2030' ein Fahrtest für Senioren andiskutiert. Ein Ergebnis war, dass negative Bezeichnungen, wie „Führerschein auf Zeit" oder „Nachprüfung", vermieden werden sollten. Eine Lösung wäre laut der Studie ein obligatorischer Test im gesamten Leben, um die „Diskriminierung älterer Verkehrsteilnehmer" zu vermeiden.[363]

*Regionale Disparität vs. flächendeckende Vernetzung.* Die Abwanderung aus ländlichen Regionen ist ein Trend, der für diese Thematik essentiell ist, denn „weniger Einwohner, Erwerbstätige und Schüler verringern die Tragfähigkeit für private und öffentliche Versorgungseinrichtungen und den öffentlichen Verkehr".[364] Rund 60% Deutschlands ist ländlicher Raum, mit hohen Anteilen in Schleswig-Holstein.[365] Das Statistische Bundesamt gibt dazu eine Grundregel an: „Je dichter die Siedlungsstruktur, desto geringer der alltägliche Radius der Aktivitäten und damit die Personenkilometer".[366] In diesem Zusammenhang steht auch die Verfügbarkeit eines Pkws, denn je größer die Gemeinde, desto niedriger ist die ständige Verfügbarkeit.[367] Der Pkw hat einen Mobilitäts-Anteil von 58% in ländlichen Regionen[368] und ist trotz leichtem Rückgang das meist-genutzte Verkehrsmittel.

Schleswig-Holstein hat eine heterogene Verteilung der Bevölkerung, mit starker Ausprägung im Süden und Osten. Somit verteilen sich 26,5% der Bevölkerung auf 80% der Landesfläche.[369] Die durchschnittliche Pkw-Fahrzeit zum nächsten Oberzentrum beträgt 36 Minuten (Stand 2014), in Dithmarschen 67 Minuten und in Nordfriesland 57 Minuten mit direkter Auswirkung auf die Lebensqualität.[370] Dies macht deutlich, dass man nicht nur zwischen Stadt und Land unterscheiden darf, sondern innerhalb von Regionen und Wohngegenden.[371]

---

[360] BMFSFJ 2015, S. 234

[361] Hefter/Götz 2013, S. 33

[362] Statistisches Bundesamt 2016, S. 345

[363] Haverkamp 2015, S. 170

[364] Bundesministerium des Innern 2010, S. 3

[365] Statistisches Bundesamt 2016, S. 340ff.

[366] Statistisches Bundesamt 2016, S. 343

[367] Statistisches Bundesamt 2016, S. 344

[368] Statistisches Bundesamt 2016, S. 340

[369] Ramboll 2016, S. 17

[370] Statistisches Bundesamt 2016, S. 353; Ramboll 2016, S. 56

[371] BMFSFJ 2015, S. 234

Daraus entwickelt sich eine negative Symbiose zwischen der demographischen und ökonomischen Entwicklung im ländlichen Raum, die zu einer Abkopplung durch Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung führen kann.[372] Dies wird auf Bundesebene durch das Raumordnungsgesetz thematisiert: „Es ist für eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sorgen"[373], was als Umsetzung des elften globalen Ziels der SDGs auf nationaler Ebene verstanden werden kann. Um der Abkopplung des ländlichen Raums entgegenzuwirken, ist eines der Ergebnisse aus dem Projekt ‚MOBIL 2030' eine „flexible Bedienform im ÖPNV zu entwickeln und anzubieten: Diese können aus einer Kombination von Bus- und Bahnverkehr sowie Anrufsammeltaxen und Rufbussen bestehen".[374] Die Konsequenz wäre eine „Novellierung des Gesamtsystems"[375].

*Individualverkehr vs. multimodale Mobilität.* In Schleswig-Holstein „werden jährlich ca. 3,8 Milliarden Wege zurückgelegt"[376] mit einem Zuwachs von 5% bis 2030.[377] 83% davon finden innerhalb der 11 Kreise oder 4 Städten statt.[378] Es besteht eine starke Nord-Süd-Orientierung des Straßen- und Schienenverkehrs, das Verkehrsnetz ist insgesamt gut ausgebaut. Neben der stets dominanten Bedeutung des „motorisierten Individualverkehrs" (MIV), in Schleswig-Holstein wird eine 10%-Zunahme der Pkw-Nutzung durch den Trend der Zentralisierung bis zum Jahr 2030 prognostiziert[379], zeigen zeitübergreifende Statistiken der „Kontinuierlichen Erhebung zum Verkehrsverhalten" von 1982 – 2013, dass der sogenannte „Modal Split" steigt[380] und somit das „Verkehrsverhalten der Bevölkerung zunehmend multimodaler und intermodaler" wird.[381] Bis in die 1960er Jahre waren Post- und Personenbeförderung gekoppelt und es war üblich zu Trampen, was durch den eigenen Pkw verdrängt wurde.[382] Letzteres wird heute wieder durch sogenannte Mitfahrzentralen eingeführt. Eine mögliche Alternative zum „klassischen Linienbusverkehr" wäre demnach die logistische Kombination von „diversen Mobilitätsdienstleistern (z.B. Paketdienste, Lieferdienste, Behindertenfahrten, Bus- und

372 Statistisches Bundesamt 2016, S. 350

373 Haverkamp 2015, S. 173

374 Haverkamp 2015, S. 172

375 Bundesministerium des Innern 2010, S. 4

376 BMVI in Ramboll 2016, S. 26

377 Ramboll 2016, S. 29

378 Ebd.S. 27

379 BMFSFJ 2015, S. 235; Ramboll 2016, S. 31; Aus der Studie ist nicht zu erkennen, ob es sich um eine absolute oder anteilige Zahl handelt.

380 Statistisches Bundesamt 2016, S. 342

381 Ramboll 2016, S. 11

382 Bundesministerium des Innern 2010, S. 6

Taxifahrten, Abholdienste von Hotels, Krankenfahrten)".[383] Dies wird von der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft umgesetzt: „Der KombiBus versorgt mittlerweile auch Dorfläden mit Lebensmitteln und stärkt so die Nahversorgung".[384] Allerdings besitzen lediglich „10 Prozent der Rentner in Deutschland irgendeine Form der Dauerkarte für den ÖPNV"[385] und gehen eher zu Fuß (60% der über 70-Jährigen).[386] Zudem zeigen die Daten dass das Geschlecht eine Rolle bei der Wahl des Verkehrsmittels spielt: Frauen gehen eher zu Fuß, Männer benutzen häufiger die ÖPNV.[387] Längere Strecken werden dennoch auch im Alter mit dem Pkw als Fahrer oder Mitfahrer getätigt.[388] Als Gegenkonzept für Versorgungsmöglichkeiten von Senioren sieht der siebte Altenbericht dezentrale, kleinräumige und alternative Versorgungskonzepte (Dorfläden, mobile Dienste und Lieferservice).[389]

Bemerkenswert ist, dass 80% der deutschen Haushalte ein Fahrrad besitzen: „Bei den 70- bis unter 80-Jährigen liegt dieser Anteil bei immerhin noch 67 Prozent, sowie bei über 80-Jährigen noch bei knapp 43 Prozent".[390] In einer anderen Studie wird festgestellt, dass der Anteil der „Wege mit dem Fahrrad im Alter von 60 bis 85 Jahre mindestens genauso groß ist, wie bei der Gruppe der 18 bis 59-Järigen".[391] Auch hier ist ein Stadt-Land-Unterschied ersichtlich: „In Großstädten greifen ältere Menschen häufiger auf den ÖPNV zurück, während sie in kleineren Orten eher das Fahrrad benutzen.[392] Die Beratungsfirma Ramboll nennt für Schleswig-Holstein eine Zunahme von 7% der Fahrradbesitzquote bis 2030.[393] In Zukunft werden Mobilitätsbarrieren durch eine Mobilitätskette aus verschiedenen Verkehrsmitteln behoben.[394] Dennoch wird in dem Projekt ‚MOBIL 2030' klar, dass die nötige Infrastruktur weg von der zentrierten Autoorientierung sowie neue Konzepte der Finanzierung für Fuß- und Radverkehr implementiert werden müssen.[395] Die Straße solle zum Lebensraum werden (shared

---

383 Bundesministerium des Innern 2010, S. 6

384 Der Paritätische Gesamtverband 2014, S. 40

385 Hefter/Götz 2013, S. 36

386 Hefter/Götz 2013, S. 38; BMFSFJ 2015, S. 235

387 Hefter/Götz 2013, S. 39

388 Boenke 2014, S. 34

389 BMFSFJ 2015, S. 256

390 Hefter/Götz 2013, S. 36

391 Boenke 2014, S. 34

392 Boenke 2014, S. 35

393 BMVI in Ramboll 2016

394 Boenke 2014, S. 40; BMFSFJ 2015, S. 256

395 Haverkamp 2015, S. 170ff.

space.[396] Dies steht im Einklang mit dem Unterziel 11.2 der SDGs. Tabelle 1 bietet eine Auswahl von abgeschlossenen Projekten zu diesen Themen.

Neben altersbedingten Veränderungen entscheidet die Verkehrspolitik auf mehreren politischen Ebenen über die Infrastruktur. Um globale Ziele zu erreichen muss auf lokaler Ebene nach dem Prinzip „Think global, act local" gehandelt werden.[397] Der demographische Wandel zwingt die Politik zu einem Überdenken einer ganzheitlichen, barrierefreien Verkehrsinfrastruktur für Alle.[398] Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gab im Jahr 2016 an, dass „ohne Mobilität keine Prosperität" in einer Region entsteht.[399] Entsprechend wurde der ‚Bundesverkehrswegeplan 2030' (BVWP 2030) beschlossen. Eines der Ziele lautet eine Verbesserung in den Erreichbarkeiten und der Anbindungsqualität[400] und dass eine „ungehinderte Mobilität" in Zukunft anvisiert wird.[401] Als ein wichtiger, aber nicht unproblematischer Umbruch erscheint die neue Generation an Projekten von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP).[402] In diesem Zusammenhang ist ein ‚bottom-up'-Entscheidungsprozess wichtig,[403] um in Zukunft keine „technokratische Verkehrsplanung" zu haben.[404] Die Bundesregierung baut auf eine ressortübergreifende Planung zwischen Sozialpolitik, Stadt- und Verkehrsplanung und der Technikentwicklung.[405]

Tabelle 1: Eine Auswahl an abgeschlossenen Projekten zur Analyse des Mobilitätverhaltens von Senioren

Quelle: Hefter & Götz 2013, S. 9ff.

| Projekt | Dauer | Ziel | Umsetzung/Erkenntnis |
|---|---|---|---|
| Erhaltung von Mobilität zur sozialen Teilha- | 1995-1996 | „Der Schwerpunkt lag auf „der Erforschung von Bedürfnissen, Verhaltensweisen, Motiven und Problemen | Die Lebensqualität im Alter wird durch die Mobilität direkt beeinflusst: „Dies legt die Vermutung nahe, dass ein Mobilitätsrückgang kein freiwilliger altersbedingter Rück- |

396 Ebd., S. 171

397 WEF 2016

398 Boenke 2014, S. 59ff.; Haverkamp 2015, S. 167

399 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2016

400 ebd., S. 5

401 Haverkamp 2016, S. 20

402 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2016, S. 3

403 Haverkamp 2016

404 Haverkamp 2015, S. 173

405 BMFSFJ 2015, S. 257

| | | | |
|---|---|---|---|
| be im Alter | | älterer Menschen im Hinblick auf ihre realisierte und gewünschte Mobilität“ | zug ist, sondern eine notgedrungene Reaktion auf die eingeschränkten Möglichkeiten“. |
| FRAME: Freizeitmobilität älterer Menschen | 2000 - 2003 | Die Untersuchung des Freizeit- und Verkehrsverhalten älterer Menschen im urbanen, suburbanen und ländlichen Raum. | Die „durchschnittliche Aktivitätshäufigkeit“ unterscheidet sich „je nach Raumstruktur“. Im ländlichen Raum ist der Anteil von ÖPNV und zu Fuß niedriger als im urbanen Raum. |
| MOBIAL: Mobilität im höheren Lebensalter | 2007-2008 | „Untersuchung des Verkehrsverhaltens und der Mobilitätsbedürfnisse, -motive und Einstellungen älterer Menschen“. | Ältere Menschen gehen häufig zu Fuß, um Gefahren (Überforderung, Unfallangst, Kriminalität) zu vermeiden. „Die regelmäßige ÖPNV-Nutzung nimmt mit zunehmendem Alter insgesamt zu. Der Anteil derjenigen, die den ÖPNV vollständig meiden, wächst ebenfalls. Es wurde außerdem festgestellt, dass die Einschätzung, die ÖPNV-Nutzung sei zu kompliziert mit zunehmendem Alter immer mehr ansteigt“. |
| COMPAGNO | 2012-2015 | Das Projekt hat zum Ziel „einen Beitrag zu leisten, damit sich Menschen bis ins hohe Alter selbstständig und sicher bewegen und Fortbewegungsmittel für die aktive Teilhabe und Versorgung nutzen können“. | Eine „Mobilität unterstützenden Dienst“ (MuD) wird entwickelt. Das digitale Gerät ist ein persönlicher Begleiter zur Mobilitätssteigerung. Mehrere Verkehrsmittel werden verbunden und individuell auf den Senior angepasst. |

*Technologieentwicklung in der Mobilität.* Der technologische Fortschritt sowie die Digitalisierung haben einen hohen Einfluss auf die zukünftige Mobilitätsentwicklung, im und rund um die Antriebstechnologie.[406] Es soll vorhandene Lösungen optimieren (Vernetzung und digitale Erhebung), jedoch müssen ebenso Persönlichkeitsrechte beachtet werden.[407] Mit Blick auf die Antriebstechnologie verfolgt die Bundesregierung das Ziel, bis 2020 eine Millionen Elektrofahrzeuge auf die Straßen Deutschlands zu bekommen.[408] In Schleswig-Holstein sind 740 reine Elektroautos und 3808 Hybridautos zugelassen mit einem Ziel von ca. 35.000 Elektroautos bis zum Jahr 2020. Bis zum Jahr 2035 soll die Busfahrflotte komplett auf Elektroan-

[406] Ramboll 2016, S. 14

[407] Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein 2016, n.d.

[408] Die Bundesregierung in Ramboll 2016

trieb umgestellt sein.[409] Durch steigende Anschaffungskosten eines eigenen PKW werden in Zukunft vernetzte Alternativen attraktiv (Car-Sharing, Pooling, Fahrgemeinschaften, ÖPNV, Mikrofahrzeuge, E-Autos). Neben der Förderung von Elektrofahrzeugen ist der Ausbau von Ladestationen, Sharing-Angeboten, Park-and-ride sowie Bike-and-ride-Angeboten, Nahverkehr und die Mitnahme von Mobilitätshilfen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen (z.B. Rollstühlen) zentrale Themen. Elektrobetriebene Züge des Typs FLIRT der Nordbahn[410] und TWINDEXX-Züge[411] zwischen Hamburg, Kiel und Flensburg werden bereits eingesetzt. Der „Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und wachsender Verkehrsleistung" soll damit reduziert/aufgelöst werden.[412]

*Das autonome Fahren.* Eine weitere Chance zur Steigerung der Lebensqualität im Alter könnte das autonome Fahren bieten, also fahrerlos und vollautomatisiert.[413] Die Mobilität würde, so die Hoffnung, dadurch sicherer und entspannter durch die Kommunikation zwischen den Fahrzeugen und mit der Verkehrsinfrastruktur, freilich jedoch mit Datensicherheitsrisiken.[414] Prognosen geben an, dass eine $CO_2$-Emissionsreduktion von bis zu 90% erreicht werden kann.[415] Dazu „müssen vor allem ältere Menschen durch die Entwicklung und Förderung digitaler Kompetenz in die Lage versetzt werden, neue digitale Mobilitätslösungen und mobilitätsrelevante digitale Angebot auch tatsächlich anwenden und nutzen zu können".[416] Eine ADAC-Mitgliederumfrage (2016) ergab, dass 40 Prozent der Befragten glauben, dass „in 11 bis 20 Jahren" autonome Fahrzeuge „zur Nutzung im normalen Straßenverkehr in Deutschland zugelassen werden".[417] Man erhofft dadurch eine „Fahrerleichterung/-ermöglichung für bestimmte Personengruppen (z.B. bei älteren Menschen)".[418] Jedoch muss dies in Zusammenhang mit der Frage gesehen werden, ob die Befragten das autonome Fahren nutzen würden. Dem stimmten ein Drittel zu, jedoch auch ein Drittel dagegen[419], was darauf hindeutet, dass noch eine hohe Skepsis besteht. Dennoch sind neue Geschäftsmodelle, wie bei-

---

[409] Ramboll 2016

[410] siehe: http://www.nordbahn.de/unternehmen/fahrzeuge.html

[411] siehe: http://www.nahverkehrhamburg.de/neue-bahn-waggons-zwischen-hamburg-kiel-und-flensburg-3267/

[412] Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein 2016, n.d.; Phleps u.a.u.a. 2015, S. 17

[413] BMVI in Ramboll 2016, S. 26

[414] Phleps u.a. 2015, S. 20

[415] Konrad Adenauer Stiftung 2016, S. 17

[416] Ramboll 2016, S. 57

[417] ADAC 2016, S. 5

[418] ebd., S. 7

[419] ebd., S. 6

spielsweise eine „selbstfahrende CarSharing-Flotte“ möglich.[420] Darauf weist auch der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. in einem Positionspapier hin, denn „das autonome Fahrzeug könnte ein Teil des öffentlichen Verkehrssystems werden – es könnte aber auch in weiten Teilen die Existenz des heutigen öffentlichen Nah- und Fernverkehrs in Frage stellen“.[421] Dieser Trend müsse vom ÖPNV erkannt und als Chance umgesetzt werden, so der VDV.

*Mobilitätsroboter.* Weitere technische Entwicklungen findet man auch für Menschen mit Beeinträchtigungen: der Mobilitätsroboter.[422] In der Altenbetreuung können „intelligenten Assistenzsysteme“ in der zukünftigen Pflege helfen,[423] beispielsweise Rollatoren mit Navigationsgeräten sowie Rollstühle mit Fahrassistenz mithilfe von Sensoren und Kameras. Zu diesem Feld zählt auch die technische Entwicklung, die auf den (physischen) Erhalt, oder Wiedergewinnung, der Mobilität fokussiert. Sogenannte Exoskelettroboter, z.B. „Ekso Bionics“ oder „Cyberdyne“, sind Anzüge zur Unterstützung des eigenen Körpers.[424] Ein Artikel in der Zeitschrift ‚Technology Review’ beginnt mit der Überschrift „Kraftanzug statt Gehstock“ und beschreibt den in der Testphase befindenden ‚Superflex’. Dies ist ein sensorengesteuerter Anzug, der Senioren körperlich unterstützen soll, um „dem Individuum seine Würde zurückzugeben“ und die Lebensqualität zu erhöhen.[425] In diesem Zusammenhang schreibt der Paritätische Gesamtverband, dass Mobilitätstrainings und –Schulungen mit den Hilfsmitteln wichtig sind.[426] Sie schlagen eine Ausweitung der ambulanten Präventionsmaßnahmen vor, um die Mobilität zu erhalten (z.B. Bewegungskurse „Tanzen mit Rollator“, Sturzprävention).[427]

*Drohnen.* Ebenfalls bietet die technische Entwicklung von Drohnen, also „unbemannte Flugzeuge oder Hubschrauber“ eine zukünftige Mobilitätsform. Sie können als Lieferdienste benutzt werden, denn „bereits heute könnten Drohnen Pakete von bis zu 2,5 Kilo transportieren

---

[420] Konrad Adenauer Stiftung 2016, S. 17

[421] VDV 2015, S. 1

[422] Kreisseniorenrat-Böblingen 2012

[423] Konrad Adenauer Stiftung 2016, S. 18

[424] Kreisseniorenrat-Böblingen 2012

[425] Brewster 2016; V. Bartenbach, Exoskelett-Froscher an der ETH Zürick in Brewster 2016

[426] Paritätischer Gesamtverband 2014, S. 38

[427] ebd. S. 39

und pro Lieferung 16 Kilometer zurücklegen".[428] In Dubai werden im Juli 2017 erstmals kleine Taxidrohnen fliegen, die komplett computergesteuert sind.[429]

## 7.3 Kulturtrends

Wie bereits in dem vorherigen Kapitel genannt, beeinflusst die Einstellung und die Inklusion der Zielgruppe der Senioren maßgeblich den Erfolg von innovativen Lösungen. Ebenso ist die Mobilität „maßgeblich vom gesellschaftlichen Trend geprägt".[430] Einer ist die steigende ökologische und gesundheitliche Verantwortung innerhalb der Gesellschaft. Damit steigt die Nutzung von umweltfreundlichen Alternativen (ÖPNV, Bus, Car-Sharing, Elektromobilität, usw.),[431] was wiederum die Ziele der Dekarbonisierung auf globaler, europäischer und deutscher Ebene erfüllt. [432] Eine Studie des Umweltbundesamts ergab, dass sich 80% der TeilnehmerInnen dafür aussprachen „Städte und Gemeinden so umzugestalten, dass man weniger auf das eigene Auto angewiesen ist. Bei Jugendlichen beträgt dieser Anteil sogar über 90%".[433] Der Pkw ist gerade bei jüngeren Menschen als „Prestigeobjekt" immer weniger relevant.[434] Jedoch „wird sozial von fast allen erwartet, mobil zu sein".[435] Durch den Kohorteneffekt wird dies in Zukunft eine wichtige Einstellung der Senioren sein.[436]

## 7.4 Mobilität in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein erkennt man auf politischer Ebene den Trend zu einer erhöhten Mobilität durch den Trend der Zentralisierung.[437] Dabei stellt die Landesegierung bestimmte Anforderungen an zukünftige Lösungen nach dem Prinzip „Erhalt vor Neubau": „Sie müssen kostengünstig, sozial, barrierearm, stabil und verlässlich, klima- und ressourcenschonend, mög-

---

428 Konrad Adenauer Stiftung 2016, S. 17

429 FAZ 2017

430 Ramboll 2016, S. 24

431 Ramboll 2016, S. 24

432 Phleps u.a. 2015, S. 17

433 Ramboll 2016, S. 25

434 Statistisches Bundesamt 2016, S. 346; Ramboll 2016, S. 24

435 Statistisches Bundesamt 2016, S. 341

436 Ramboll 2016, S. 57

437 Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein 2016, n.d.; BMFSFJ 2015, S. 234

lichst leicht und schnell verfügbar sowie gleichzeitig sicher und wirtschaftlich sein".[438] Damit wird das elfte Ziel der SDGs ebenfalls auf Landesebene verfolgt. Da das Straßennetz zu einem Drittel sanierungsbedürftig ist, beschloss die Landesregierung den ganzheitlichen Infrastruktur-Modernisierungs-Programm ‚IMPULS 2030' sowie das ‚Bündnis für die Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein'. Die Leitfrage lautet: „Wie können die Mobilitätshemmnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen (z.B. Menschen mit Behinderung, ältere Menschen) ausgeglichen werden?".[439] Der Einsatz von intelligenten Verkehrssystemen und kosteneffizientem Management sind maßgeblich. Neue Modelle mit Potenzial im ländlichen Raum werden erprobt. Beispiele sind Bürgerbusse, ehrenamtliche CarSharing-Modelle (Gemeindebus, Dorfauto), oder ehrenamtlich organisierte Internetportale.[440]

*Kreis Nordfriesland*

Im Jahr 2011 verabschiedete der Kreis Nordfriesland seinen „Masterplan Daseinsvorsorge" mit dem Unterpunkt „Erreichbarkeit und Mobilität".[441] Darin ist die Entwicklung eines „flexiblen Nahversorgungssystem für alle Generationen" vorgesehen, „das kreisweit existenzsichernde Infrastruktur, Nahversorgung, ärztliche Versorgung etc. ebenso bedient wie Kultur- und Freizeitangebote".[442] Auch darauf aufbauend veröffentlichte das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur[443] die Studie über eine „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen: Demographische Herausforderungen, interkommunale Kooperationen und Mobilitätsstrategien am Beispiel Nordfriesland". Nordfriesland ist dabei eine der Modellregionen im Förderprogramm „Demographischer Wandel – Region schafft Zukunft", um eine öffentliche Daseinsvorsorge in Zukunft zu sichern.[444]

Beispiele zur Steigerung der Mobilität im Alter sind das Patenticket oder der Bürgerbus (von Bürgern für Bürger) in der nordfriesischen Gemeinde Ladelund. Dieser hält vor dem Seniorenheim und fährt für einen Euro direkt zum 10 km entfernten Arzt. Er verbindet die Gemeinden Leck, Achtrup, Karlum, Bramstedtlund, Westre und Süderlügum. Dieses Projekt wurde ebenfalls auf Fehmarn und Malente umgesetzt. Die Projektee organisieren sich in der Ar-

---

[438] Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein 2016, n.d.

[439] Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein 2016, n.d.

[440] Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein 2016, n.d.

[441] Kreis Nordfriesland 2011, S. 14

[442] Kreis Nordfriesland 2011, S. 14

[443] BMVI 2013

[444] ebd. S. 4

beitsgemeinschaft „BürgerBusse in Schleswig-Holstein“.[445] Auch in anderen Regionen und kleinen Gemeinden existiert das Problem, dass ÖPNV-Angebote hohe Kosten pro Einwohner mit sich bringen. Die Gemeinde Kolkerheide diskutiert daher „die Option von Mobilitätsgutscheinen für Senioren“ zur Mobilitätssicherung.[446] Eine andere Lösung findet die Gemeinde Garding als „Patientenbusse oder Marktbusse“, denn „solche Angebote sind auch ein fahrender „sozialer Treffpunkt““.[447] Dies macht den Handlungsbedarf auf lokaler Ebene durch einen „integrierten Kooperationsraum- und Mobilitätskonzept“[448] deutlich. Dazu zählt auch das Projekt des „Rufbusses“, der 18 Teilregionen im Kreis Nordfriesland ab 2018 verbinden soll. In Bezug auf den demographischen Wandel soll es eine neue Struktur des existierenden Busliniennetzes geben.[449] Das Projekt beruht auf dem Best-Practice aus Salzwedel (Sachsen-Anhalt) und setzt ehrenamtliches Engagement voraus. Ein weiteres zukünftiges Projekt in Nordfriesland ist eine App-Entwicklung, um „private und professionelle Car- und Pedelec-Sharing-Angebote in Echtzeit anzuzeigen, zu buchen und zu bezahlen“.[450]

*Kreis Segeberg*

Der Kreis Segeberg verfolgt ein integriertes Klimakonzept mit Mobilität als eines der Schwerpunkte. Die Infrastruktur für E-Mobilität (Fahrrad, Pkw, Busse) steht beispielsweise im Fokus.[451] Durch das Projekt ‚Segeberg 2030‘ werden die Themen Demographie und Daseinsvorsorge behandelt und zukünftige Strategien entwickelt. Darunter fällt der „Ausbau einer seniorenfreundlichen Infrastruktur“ und „infrastruktureller Grundausstattung im ländlichen Raum“.[452] In der Beschlussvorlage der Kreisverwaltung Segeberg wird explizit genannt, dass ein Leitbild „demographische Entwicklung“ entwickelt werden soll, dass „ein bedarfsorientierter ÖPNV, der den Mobilitätsanforderungen aller Menschen gerecht wird“ behandelt.[453] Dies wird in einer Arbeitsgruppe ‚ÖPNV/Mobilität‘ mit der Einführung eines „Mitfahrnetzwerks Kreis Segeberg“ konkretisiert.[454] Als Projektbeginn war Ende 2016 angegeben[455] mit der Ziel-

[445] ndr.de 2015
[446] ebd. S. 34
[447] ebd. S. 35
[448] ebd. S. 42
[449] shz 2016
[450] shz 2016
[451] Kreis Segeberg 2012, S. 85
[452] Landkreis Harburg 2014, n.d.
[453] Kreis Segeberg, 2016a, Ziffer 5.2, S. 4
[454] Kreisverwaltung Segeberg 2016b
[455] ebd. S. 18

gruppe der Senioren als Schwerpunkt.[456] Eine Hilfestellung des Online-Angebots ist ebenfalls berücksichtigt: „Angedacht sind zum einen Personen, die den älteren Menschen die Nutzung der entsprechenden Handy-Apps erklären („App-Mentoren“) sowie eine Mobilitätszentrale.[457] Themen wie „Barrierefreiheit im ÖPNV und Förderung der Nahmobilität in den Kommunen des Kreises“ sind am Rande behandelt und sollten weiter verfolgt werden.[458] Diese Entwicklung zeigt den Trend hin zu digitalen, vernetzten Mobilitätslösungen. Die Anwendung von Informations- und Kommunikations (IuK)-Technologien ist zentraler Punkt, jedoch ist die Kenntnis „bei der wachsenden Zielgruppe der Senioren derzeit nicht uneingeschränkt vorhanden.[459] Dies muss bei der Implementierung stets beachtet werden, wie der Kreis Segeberg erkannt hat.

## 7.5 Zusammenfassung: Mobilität bis 2045

Die Lebensqualität und –zufriedenheit sowie die soziale Teilhabe werden von den Mobilitätsmöglichkeiten direkt beeinflusst. Allerdings entscheiden auch das Bildungsniveau, die ökonomische, soziale und geografische Lage über mögliche Mobilitätsbarrieren. Die Verschiebung der Altersstruktur und die Abwanderung, Entjüngung und Alterung sowie mögliche Abkopplung auf dem Land haben direkte Konsequenzen für die zukünftige Mobilitätsentwicklung. Hinzukommt, dass im Alter gesundheitsbedingt das Risiko des Mobilitätsverlusts und fehlender Beweglichkeit wächst. Ziel ist somit, die lebenslange Mobilität als Grundbedürfnis zu sichern. Dabei ist der Pkw gerade bei jüngeren Menschen als Prestigeobjekt immer weniger relevant, jedoch muss man weiterhin mobil sein. Diese Überzeugung wird die jüngere Generation mit ins Alter nehmen.

Um die PKW-Abhängigkeit zu senken wird eine flexible Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsmittel angestrebt (Bus, Bahn, zu Fuß, Fahrrad, Rufbus, Anrufsammeltaxi, usw.). Ehrenamtliches Engagement bildet eine bedeutende Stütze des Nahverkehrs. Jedoch steigen ältere Menschen eher von der Pkw-Nutzung auf das Fahrrad oder zu Fuß um, als den ÖPNV zu benutzen. Gründe sind Unsicherheit und Ängste (Komplexität, Digitalisierung). Schulungen und Trainings können dabei helfen, digitale Dienstleistungen zu nutzen. Die Vernetzung von

[456] ebd. S. 98

[457] ebd. S. 98ff.

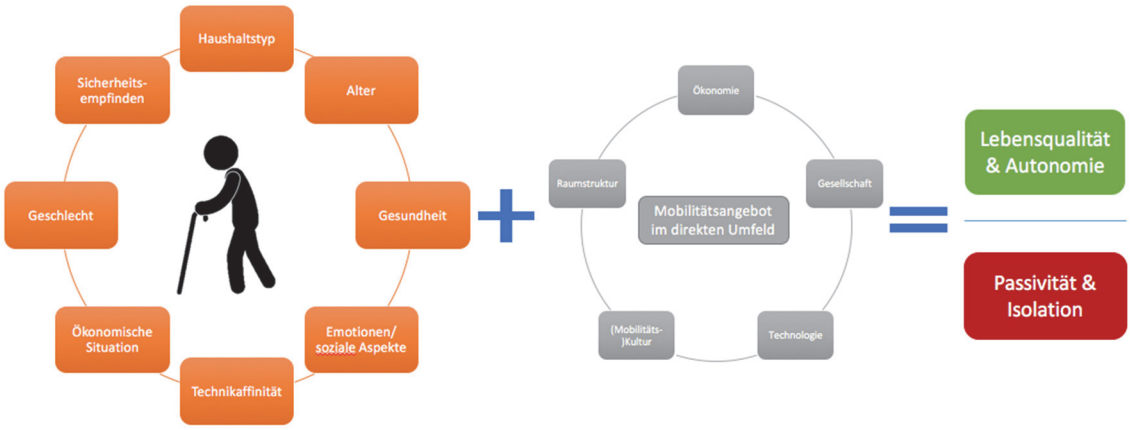
[458] ebd. S. 19

[459] BMVI 2013, S. 30

Mobilitäts-dienstleistern (Paketdienste, Busse, Abholdienste, Lieferdienste, usw.) stellt eine weitere Lösung dar, aber auch Produktlieferungen zu den älteren Menschen auf dem Land, beispielsweise durch Verkaufswagen und Dorfläden. Für ältere Menschen ist die Aneignung von digitaler Kompetenz notwendig, um technische Hilfsmittel, wie mobile Dienstleistungen und Assistenz-systeme optimal anwenden zu können. Diese haben das Potenzial, die Altenbetreuung und Pflege zu revolutionieren. Ein Beispiel ist die Entwicklung von Exoskelettrobotern zur Unterstützung des Körpers.

Das Ziel 11 der Sustainable Development Goals ‚Nachhaltige Städte und Siedlungen' definiert auf globaler Ebene die zukünftigen Rahmenbedingungen der Mobilität. Die Absicht ist, bis 2030 ein nachhaltiges Verkehrssystem für alle aufzubauen, mit besonderem Schwerpunkt auf öffentliche Verkehrsmittel. Auf internationaler Ebene ist die Dekarbonisierung der Mobilität das Ziel, auf individueller Ebene steigt das Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein. Somit werden umweltfreundliche Alternativen zum Pkw auf mehreren Ebenen verlangt. Ältere Menschen werden in Zukunft gesünder, aktiver und mobiler und benötigen dafür das passende, flexible Mobilitätsangebot auch ohne Pkw. Dies muss besonders im ländlichen Raum durch eine Verbesserung der Infrastruktur realisiert und auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene mit angepassten Strategien gefördert werden. Eine ganzheitliche, barrierefreie und flexible Verkehrsinfrastruktur wird auf allen politischen Ebenen gefordert, die in einem partizipativen Prozess aller betroffenen Akteure beschlossen werden sollte. Die Kreise Nordfriesland und Segeberg haben dazu generationenübergreifende Zukunftsstrategien entwickelt, um den Entwicklungen durch den demographischen Wandel entgegenzutreten: Patenticket, Bürgerbus, Mobilitätsgutscheine für Senioren, Marktbusse, Rufbusse, App-Entwicklungen für Car- und Pedelec-Sharing Angebote, Mitfahrnetzwerk.

Die folgende Abbildung zeigt zusammenfassend von links die Einflussfaktoren auf der individuellen Ebene, dessen Ausprägung in der Summe zusammen mit den Charakteristiken des Umfelds darüber entscheiden, ob eine Autonomie und Lebensqualität des älteren Menschen erreicht wird, oder ob der Mensch in Passivität und Isolation seine letzten Jahre verbringt:




Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 10 Individuelle Faktoren verknüpft mit der Mobilitätskultur der Umwelt entscheiden über Lebensqualität und Autonomie, oder Passivität und Isolation

# 8 Zusammenfassung: Altenhilfe 2030 / 2045

Die Ergebnisse aller 7 Trendanalysen werden zusammengeführt. Ziel: Gestaltungsinstrument, Manual, Handreichung für Fragen, Veranschaulichungen, Impulse und Möglichkeiten für den Zukunftsszenario-Prozess hinsichtlich:

- Gestaltungsoptionen für Altenhilfe und Altenpolitik
- Entwicklungsoptionen für Kommunen, Kreise und Land
- Veranschaulichung von Gestaltungsspielräumen
- Identifizierung von Kooperationsfeldern
- Impulse für Strategien der Problemlösung und Konfliktbewältigung

Schlussfolgerungen aus den Trendanalysen: Hinweise auf mögliche Partizipationsfelder, -perspektiven auf verschiedenen Ebenen (Mikro-, Meso-, Makro-), mit verschiedenen Zeithorizonten sowie verschiedenen Stakeholdern/Akteursgruppen.

# 9 Zur Methodik der Trendanalysen

## 9.1 Datenanalysen

Die Datenanalyse erfolgte in Form von Desktop-Research im Zeitraum September 2016 bis Februar 2017. Beteiligt waren Sophie Peter, Franz Hiss und Michael Opielka (verantwortlich).

## 9.2 Expertengespräche

Im Rahmen der Trendanalysen wurden insgesamt 19 Interviews mit 22 Expertinnen und Experten zur Altenhilfe in Schleswig-Holstein geführt. Alle Interviews wurden elektronisch aufgenommen, mit der Transkriptionssoftware f4 transkribiert und werden im Rahmen des Projektes mit MaxQDA ausgewertet (exemplarische Interviewpassagen tiefenhermeneutisch und Grounded Theory). Für die vorliegende Fassung erfolgte eine Auswahl zentraler Interviewpassagen. Die Expertengespräche wurden durch das Kern-Projektteam geführt (Prof. Opielka: Deicke, Engler, Dr. Kahler, Loheide; alle anderen durch Sophie Peter).

| Laborregion Kreis Segeberg |
|---|
| Jan Peter Schröder, Landrat - Kreis Segeberg |
| Stephan Suckow (Qualitätsmanagement) / Claus von See (Geschäftsführer) / Pastor Andreas Kalkowski (Direktor) - Landesverein der Inneren Mission, Rickling |
| Michael Steenbuck, Geschäftsführer - Diakonisches Werk des Kirchenkreises Plön-Segeberg |
| Anja Voss, Leitung Fachamt Soziale Sicherung, Kreis Segeberg |
| Marion Junker, Stadt Norderstedt – Sozialamt |
| Ulrich Mildenberger, Pflegestützpunkt Segeberg |
| Jörg Wrage , Bürgermeister, Amt Boostedt-Rickling |
| Ute Algier, Mitglied des Sozialausschusses Segeberg, Vorsitzende LAG |
| Anke Pawlik, Vorsitzende des Kreisseniorenbeirats des Kreises Segeberg und des Seniorenbeirats Groß Kummerfeld |
| Ludger Langen, Geschäftsführung IBAF gGmbH – Institut für berufliche Aus- und Fortbildung |

| Laborregion Kreis Nordfriesland |
| --- |
| Claus Röhe, Leitender Verwaltungsbeamter - Amt Nordsee-Treene |
| Dieter Harrsen, Landrat Kreis - Nordfriesland |
| Herbert Lorenzen, Amtsdirektor - Amt Eiderstedt |
| Herr Schümann, Geschäftsführer Diakonisches Werk Husum |

| Überregional |
| --- |
| Heinrich Deicke, Geschäftsführer - Diakonie Altholstein<br>Jörn Engler, Theologischer Vorstand - Stiftung Diakoniewerk Kropp |
| Dr. Barbara Kahler, Leiterin Arbeitsfeld IV Alter, Pflege, Rehabilitation, Gesundheit, Steuerung sozialer Dienste - Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V |
| Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik - Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband |
| Dr. med. Barzel, Fachärztin für Allgemeinmedizin, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Zentrum für Psychosoziale Medizin, Institut für Allgemeinmedizin |
| Hannes Eilers, Fachhochschule Kiel, Fachbereich Informatik & Elektrotechnik, Institut für angewandte Informatik |
| Ulf Werner, Optimedis AG / Hamburg, Senior Manager Integraded Care and Corporate Communications |

In der vorliegenden Fassung wurden die Expertengespräche als Hintergrundinformation genutzt. Markante Interviewpassagen wurden den jeweiligen Trendanalysen zugeordnet.

## 9.3 Trendanalysen für die Szenarioentwicklung - der Projektrahmen ZASH2045

Die Trendanalysen bilden das erste Element des Projektes „Zukunftsszenario Altenhilfe Schleswig-Holstein 2030/2045“. Im Folgenden soll der gesamte Projektverlauf für ein besseres Verständnis und zur Einordnung der Trendanalysen beschrieben werden.

Im Folgenden werden die Module für die Initiierung des Szenario-Prozesses „Altenhilfe Schleswig-Holstein“ beschrieben. Die Module dienen dem *Ziel der systematischen Früherkennung relevanter Entwicklungen* insbesondere auf der Bedarfsseite sowie dem Ziel, Chancen und Risiken für die strategische Entwicklung der Altenhilfe in Schleswig-Holstein in einem Akteurs-übergreifenden Dialog zu identifizieren, zu erörtern und zu entwickeln.

Folgende **Fragestellungen** wurden seitens des Diakonischen Werks eingebracht:

im Blick auf die *Zielgruppe ältere Menschen*:

- Wie äußerst sich die zukünftige Zielgruppe prospektiv zu ihren Vorstellungen einer Lebens- und Alltagsgestaltung in 15-30 Jahren?
- Welche Vorstellungen hat diese Zielgruppe von einem attraktiven Leben im ländlichen Raum?

im Blick auf die *diakonischen Leistungserbringer*:

- Was heißt aus diakonischer Sicht attraktives Leben im Alter?

im Blick auf die *Veränderungen im Freizeit-, Mobilitäts-, Kommunikations- und Sozialverhalten*:

- Wie werden sich die nachbarschaftlichen/gemeindlichen Unterstützungsmöglichkeiten entwickeln?
- Welche Erkenntnisse lassen sich aus den Veränderungen der letzten 15-30 Jahre prospektiv für die Zukunft aussagen?
- Wird es eine zunehmende Vereinzelung geben (Alleinsein im Alter) oder ist mit neuen Familien- und Gemeinschaftsbildungen zu rechnen?
- Wie wird sich die Veränderung der Familienstrukturen weiter auswirken?
- Welche Rolle spielen Interkulturalität und religiöse Diversität?

im Blick auf die *sozialen Veränderungen*:

- Welche durchschnittliche Rente wird in 15-30 Jahren zu erwarten sein?
- Welchen Veränderungen ergeben sich daraus?
- Wie hoch wird der Anteil an Altersarmut sein?
- Wie wird die Vermögensentwicklung sein (Erbengeneration)?
- Welche Rolle spielt (Erwerbs-)Arbeit im Alter, werden wohnortnahe Arbeitsformen zunehmen? Wie werden sich neue Technologien (Arbeits-Apps) hier auswirken?
- Werden Personengruppen mit verfügbarer Zeit zunehmen (Frührentner, junge Alte usf.)?

im Blick auf die *Sozialsysteme*:

- Wie werden sich die Sozialsysteme entwickeln?

- Wie kann eine angemessene Ausgestaltung für gutes Leben im Alter auf dem Lande auch für Menschen mit geringen Einkommensmöglichkeiten realisierbar bleiben?
- Welche finanziellen Leistungsmöglichkeiten werden die Kranken- und Pflegekassen haben?
- Welche gesundheitspolitische Veränderungen sind zu erwarten?

Als weitere wichtige Themen werden betrachtet

- vor allem Prävention und Pflegevermeidung
- Digitale Assistenzsysteme
- Mobilität (Bürgerbusse, Fahrdienste)
- Wohnberatung (Umnutzung bzw. Schaffung von flexibel zu nutzenden Wohnraums, genossenschaftliche Wohnformen)
- Begegnungsräume
- Leistungsbeitrag von Kirchengemeinden (Stärkung des Ehrenamtes, Ehrenamtsmanagement, Resilienz – stärkende Sozialräume)

Deutlich wird, dass hiermit zahlreiche Aspekte angesprochen sind, die allein mit einer sozialräumlichen Studie nicht zu beantworten sind. Ferner ist das tatsächliche Szenario von Dörfern in den Blick zu nehmen, dass tagsüber einige Dörfer verödet sind. Ist es möglich, dann dort noch Begegnungsräume zu schaffen? Woran liegt es, dass einige Dörfer „verödet“ sind - was muss/kann man ändern? Kann ein innovatives *Gemeindemanagement* – nach dem Vorbild eines zeitgemäßen „Quartiersmanagement“ im städtischen Raum – entwickelt werden?

Auf der Grundlage eines Multi-Stakeholder-Ansatzes und durch die Inter- und Transdisziplinarität der in das v Projekt mit einbezogenen Expertinnen und Experten soll es möglich gemacht werden, die gesellschaftlichen Transformationsprozesse in ihrer gesamten Reichweite zu begreifen, Chancen und Risiken des „Alterns“ zu identifizieren, und wünschbare Szenarien sowie Handlungsoptionen in direktem Dialog mit Vertretern aus Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung in den ausgewählten Regionen zu erarbeiten. Zu den einzubeziehenden Akteuren/Experten gehören:

- Verantwortungsträger in Ämtern und Gemeinden
- Kirchenkreis und Kirchengemeinden
- Vorhandene Netzwerke (Ehrenamtskreise, Feuerwehr, Dörpshelp etc.)
- weitere Leistungserbringer (bspw. mit Kompetenz durch eigene Betroffenheit intrinsisch Motivierte wie Frührentner, Hausfrauen, pflegende Angehörige)

Das Ziel ist ein konstruktiver Diskurs über optimale Rahmenbedingungen und die Potentiale des Alterns für eine wünschbare Vernetzung in allen im Kontext des Alterns betroffenen Gesellschaftsbereichen sowie die Ableitung von operativen Handlungskorridoren.

Der Arbeitsprozess besteht aus den folgenden Modulen:

- **Trendanalysen (Research und Experteninterviews):** Bestandsanalyse und Bewertung relevanter sozio-ökonomischer Trends, Prognosen und Zukunftsszenarien zur Entwicklung der Altenhilfe in Schleswig-Holstein unter Berücksichtigung nationaler und internationaler Entwicklungen am Beispiel von zwei Labor-Regionen und unter Einbeziehung vorhandener Altenhilfeplanungen und Sozialraumanalysen; Identifikation / Bewertung / Vernetzung relevanter Akteure in Schleswig-Holstein sowie insbesondere in den ausgewählten Labor-Regionen; Identifikation normativer Gestaltungsziele und aus Sicht der Stakeholder prioritärer Gestaltungsfelder (z.B. Alten-/Pflegeheime

konsequent als offene und gesellschaftlich attraktive Orte gestalten, Anreizsysteme zur Mobilisierung von Pflege(fach)kräften schaffen). Das ISÖ empfiehlt eine ausgewogene Integration der verschiedenen Sichten und die Durchführung von etwa 2-3 Experteninterviews jeweils in einer Region sowie weiteren 3-5 übergreifenden Experteninterviews (Telefoninterviews nur in Ausnahmefällen).

- **Szenario-Workshops:** Identifikation der Bedürfnisse und Entwicklung gemeinsam von den Stakeholdern getragener normativer Ziele und (kollaborativ ausgerichteter) Strategien im Kontext einer zukunftsfähigen Altenhilfe Schleswig-Holsteins in beiden Labor-Regionen. Denkbar in Form einer Zukunftskonferenz jeweils in den Labor-Regionen, aber auch im kleineren Workshop-Format (Zukunftswerkstatt, Szenario-Generierungs- und Auswertungs-Workshops).

Vor dem Hintergrund der bisherigen positiven Erfahrungen des ISÖ und seiner Forschungspartner bei der Arbeit mit normativen „Wunschszenarios" erscheint folgendes Prozess-Design auf der Basis von jeweils drei aufeinander aufbauenden Workshops in den Regionen geeignet und zielführend:

  - Szenario-Generierungs-Workshop und anschließende Ausarbeitung eines Szenarios (oder mehrerer kleinerer Teilszenarios) als „Initialzündung" einschließlich einer anschließenden Dokumentation (März 2017)
  - Szenario-Transfer-Workshop einschließlich der Ableitung von Handlungsansätzen und Strategieelementen und anschließende Dokumentation (September 2017)
  - Zukunftskonferenz und anschließende Dokumentation (voraussichtlich Februar 2018)

- An den **drei Workshops des Szenario-Prozesses** sollen pro Standort rund 20 Teilnehmer/Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft beteiligt werden (Ausnahme wäre die Zukunftskonferenz mit deutlich mehr Teilnehmern), und zwar aus möglichst unterschiedlichen Herkunftsdisziplinen und Arbeitsfeldern. Eingeladen werden prioritär fachlich und intrinsisch motivierte Teilnehmer sowie ggf. ausgewählte Organisationsvertreter/-innen. Workshop, Research, Experteninterviews: Ableitung von Handlungsansätzen und Strategieelementen. Hierbei gilt es, die Stärken und Schwächen der beiden unterschiedlichen Ansätze in den Labor-Regionen zu adressieren sowie auch mögliche Lernprozesse (für die Akteure und Regionen, für das Diakonische Werk).
- Einrichtung und Steuerung eines **Beirates zur Begleitung der Studie**, in dem neben dem DW SH auch die mitfinanzierenden Partner (z. B. Stiftung Diakoniewerk Kropp, Diakonie Altholstein, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) sowie die Akademie für ländliche Räume, die beteiligten Kirchenkreise, Vertreter der Landkreise u. a. beteiligt sind.
- **Auswertung und Transfer** der Erkenntnisse für ein gemeinsames Handeln. Die Erkenntnisse des Szenario-Prozesses werden in einer abschließenden Validierungsrunde vorgestellt und in geeigneter Form diskutiert, die Ergebnisse ggf. konkretisiert und angepasst. Bewertungsgrundlage sind ca. 5 Experteninterviews und ein interner Arbeitsworkshop (ISÖ, Diakonie, ausgewählte Experten).

Die methodische Herausforderung besteht darin, trotz kritischer Vorzeichen in der wahrscheinlichen Entwicklung der Rahmenbedingungen positive Ansätze zu erarbeiten für konsensfähige wünschbare und zugleich plausible Zukunftsperspektiven und „Visionskeime".

Auf diesem Weg in einem Gruppenprozess erarbeitete Szenarios haben eine deutlich höhere Legitimität und Akzeptabilität als andere, nicht kollektiv begründete technische oder soziale Zukunftsbilder. Sie bilden eine sehr gute Grundlage zur interdisziplinären Diskussion zukünftiger Ziele und zur partizipativen Strategieentwicklung.

Der Szenario-Prozess wird insgesamt durch webbasierte Informations- und Dialogangebote und den Einsatz von Social Media in Abstimmung mit dem Auftraggeber flankiert.

Der Betrachtungshorizont wird im Rahmen des vorgeschlagenen Szenario-Prozesses mit „2030-2045“ bewusst recht weit in die Zukunft gelegt. Diese Zeitspanne wird gewählt, um darin auch größere mögliche Veränderungen der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen für die Altenhilfe mitdenken zu können.

Das Projekt wird in einem Zeitraum von maximal 18 Monaten durchgeführt (Herbst 2016 bis Frühjahr 2018).

**Das ISÖ** moderiert und dokumentiert die Veranstaltungen, begleitet den gesamten Prozess per Website und erstellt die Abschlussdokumentation sowohl in elektronischer Form als auch in Printversion.

**Das Diakonische Werk** stellt das Personal für die Durchführung und die Logistik der Veranstaltungen in den beiden Regionen, unterstützt das ISÖ bei Auswahl und Vermittlung von Ansprechpartnern vor Ort und ist zuständig für Pressearbeit, sowie dafür Öffentlichkeit herzustellen und einzubinden.

Arbeitsmodule

**1 Trendanalysen (Research und Experteninterviews)**

a) Entwicklungsbedingungen Deutschland: Trendbasierte Analyse (Zeithorizont 2030-45)

- Demographischer Wandel
- Sozialsysteme (Renten etc.)
- soziale Veränderungen
- Technologie (Ambient Assisted Living)
- Wertewandel
- Pflege und Pflegeerbringung
- Mobilität

Ergebnis: Zusammenfassende Auswertung

Berechnungsgrundlage: Desk Research

b) Perspektive der diakonischen Leistungserbringer:
Status-Quo und Perspektiven

Desk Research, 7-11 Experteninterviews

Ergebnis: Zusammenfassende Auswertung

**2 Szenario-Prozess in den Modellregionen**

a) Akteurs-Analyse und Feldvorbereitung

Desk Research, 4 Experteninterviews

b) Moderierter Szenario-Generierungs-Workshop (etwa 20 Teilnehmer)
inklusive Dokumentationserstellung

Konzeption, Durchführung, Auswertung

c) Moderierter Szenario-Transfer-Workshop (etwa 20 Teilnehmer)

inklusive Dokumentationserstellung Berechnungsgrundlage: Konzeption, Durchführung, Auswertung

d) Zukunftskonferenz (etwa 60 Teilnehmer)

inklusive Dokumentationserstellung Berechnungsgrundlage: Konzeption, Durchführung, Auswertung

e) Webbasierte Informations- und Dialogangebote, Social Media: Szenario-Auswertung und Kommentierung

Konzeptionelle Planung, Webumsetzung, Bewerbung in den Modellregionen, Auswertung

**3 Projektbegleitung durch Beirat**

**4 Transfer- und Auswertungsphase**

a) Modellregionen im Vergleich - Ergebnis: zusammenfassende Auswertung

5 Experteninterviews, interner Arbeitsworkshop (ISÖ, Diakonie, ausgewählte Experten)

b) Erkenntnisse und Thesen zur weiteren Entwicklung

c) Abschlussdokumentation (in elektronischer und Printversion)

Online-Präsenz des Projektes:

http://www.isoe.org/projekte/laufende-projekte/zukunftsszenario-altenhilfe-schleswig-holstein-20302045/

# 10 Literatur


Amt Hüttener Berger, 2013: *Zukunftstrategie Daseinsvorsorge für die Gemeinden des Amtes Hüttener Berge.* Groß Wittensee. Link: http://www.amt-huettener-berge.de/politik-und-verwaltung/zukunftsstrategie-daseinsvorsorge-masterplan.html

Barz, H. u.a., 2001: Neue Werte - Neue Wünsche: Future Values.

Bauman, Z., 2000: *Liquid Modernity.* Cambridge: Polity Press

Bertelsmann-Stiftung, 2012: Themenreport „Pflege 2030". Was ist zu erwarten - was ist zu tun?

Bertelsmann-Stiftung, 2016a: Pflege in Deutschland im Jahr 2030 - regionale Verteilung und Herausforderungen.

Bertelsmann-Stiftung, 2016b: Weisse Liste veröffentlicht neue Auswertung des Pflege-TÜV. Pressemitteilung.

Bertelsmann-Stiftung, 2016c: Pflegeinfrastruktur. Die pflegerische Versorgung im Regionalvergleich.

Bertelsmann Stiftung/SDSN Sustainable Development Solutions Network, 2016: SDG Index & Dashboards. A Global Report. July 2016 http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/SDG_Index_Dashboard_full.pdf

BMAS, 2016: *Rentenversicherungsbericht 2016*

BMAS, 2016a: *Alterssicherungsbericht 2016*

BAMAS, 2016b: *Gesamtkonzept zur Alterssicherung*

BMFSFJ, 2014: *Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen.* Bundesministerium für Familie , Senioren, Frauen und Jugend.

BMFSFJ, 2015: *Siebter Altenbericht. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune - Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften und Stellungnahme der Bundesregierung.* Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Boenke, D, 2014: *Neue Methoden zur Sicherung der Mobilität älterer Menschen im Straßenverkehr*. Universität Wuppertal, Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen» Bauingenieurwesen» Dissertationen. Retrieved from http://elpub.bib.uni-wuppertal.de/edocs/dokumente/fbd/bauingenieurwesen/diss2011/boenke?lang=en

Brasseur, Guy/Jacob, Daniela/Schuck-Zöller, Susanne (Hrsg.), 2017: *Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven*, Berlin/Heidelberg: Springer Open

Braun, Anette/Glauner, Christoph/Zweck, Axel, 2006: *Regionale Vorausschau in ostdeutschen Grenzregionen. Regionalstudie*, Düsseldorf: VDI http://www.vditz.de/publikation/regionale-vorausschau-in-ostdeutschen-grenzregionen/

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), 2012: *Raumordnungsbericht 2011*.

Bundesministerium für Bildung und Forschung. (n.d.). *Assistenzsysteme im Dienste des älteren Menschen. Porträts der ausgewählten Projekte in der BMBF-Fördermaßnahme "Altersgerechte Assistenzsysteme für ein gesundes und unabhängiges Leben - AAL."*

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2010: Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Altersbilder in der Gesellschaft. Bericht der Sachverständigenkommission

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2015: Eine neue Kultur des Alterns. Altersbilder in der Gesellschaft – Erkenntnisse und Empfehlungen des Sechsten Altenberichts. 7. Auflage

Bundesministerium des Innern, 2010: *Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Mobilität in den ländlichen Räumen*.

Bundesministerium des Innern, 2015: *Jedes Alter zählt* – Die Demographiestrategie der Bundesregierung: *Grundsätze und Schritte zur Weiterentwicklung der Demographiepolitik der Bundesregierung.*

Bundesministerium des Innern, 2017: *Jedes Alter zählt – Die Demographiestrategie der Bundesregierung „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen"* http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Demografie/Demografiestrategie/demografiestrategie_node.html

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, 2016: *Bundesverkehrswegeplan 2030. Entwurf März 2016*.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2017: Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung – Ziel 8. Link: http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/17_ziele/ziel_008_wirtschaft/index.html

Bundesregierung, 2017: *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016*, Berlin

Bundesverband Pflegemanagement, 2016: *Pflege der Zukunft*.

Bundeszentrale für politische Bildung – bpb, 2016: *Datenreport 2016 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.* Herausgeber: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, 2016: *Zukunft heute gestalten*.

Der Paritätische Gesamtverband, 2014: *Strategiepapier. Altenhilfe und Pflege 2025*.

Die Bundesregierung, 2016: *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie*. Berlin

De Ruyter u.a., 2011: *"Ambient Assisted Living" im CareLab*. In: Lindenberger, U. (Ed.). Altern und Technik. Halle (Saale) : Stuttgart: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina--Nationale Akademie der Wissenschaften ; Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft

Deutscher Bundestag, 2010: *Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Altersbilder in der Gesellschaft*. Drucksache 17/3815

Deutscher Bundestag, 2013: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum – Wohlstand – Lebensqualität. Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft", BT-Drs 17/13300 v. 3.5.2013

Deutscher Bundestag, 2016: Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: *Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften.* Drucksache 18/10210

Deutsches Zentrum für Altersfragen – DZA, 2016: *Altern im Wandel:* Zwei Jahrzehnte Deutscher Altersurvey (DEAS)

Die Bundesregierung, 2016: *Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland*.

Die Bundesregierung, 2016a: *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie*. Berlin

Dietel, K., & Schulze, E., 2012: *Technikunterstütztes Wohnen - Selbstbestimmt leben zuhause.* Berliner Institut für Sozialforschung.

Doh, M., Schmidt, L. I., Herbolsheimer, F., Jokisch, M. R., Schoch, J., Dutt, A. J., … Wahl, H.-W., 2016: *Neue Technologien im Alter. Update*. Retrieved from http://www.psychologie.uni-heidelberg.de/mediendaten/ae/apa/futa-ergebnisbericht_2015.pdf

Ehrentraut, O., Hackmann, T., Krämer, L., & Schmutz, S., 2015: *Zukunft der Pflegepolitik - Perspektiven, Handlungsoptionen und Politikempfehlungen.* Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eichenhofer, Eberhard, 2012: *Soziale Menschenrechte im Völker-, europäischen und deutschen Recht*, Tübingen

European Commission, 2013: *Innovation Union Scoreboard 2013*. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/enterprise/policies/innovation/files/ius-2013_en.pdf:

Ewinger, D. u.a., 2016: *Arbeitswelt im Zeitalter der Individualisierung*.

Ferrarini, Tonny/Nelson, Kenneth/Palme, Joakim, 2016: *Social Transfers and Poverty in middle- and high-income countries*, in: *Global Social Policy*, Vol. 16, 1, S. 22-46

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2017: *Testbetrieb von Taxidrohnen in Dubai*. Zugriff am 16.02.2017. Link: http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/neue-mobilitaet/testbetrieb-von-taxi-drohnen-startet-in-dubai-14879022.html

Georgieff, P., 2009: *Ambient assisted living. Marktpotenziale IT-Unterstützter Pflege Für Ein Selbstbestimmtes Altern,* FAZIT Forschungsbericht, *17*, S. 9–10.

Girardet, Herbert, 2010: *Regenerative Cities*, Hamburg: World Future Council/Hafen City University

Grin, John/Rotmans, Jan/Schot, Johan, 2010: *Transitions to Sustainable Development. New Directions in the Study of Long Term Transformative Change*, New York/London

Grunwald, Armin, 2010: T*echnikfolgenabschätzung - eine Einführung,* 2. Aufl., Berlin: Edition Sigma

Haverkamp, N, 2016: *Mobilität 2030: Zukunftsszenarien für eine alternde Gesellschaft*. Bielefeld: Transcript.

Haverkamp, N. C. D., 2015: *Die Babyboomer und die Zukunft: Zur Mobilität der (zukünftigen) Älteren im Jahr 2030.* Retrieved from http://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DocumentServlet?id=34828

Hefter, T., & Götz, K., 2013: *Mobilität älterer Menschen. State of the Art Und Schlussfolgerungen Für Das Projekt COMPAGNO. ISOE-Diskussionspapiere*, *36*. Retrieved from http://www.isoe.de/uploads/media/dp-36-isoe-2013_01.pdf

Heil, G., 2011: *Das Pflegeheim der Zukunft*. Magazin 'Die Schwester Der Pfleger'. 50 Jahrg. 12/11

Heinrich-Böll-Stiftung, 2013: *Sicherheit und Fairness in der alternden Gesellschaft.,* Reihe Wirtschaft und Soziales, Band 12

Hilse, Theresa/Opielka, Michael/Strumpen, Sarina, 2014: *Koproduktion im Hilfesystem Demenz*, in: *NDV – Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, 94. Jg., September, S. 403-410.

ISL – Interessengemeinschaft Leben in Deutschland e.V.: http://isl-ev.de

Kaufmann, F.-X., 2007: *Bevölkerungsrückgang als Problemgenerator für alternde Gesellschaften.*in: WSI Mitteilungen 3/2007, (Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung)

Kersten J, Neu C., Vogel B., 2012: Demographie und Demokratie – Zur Politisierung des Wohlfahrts-staates. Hamburger Edition

Kersten J, Neu C., Vogel B., 2015: *Daseinsvorsorge Begriff, Indikatoren, Gemeinschaftsaufgabe.* WISO Diskurs, Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Keupp, Heiner, 2011: *Alter ist auch nicht mehr das, was es einmal war! Riskante Chancen des Alters.* Vortrag Dekanat Bamberg http://www.ipp-muenchen.de/texte/keupp_11_02bambp.pdf

Kolland F., Meyer Schweizer R.A., 2012: *Altern und Wertewandel.* in: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 7, 2012, S. 587-592

Konrad Adenauer Stiftung, 2015: Demographie & Demokratie – Experten-Positionen zum Einfluss des demographischen Wandels auf die Demokratie. Handreichung zur politischen Bildung, Band 20.

Konrad Adenauer Stiftung, 2016: *Neue Technologien. Wie Digitalisierung unsere Wirtschaft verändert.*

Kreis Nordfriesland, 2011: *Kreis Nordfriesland - Gemeinsam den Wandel gestalten. Masterplan Daseinsvorsorge*. Husum. Link: http://www.nordfriesland.de/Kreis-Verwaltung/Projekte-Initiativen/Masterplan-Daseinsvorsorge

Kreis Nordfriesland, 2015: Verwirrt - aber nicht vergessen! Wegweiser für Angehörige von altersverwirrten Menschen im Kreis Nordfriesland.

Kreis Segeberg, 2007: Pflegebedarfsplan 2006-2010 Kreis Segeberg.

Kreis Segeberg, 2012: *Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Segeberg*. Bad Segeberg: Regionalmanagement

Kreisverwaltung Segeberg, 2016a: *Beschlussvorlage: Leitprojekt „Demographie und Daseinsvorsorge – Kreis Segeberg 2030" – Projekt aus der ZielgruppenAG Senioren: „SeniorenNetz Kreis Segeberg"*. DrS/2016/027

Kreisverwaltung Segeberg, 2016b: *Kreis Segeberg 2030. Schaffung zukunftsfähiger Grundlagen für die Lebenswelt der Menschen im Kreis Segeberg. Projektbericht.* DrS/2016/192

Krieg-Brückner u.a., 2011: *Mobilitätsassistenz im "Bremen Ambient Assisted Living Lab" (BAALL).* In: Lindenberger, U. (Ed.). Altern und Technik. Halle (Saale) : Stuttgart: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina--Nationale Akademie der Wissenschaften ; Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.

Krüger u.a., 2011: *Zukunftsperspektive allgegenwärtiger Computer für ältere Menschen*. In: Lindenberger, U. (Ed.). Altern und Technik. Halle (Saale) : Stuttgart: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina--Nationale Akademie der Wissenschaften ; Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.

Landkreis-Harburg, 2014: *Damit Wege nicht immer weiter werden - Leitprojekt der Metropolregion Hamburg nimmt Arbeit auf*. Zugriff am 15.12.2016. Link: https://www.landkreis-harburg.de/portal/meldungen/damit-wege-nicht-immer-weiter-werden-901000768-20100.html

Lindenberger, U., 2010, Jahrbuch / 2011: *Technologie im Alter: Chancen aus Sicht der Verhaltenswissenschaften.* Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin.

Lindenberger u.a., 2011a: *Altern und Technologie: Freundschaft statt Feindschaft.* In Lindenberger, U. (Ed.). Altern und Technik. Halle (Saale) : Stuttgart: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina--Nationale Akademie der Wissenschaften ; Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.

Lindenberger u.a., 2011b: *Psychologische Kriterien für erfolgreiche Alterstechnologien aus Sicht der Lebensspannenkognition.* in Lindenberger, U. (Ed.). Altern und Technik. Halle (Saale) : Stuttgart: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina--Nationale Akademie der Wissenschaften ; Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.

Martens, J., Obenland, W., 2016: Die 2030-Agenda: globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung. Bonn: Global Policy Forum.

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, 2013: *Breitbandstrategie Schleswig-Holstein. "Breitband 2013"*.

Nehmer u.a., 2011: *Elektronische Notfallüberwachung: Sensorbasierte Erfassung und Prävention von kritischen Gesundheitszuständen.* in Lindenberger, U. (Ed.). Altern und Technik. Halle (Saale) : Stuttgart: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina--Nationale Akademie der Wissenschaften ; Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.

NDR, 2015: *Bürgerbus: Mobil auf dem Land – auch ohne Auto*. Zugriff am 03.01.2017. Link http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Ein-Bus-von-Buergern-fuer-Buerger,buergerbus136.html

Nowossadeck, S., Engstler, H., & Klaus, D., 2016: *Pflege und Unterstützung durch Angehörige*. Abgerufen von http://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/47091

Opielka, Michael u.a., 2010: *Grundeinkommen und Werteorientierungen. Eine empirische Analyse*, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag

Opielka, Michael, 2015: *Strukturprobleme der Finanzierung der sozialen Sicherheit aus sozialwissenschaftlicher Sicht: Das Grundeinkommen als zentrale sozialpolitische Innovation*, in: Masuch, Pe-ter u.a. (Hrsg.), *Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats. Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht. Band 2*, Berlin: Schmidt, S. 735-754.

Opielka, Michael, 2017: *Soziale Nachhaltigkeit. Auf dem Weg in der Internalisierungsgesellschaft*, München: oekom

Opielka, Michael, 2017a: *Welche Zukunft hat der Sozialstaat? Eine Prognose*, Freiburg/Berlin: Lambertus/Deutscher Verein (i.E.)

Opielka, Michael/Vobruba, Georg (Hrsg.), 1986: *Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung,* Frankfurt: Fischer

Planungsgruppe PLEWA, 2015: *Leitprojekt „Demographie und Daseinsvorsorge" der Metropolregion Hamburg.* Schwerin: Öffentliche Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss des Landtages M-V zum Bericht zur Metropolregion Hamburg 2014

Phleps, P., Feige, I., & Zapp, K., 2015: *Zukunft der Mobilität. Szenarien für Deutschland in 2035.* Institut für Mobilitätsforschung (ifmo)

Prognos, 2016: *Das Ranking für Deutschlands Regionen. Der neue Prognos Zukunftsatlas*. Link: https://www.prognos.com/publikationen/zukunftsatlas-r-regionen/zukunftsatlas-r-2016/

PwC, 2011: *Norddeutschland droht Abrutschen in die Unterversorgung*. Abgerufen von: http://www.pwc.de/de/gesundheitswesen-und-pharma/fachkraeftemangel-hamburg-schleswig-holstein.html

Rat der EKD, 2009: *Im Alter neu werden können. Evangelische Perspektiven für Individuum, Gesellschaft und Kirche.* Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Ramboll, 2016: *Gutachten. Mobilität der Zukunft in Schleswig-Holstein.* Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein.

Robert-Koch-Institut, 2015: *Gesundheit in Deutschland. Gesundheitsberichterstattung des Bundes*. Gemeinsam getragen von RKI und Destatis. RKI, Berlin.

R+V Versicherung, 2016: *Presseinfo: Ergebnisse der Ängste-Studie 2016*. Link: https://www.ruv.de/presse/aengste-der-deutschen/presseinformation-aengste-der-deutschen-2016

R+V Versicherung, 2017: *Die Ängste der Deutschen. auf:* https://www.ruv.de/presse/aengste-der-deutschen (Zugriff: 24.02.2017)

Rudinger, P. D. G., Haverkamp, D.-P. N., Mehlis, D.-G. K., & Riest, D.-P. N., 2012: *MOBIL 2030. Mobilitätskultur in einer alternden Gesellschaft: Szenarien für das Jahr 2030.* Zentrum für Alternskulturen (ZAK) der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms Universität zu Bonn.

Rümenapp, J., 2014: *Kleinräumige Bevölkerungs- und Haushaltsprognosen Kreis Segeberg*. Hamburg/ Berlin

Schellenbach u.a., 2011: *Entwicklung altersgerechter Fußgängernavigationssysteme.* in Lindenberger, U. (Ed.). Altern und Technik. Halle (Saale) : Stuttgart: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina--Nationale Akademie der Wissenschaften ; Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.

Schneidewind, Uwe/Scheck, Hanna, 2012: *Die Stadt als „Reallabor" für Systeminnovationen*, in: Rückert-John, Jana (Hg.): *Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Perspektiven sozialen Wandels*, Wiesbaden:

VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 229–248

Schmiedeck u.a., 2011: *Förderung kognitiver Aktivität im Alter: Internet-basierte Trainingsprogramme.* in Lindenberger, U. (Ed.). Altern und Technik. Halle (Saale) : Stuttgart: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina--Nationale Akademie der Wissenschaften ; Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.

shz, 2016: *Kreis Nordfriesland fährt auf Rufbus ab*. Husumer Nachrichten. Zugriff am 03.01.2016. Link: http://www.shz.de/lokales/husumer-nachrichten/kreis-nordfriesland-faehrt-auf-rufbus-ab-id15339632.html

SmartSenior, 2012: *SmartSenior: Intelligente Dienste und Dienstleistungen für Senioren.*

Staatskanzlei/Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, 2016: *Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030. Entwurf*, Kiel: Staatskanzlei.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2010: Demographischer Wandel in Deutschland. Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern.

Statistisches Bundesamt, 2013: *Pflegestatistik 2013.* Zugriff am 06.01.12. Link: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/PflegeDeutschlandergebnisse5224001139004.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt, 2015: *Die Generation 65+ in Deutschland*, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2015a: *Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2060,* 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2016: *Datenreport 2016. Kapitel 11.* Wiesbaden

Statistisches Bundesamt 2016a: Ältere Menschen in Deutschland und der EU.

Statistisches Bundesamt, 2017: *Entwicklung der Privathaushalte bis 2035. Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung – 2017*, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2017a: *Aktualisierung der 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Basis 2015.* Link: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/AktualisierungBevoelkerungsvorausberechnung.html

SVR, 2014: Bedarfsgerechte Versorgung - Perspektiven für ländliche Regionen und ausgewählte Leistungsbereiche. Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen.

SZ, 2013: *Die vielleicht gefährlichste Idee der Welt*. Zugriff am 03.01.2017. Link: http://www.sueddeutsche.de/wissen/verbesserte-menschen-die-vielleicht-gefaehrlichste-idee-der-welt-1.1691220

Tagesschau, 2017: *Lebenserwartung wird 90 Jahre übersteigen*. Link: http://www.tagesschau.de/ausland/lebenserwartung-105.html

United Nations – General Assembly, 2015: *70/1. Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development. A/RES/70/1*, 21.10.2015 - https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), 2015: *Zukunftsszenarien autonome Fahrzeuge: Chancen und Risiken für Verkehrsunternehmen.*

Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD), 2013: *Mobil bleiben. Tipps für eine klimaschonende Mobilität in jedem Alter.*

vbw-bayern, 2012: *Pflegelandschaft 2030*. Eine Studie der Prognos AG im Auftrag der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.

Wegner, G., 2017: *Das Alter veraltet*.in: Woche für das Leben. Eine Initiative der katholischen und der evangelischen Kirche. http://www.woche-fuer-das-leben.de/Das-Alter-veraltet (Zugriff: 01.03.2017)

wegweister-kommune.de, 2017a: *Nordfriesland. Pflege.*

wegweister-kommune.de, 2017b: *Kreis Segeberg. Pflege.*

World Economic Forum (WEF), 2016: *Think globally and act locally to achieve the Sustainable Development Goals.* Link: https://www.weforum.org/agenda/2016/01/think-globally-and-act-locally-to-achieve-the-sustainable-development-goals/

Z_Punkt, 2015: *Megatrends Update*, Köln

Zweck, Axel/Keenan, Michael (Hrsg.), 2002: *Praktischer Leitfaden für die regionale Vorausschau in Deutschland. Luxemburg*. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/cgrf-germany_de.pdf

Zweck, Axel u.a., 2015: Gesellschaftliche Veränderungen 2030. Ergebnisband 1 zur Suchphase von BMBF-Foresight Zyklus II, Düsseldorf: VDI

Zweck, A., Holtmannspötter, D., Braun, M., Cuhls, K., Hirt, M., & Kimpeler, S., 2015a: *Forschungs-und Technologieperspektiven 2030*. Ergebnisband. Retrieved from http://www.vditz.de/fileadmin/media/VDI_Band_101_C1.pdf

Autoren:

Prof. Dr. Michael Opielka, Soziologe und Erziehungswissenschaftler, ist Wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des ISÖ – Institut für Sozialökologie gemeinnützige GmbH in Siegburg sowie Professor für Sozialpolitik an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena. Im Sommer 2015 war er Gastprofessor für Soziale Nachhaltigkeit an der Universität Leipzig. Er lehrt zudem an der Universität Hamburg und hatte Lehraufträge an der Internationalen Psychoanalytischen Universität in Berlin, der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft in Alfter und der Universität Bonn. Mehrfach war er Visiting Scholar an der University of California at Berkeley.

Sophie Peter hat ihren Master in Environmental Sciences, Policy and Management mit Abschlüssen der Central European University in Budapest, der Universität der Ägäis auf Lesvos, der Lund Universität und der Universität Manchester im Sommer 2016 erworben. Seit Januar 2017 arbeitet sie als Junior Researcher im ISÖ - Institut für Sozialökologie.

## Impressum

ISÖ – Institut für Sozialökologie gemeinnützige GmbH

Tel.: +49 (0) 2241 1457073

Fax: +49 (0) 2241 1457039

Mail: ZASH2045@isoe.org

Ringstraße 8

53721 Siegburg

### Wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer

Prof. Dr. habil. Michael Opielka

### Förder- und Trägerverein

Sozialökologische Gesellschaft e.V. (gemeinnützig) - gegründet 1987

### Mitgliedschaft

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI)

und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.

www.isoe.org